PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621 / 75 20 15 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 32 000 – Redaktion: Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621 / 75 20 14 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon: 0621 / 75 20 12 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnementsbestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, 6800 Mannheim 1 – Die Zeitung wurde am Dienstag, den 13. Juli 1976, fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

15. Juli 1976 Jg. 4 Nr. 28 50 Pfennig

Die Palästinenser und die libanesischen Massen stehen in einem schweren Kampf

Noch immer verteidigen die palästinensischen Kämpfer das Lager Tell-El-Zaatar gegen die wütenden Angriffe der reaktionären Phalangisten. Die Übermacht ist erdrückend, Entsatz kommt nicht durch. Seit dem 22. Juni wird das Lager umkämpft, noch immer hält es stand. „Schwere Geschosse, Phosphorgranaten und Flammenwerfer haben das etwa zehn Quadratkilometer große Gebiet mit seinen Alt- und Neubauten, Baracken und Zelten in eine gigantische Schutthalde verwandelt." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.7.) Gleichzeitig haben die Phalangisten in anderen Teilen des Landes Angriffe gegen die libanesische nationale Bewegung und die palästinensischen Massen entfesselt. Im Norden des Libanon, etwa 60 Kilometer von Beirut entfernt, haben sie Batronmine, Shekka und Enfe eingenommen und die Provinz Koura erobert. Gemeinsam mit syrischen Truppen bela-
meinsam mit syrischen Truppen bela-
gern sie Tripolis. Jenseits des Libanongebirges greifen syrische Truppen Baalbek an. Im Süden des Libanon haben syrische Truppen Saida umzingelt, setzen es unter schweren Beschuß, haben die Raffinerie Zahrain in Brand geschossen sowie das Hospital Oseiran zerstört. Benzin entfällt so wie die medizinische Betreuung der schwerverletzten Kämpfer.

Die libanesische nationale Bewegung, die für einen arabischen demokratischen, dem Kampf gegen Israel verpflichteten Libanon kämpft, die palästinensischen Massen, die gegen ihre Vernichtung und für ihr Recht, vom Boden des Libanon aus den Kampf gegen den Zionistenstaat zu führen, kämpfen, sind so gegenwärtig in einen blutigen Abnutzungs- und Verschleißkrieg verwickelt.

Die Reaktionäre Frandschieh, Chamoun, Gemayel kennen nur ein Ziel: „Es wird keine Friedensverhandlungen geben, solange die Sicherheit im Libanon nicht hergestellt ist, solange sich die Palästinenser nicht in ihre Lager zurückgezogen haben und solange die libanesische Souveränität nicht auf dem gesamten Territorium, einschließlich der 14 palästinensischen Lager, wiederhergestellt ist." (Neue Zürcher Zeitung, 11.2.76) Weiter hat Chamoun erklärt, daß es keinen „runden Tisch noch Dialog geben wird, bevor nicht die bewaffnete palästinensische Präsenz im Libanon eliminiert ist". (Le Monde, 8.7.76)

Die Sicherheit, von der dieser Reaktionär spricht, ist die Sicherheit des imperialistischen Einflusses, die „Souveränität" bedeutet die Rückverwandlung des Libanon in eine Halbkolonie des US-Imperialismus. Die Sicherheit besteht in der Vernichtung und gnadenlosen Unterdrückung des palästinensischen Volkes.

In der Verwirklichung dieser Ziele haben die Reaktionäre Fortschritte gemacht. Deshalb läßt die imperialistische Propaganda ihre Lügen vom „Chaos", vom „Religionskrieg" im Libanon fallen und läßt inzwischen offen die Ziele der Imperialisten heraus. Von den armen, unterdrückten Christen zu reden, fällt auch immer schwerer. Während die Reaktionäre im Libanon den Truppeneinsatz gegen die Volks-
den Truppeneinsatz gegen die Volks-
massen anleiten, vergnügt sich ihr Anhang derweil in Frankreich: „Viele Eltern haben ihre Kinder begleitet, wobei sie bedeutende Geldsummen mit sich genommen haben. Etliche haben Appartements in den schönen Vierteln der Hauptstadt (Paris) und an der Côte d'Azur gekauft oder gemietet, wieder andere residieren in komfortablen Hotels. 90 Prozent der Kinder sind in Privatschulen eingetragen." (Le Monde, 10.7.)

Wie konnte es zu dieser Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Imperialismus und der Reaktion kommen? Der syrische Einmarsch hat den Reaktionären zunächst eine Atempause verschafft. Für sie war der Waffenstillstand vom 21. Juni (vgl. KVZ Nr. 25) bloß Gelegenheit, sich aufzurüsten. Die reaktionären christlichen Truppen erhalten beständig Waffenlieferungen, der Nachschub läuft. Dafür sorgen die Imperialisten. Die französische Nachrichtenagentur AFP berichtet, daß sich Bachir Gemayel, der Sohn des Phalangistenführers, am 9. Juli von Paris nach Bonn und Amsterdam zwecks Waffenkäufen begeben habe.

Zweifellos verfolgt Syrien mit seinem Eingreifen andere Absichten als

Fortsetzung Seite 2



Wahlveranstaltung der Ortsgruppe des KBW in Frankfurt mit dem Thema „Afrika steht auf". Es wurden 2373,81 DM für den Befreiungskampf in Zimbabwe gesammelt. Die Sozialarbeiter der „Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe" (GUV) überreichten weitere 630,50 DM aus einer Sammlung unter ihren Kollegen.
Vom 26.7. bis 7.8. macht Genosse Tekere, Mitglied des Zentralen Komitees der ZANU, eine Rundreise auf Einladung des KBW mit Veranstaltungen in Heidelberg, Darmstadt, Karlsruhe, Wiesbaden, München, Berlin, Kiel, Hamburg, Bremen, Hannover, Göttingen, Bochum, Köln.
chen, Berlin, Kiel, Hamburg, Bremen, Hannover, Göttingen, Bochum, Köln.

Nach dem Überfall auf Entebbe

Die Imperialisten schreien Terror, um neue Aggressionen vorzubereiten

Die Völker der Dritten Welt verurteilen die bewaffnete Aggression Israels gegen Uganda durch das Kommandounternehmen von Entebbe. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ist von Mauritius im Auftrage der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) und von Mauretanien im Auftrage der Afrikanischen Staatengruppe in der UNO zu einer Sitzung einberufen worden.

Die afrikanischen und arabischen Staaten treten für eine bedingungslose Verurteilung der Aggression Israels und für die volle Entschädigung der erlittenen Schäden Ugandas ein. Die Volksrepublik China hat in einer Rede am ersten Tag der Debatte diese Forderung entschlossen unterstützt. Der Delegierte Mauretaniens erklärte in seiner Rede vorm Sicherheitsrat, Israel „schafft einen gefährlichen Präzedenzfall, denn von nun an ist kein afrikanisches Land vor solchen Handlungen sicher. Die israelische Aktion ruft die Anarchie und Durcheinander im System der internationalen Beziehungen hervor".

Das sind die Absichten der Imperialisten. Sie haben mit ihrer Aggression ein Vorbild für aggressives Vorgehen gegen fremde Völker und Staaten geschaffen. Um einer Verurteilung durch den UNO-Sicherheitsrat und die Völker der Welt zu entgehen, klagen die Imperialisten und Zionisten lautstark das „Monstrum Terrorismus" an. Was soll das! Die Aktion von Entebbe war imperialistischer, reaktionärer Terror.

Wird ein imperialistischer Konzern enteignet, dann schreien sie Terror. Werden imperialistische Söldner verdientermaßen hingerichtet, schreien sie Terror, verlangen Menschlichkeit.

Ihr Geschrei gegen den Terrorismus soll der Vorwand für weitere Kriegsabenteuer vom Schlag Entebbes werden und ist ein Schlag gegen den Kampf der Völker für nationale Unabhängigkeit und Freiheit.

Afrika soll reif gemacht weden für jederzeitige Eingriffsmöglichkeiten für die Imperialisten. Der israelische Delegierte Herzog führte jetzt vor der UNO aus: „daß Israel gezeigt habe, daß es eine Alternative zu Nachgeben und Erpressung gebe; dem Sicherheitsrat biete sich jetzt die Gelegenheit, dem internationalen Terrorismus den Krieg zu erklären, nachdem die Behandlung dieses Themas in der UNO-Generalversammlung von der automatischen Majorität der Araber und ihrer Freunde abgewürgt worden sei." (Neue Zürcher Zeitung) Mittlerweile haben USA und britische Imperialisten einen Antrag für ein internationales Abkommen zur Bestrafung von Flugzeugentführung eingebracht. Ein solches internationales Einmischungsabkommen findet auf jeden Fall die Unterstützung der BRD-Imperialisten. Das hat die Bundesregierung schon angekündigt.

Es ist ein Versuch der Imperialisten, der Tatsache entgegenzuarbeiten, daß ihre ungerechten Aktionen zur Ausplünderung und Unterdrückung fremder Völker und Länder zunehmend von den unterdrückten Völkern bekämpft werden und in den imperialistischen Ländern selbst nicht Begeisterung, sondern Mißtrauen und Abscheu der Volksmassen erwecken.

So ist der Zionistenstaat in den letzten 20 Jahren in den verschiedenen UNO-Gremien 188 mal durch Resolutionen wegen seiner aggressiven Verbrechen gegenüber den palästinensischen und arabischen Völkern verurteilt worden, während die Befreiungsbewegung der Palästinenser, PLO, nach der Rede Arafats vor der UNO immer mehr anerkannt wird und in der UNO einen Beobachterstatus hat.

Der israelische Delegierte drückt deutlich aus, worauf sich die Imperialisten einigen wollen, wenn es nicht zu einer Entschließung in ihrem Interesse in der UNO kommt. „Sollte sich dieses jedoch als unmöglich erweisen, so müßten sich alle freien Völker eben außerhalb des UNO-Rahmens zusammentun, um Normen gegen den Terrorismus aufzusetzen und durchgreifende Maßnahmen wirtschaftlicher, politischer und technischer Art gegen jene zu treffen, die diese Normen nicht zu respektieren gewillt sind." (Neue Zürcher Zeitung)

Diese Gemeinsamkeit der Imperialisten ist die gemeinsame Gier nach den Reichtümern der Länder der Dritten Welt, nach Rohstoffen und Absatzmärkten, es ist der imperialistische Räuber, der hier spricht und der drohend gegen die Völker der Welt, die diese Interessen nicht teilen, sondern bekämpfen, spricht. Und so ist es überhaupt nicht verwunderlich, wenn ganz besonders der BRD-Imperialismus diese Anliegen Israels unterstützt, und aus der Bundesrepublik Stimmen nach einer „internationalen Antiterrortruppe" laut werden. So werden imperiali-

Fortsetzung Seite 2

Der Ausbruch der 4 Anarchistinnen aus dem Gefängnis Lehrter Straße

In der Nacht vom 6. auf den 7. Juli sind vier Frauen aus der Haftanstalt Berlin-Moabit ausgebrochen. Am Abend des 12. Juli ist der Westberliner Innensenator Oxfort zurückgetreten.

Das erste ist eine Leistung, vor der man Respekt haben muß. Das zweite ist weniger interessant.

Der Schreibtisch des Innensenators Oxfort ist bloß vorübergehend verwaist, und die Lücke, die sein Ausscheiden in den staatlichen Unterdrükkungsapparat gerissen hat, wird alsbald aufgefüllt.

Die vier Anarchistinnen haben sich der Einschließung durch die Bourgeoisie entzogen, und jetzt sind sie frei. Aber sie sind bloß auf der Flucht.

Der staatliche Unterdrückungsapparat läuft auf vollen Touren, um die vier wieder einzufangen. Er ist durch die Flucht keineswegs geschwächt.

Das liegt an der politischen Linie der Anarchisten. Während die Anarchistinnen ursprünglich gegen die Unterdrückung durch die Bourgeoisie kämpfen wollten, sind sie inzwischen vollständig damit beschäftigt, vor dieser Unterdrückung zu fliehen, sie erleiden diese Unterdrückung passiv.

Es gibt Menschen und leider auch Genossen, die denken: „Man muß sich von den Anarchisten absetzen, weil diese Anarchisten sind allzu radikal." Das ist ein Standpunkt, den wir nicht teilen. Die Anarchisten sind nicht radikal genug. Sie ergreifen nicht die Maßnahmen, die erforderlich sind, um die Unterdrückung durch die Bourgeoisie mit Stumpf und Stiel auszurotten. Dazu muß der imperialistische Staatsapparat zerschlagen werden. Die Anarchisten dagegen versetzen dem Staatsapparat einzelne Schläge. Diese Schläge mögen für die Bourgeoisie im Einzelfalle durchaus schmerzlich sein. Am Ende vom Lied schaut es aber so aus, daß die Anarchisten froh sein müssen, wenn sie nicht gefaßt werden. Das ist wirklich wenig.

In der Praxis läuft es darauf hinaus, daß diese Anarchisten der Bourgeoisie sozusagen einen Sparringspartner machen. Die Bourgeoisie bleibt bei diesem Geschäft jede Sekunde der Champ.

Manchmal behaupten die Bourgeoispolitiker, sie würden den staatlichen Unterdrückungsapparat wegen der Anarchisten ausbauen. Es gibt Gimpel, die glauben das und pfeifen es weiter.

Die Bourgeoisie weiß selbstverständlich, daß die geeinte und politisch geführte Kraft der Arbeiterklasse und der Volksmassen ihr den Garaus machen kann und nichts anderes.

Die Anarchisten glauben das nicht. Sie meinen, daß man als einzelner wild um sich schlagen muß und dann nützt das etwas. Sie stellen sich eine Revolution so vor, daß dann eben alle wild um sich schlagen.

Das ist eine bürgerliche Vorstellung von der Revolution. Lenin sagt: „Der bewaffnete Aufstand ist eine Kunst."

Der bewaffnete Aufstand ist eine Kunst, denn er erfordert, daß Millionenmassen unter einer einheitlichen Leitung zweckmäßig zusammenarbeiten, weil sie das gleiche Ziel verfolgen.

Die gewaltige Kraft der Massen muß eine einheitliche Richtung haben. Wenn sie zersplittert bleibt, bleibt sie wirkungslos. Diese Kraft können die Massen bloß entwickeln, wenn sie ein einheitliches Ziel vor Augen haben. Dieses Ziel hat bloß die Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse hat ein Interesse, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufzuheben und den Sozialismus aufzubauen.

Das alles wollen die Anarchisten nicht einsehen. Sie glauben, daß ein einzelner Mensch viel ausrichten kann, wenn er nur entschlossen ist. Wir sagen: Wenn man nicht entschlossen ist, die Einheit der Arbeiterklasse im Kampf herzustellen, kann nicht viel dabei herauskommen.

In die Glückwünsche, die wir den vier mutigen Frauen zu ihrem Ausbruch übermitteln wollen, mischt sich ein Tropfen Bitterkeit. Denn diese große Geschicklichkeit, der Mut und die Initiative, welche die vier bewiesen haben, wären einer richtigen Sache würdig.

So wird es damit enden, daß sie jetzt auf der Flucht sind und über kurz oder lang wieder eingefangen werden. Vielleicht gehen sie auch ins Ausland. Im Klassenkampf können sie nicht viel ausrichten. Sie sind nicht radikal genug. Das ist ein Jammer.

Telegramm des KBW zum Tode des Genossen Tschu Teh

An den Vorsitzenden des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas Mao Tsetung,
An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas,
An den Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses der VR China,
An den Staatsrat der Volksrepublik China,
An die Botschaft der Volksrepublik China in der BRD.

Das Zentrale Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) drückt dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas, der Kommunistischen Partei Chinas und dem ganzen chinesischen Volk sein Beileid zum Tod des Genossen Tschu Teh aus. Der Tod des großen proletarischen Revolutionärs und revolutionären Armeeführers, Genossen Tschu Teh, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees und des Ständigen Ausschusses des Politbüros, Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des 4. Volkskongresses der Volksrepublik China erfüllt uns mit großer Trauer.

Über mehrere Jahrzehnte hinweg hat er seine Arbeit in den Dienst der chinesischen Revolution und des Kommunismus gestellt. Er war ein großer revolutionärer Kämpfer des chinesischen Volkes, ein herausragendes Mitglied der Kommunistischen Partei Chinas, ein unerbittlicher Kämpfer gegen den Revisionismus und ein hervorragender Führer der Partei und des Staates. Er hat sich die Hochachtung und Zuneigung der ganzen chinesischen Kommunistischen Partei, der ganzen Armee und des chinesischen Volkes ebenso wie die aller Revolutionäre in der Welt erworben, weil er im Kampf für die neudemokratische Revolution, für den Aufbau und die Entwicklung der unbesiegbaren Volksarmee, für die sozialistische Revolution, beim sozialistischen Aufbau des neuen China entschieden der proletarischen Linie des Vorsitzenden Mao Tsetung gefolgt ist und sie durchgeführt hat, in allen Kämpfen zweier Linien den Marxismus-Leninismus und die Mao Tsetung Ideen verteidigt hat. Bis zuletzt hat Genosse Tschu Teh an leitender Stelle der Partei und des Staates an den Kämpfen gegen die in- und ausländischen Klassenfeinde des sozialistischen China teilgenommen. Am 17. Januar 1975 wurde er vom 4. Nationalen Volkskongreß zum Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des 4. Nationalen Volkskongresses gewählt. Dieser Nationalkongreß hat das neue Grundgesetz der Volksrepublik China verabschiedet und die Entschlossenheit des chinesischen Volkes bekräftigt, unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas die Revolution unter der Diktatur des Proletariats bis zu ihrer Vollendung fortzuführen. Sein Leben und seine Arbeit im Dienst der Interessen der Volksmassen und des Kommunismus ebenso wie der Kampf des gesamten chinesischen Volkes unter Führung seiner Kommunistischen Partei sind ein leuchtendes Beispiel für die Verszeile Mao Tsetungs: „Nichts ist schwierig in dieser Welt, ist da der Wille, die Höhen zu erklimmen."

Für das Zentrale Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland

Hans-Gerhart Schmierer
(Sekretär des ZK)

Lohn und Rente reichen nicht mehr für selbständige Haushaltsführung

Oma und Opa sind bei Münchener Familien wieder im „Kommen". Diese Feststellung trifft Pfarrer Otto Zakis von der Geschäftsführung des Vereins für Innere Mission München in einem Bericht über die diakonische Arbeit für alte und kranke Menschen in der bayrischen Landeshauptstadt. Generell könne gesagt werden, daß – „sicherlich auch bedingt durch die Wirtschaftslage" – gegenwärtig immer weniger alte Menschen von ihren Familienangehörigen in Heime „abgeschoben" würden. Das Aufbringen der Heimkosten sei, so Zakis, oftmals nicht mehr ganz einfach. Auf der anderen Seite freue man sich, die Haushaltskasse der Familie durch eine Pension oder Rente aufbessern zu können. Die Wohnungen sind dadurch natürlich nicht größer geworden. Sie werden enger. Mehrere Generationen einer Arbeiterfamilie müssen sich auf engstem Raum zusammenpressen. (epd 9.7.76)

Imperialistische Intrige bei der Olympiade geplatzt: Das Marionettenregime auf Taiwan vertritt nicht das chinesische Volk

Seit fast 30 Jahren hält der Versuch einer kleinen Bande von Millionären und nichtsnutzigen Adligen an, die Volksrepublik China aus den internationalen Sportbeziehungen auszuschließen. Jetzt stehen diese Bestrebungen des Internationalen Olympischen Komitees, in dem die Vertreter der imperialistischen Mächte das Sagen haben, endgültig vor dem Scheitern. Großes Gejammer ertönt über die „Politisierung des Sports" und den „Mißbrauch des olympischen Gedankens", weil es in Montreal nicht mehr gelang, die 1949 endgültig geschlagene Kuomintang-Clique, die mit Hilfe der USA Chinas Provinz Taiwan besetzt hält, als Vertreterin des chinesischen Volkes bei den Olympischen Spielen auftreten zu lassen. Die Mannschaft aus Taiwan durfte nicht nach Kanada einreisen, weil ihre Funktionäre darauf bestanden, eine „Republik China" zu vertreten, die es nicht mehr gibt. Die Arbeiter und Bauern Chinas haben diese Republik der Imperialistenknechte vor mehr als einem Vierteljahrhundert gestürzt und ihre Volksrepublik errichtet. Über kurz oder lang werden sie gemeinsam mit ihren Brüdern aus Taiwan Sportler zu allen internationalen Wettkämpfen schicken.

Die Imperialisten schreien Terror

Fortsetzung

stische Abenteuer eingeleitet und die Volksmassen darauf vorbereitet.

Die „Bild- Zeitung" hetzt für die Imperialisten

Die „Bild"-Zeitung führt nun schon seit vier Wochen eine Hetzkampagne gegen Uganda und seinen Staatspräsidenten Idi Amin. Zur UNO-Debatte hat sie das noch gesteigert: „Idi raus aus der UNO", schreibt das Blatt. Dabei führt sie eine Gruselgeschichte nach der anderen auf. Am Montag war die Schlagzeile die, daß Idi Amin ein Flugzeug entführen wolle, nachdem die Zeitung die ganzen Wochen vorher behauptet hatte, Amin stecke sowieso mit den Flugzeugentführern unter einer Decke. Diesmal sollte es ein amerikanisches Flugzeug sein. Damit wolle Amin seine Staatskasse aufbessern, die leer sei. Die Entführung sei aber schief gegangen. Am Dienstag bringt das Blatt, daß Amin eigentlich verrückt sei. Israelische Ärzte hätten bestätigt, daß er Syphilis seit Jahren habe. Und britische Armeearchive zogen sofort nach, aus der Zeit, wo Amin bei den Briten Kolonialsoldat war, und „bestätigten" die israelische Aussage. Als neueste Geschichte bringt „Bild", daß Amin die Geisel Bloch, die in Uganda zurückgeblieben sein soll, den Krokodilen im Nil vorgeworfen habe. Und überhaupt, hinter allem soll der Lybier Gaddafi stehen. Und der britische Geheimdienst meldete am gleichen Tag, daß die alte Dame verbrannt in einem Wald in Uganda liege. „Bild" schreibt:

„Wenn diese Organisation nicht den letzten Rest von Würde und Ansehen verlieren will, muß sie den Mörder Amin aus der UNO ausschließen und zwar sofort."

Man kennt diese Methode. Alle Aggressoren haben sie angewandt. Die Amerikaner in Vietnam, die Israeli gegenüber den Palästinensern, die Deutschen gegenüber den Polen. Sie sollen Verwirrung schaffen, die Volksmassen ablenken, weil ihre ungerechten Aktionen sonst keinerlei Unterstützung finden.

Mit Idi Amin haben die Imperialisten Pech gehabt

Idi Amin ist den Imperialisten besonders verhaßt. Es war nämlich Idi Amin, den die Imperialisten und Zionisten als jenen Mann ausersehen hatten, der 1971 Milton Obote, den damaligen Staatschef Ugandas und antiimperialistischen Führer Afrikas aus dem Sattel heben sollte, damit erneut ein zuverlässiger Gewährsmann der Imperialisten eingesetzt wird, der Uganda unter Kontrolle des Imperialismus bringt. Der Putsch 1971 erfolgte und Idi Amin wurde Präsident. Aber was ist daraus geworden für die Imperialisten? Nach kurzer Zeit hat Idi Amin die israelischen Militärberater aus dem Land geworfen, den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes ausdrücklich in Wort und Tat unterstützt. Er hat sodann die Agenten des Imperialismus, die den Handel von Uganda monopolisierten und sabotierten, aus dem Land geworfen.

Schließlich ist er Vorsitzender der OAU geworden und statt einer willfährigen Marionette fanden sich die Imperialisten einem Präsidenten gegenüber, der die Sache der Völker und Staaten Afrikas gegen Imperialismus und Hegemonismus vertreten hat. Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung und Völker wollen Revolution – das ist die unwiderstehliche Strömung, die die Imperialisten nicht aufhalten können. So haben auch gleich nach Bekanntwerden des israelischen Überfalls die OAU und viele Staaten diesen Angriff Israels verurteilt.

In einer Ansprache an eine Massendemonstration in Brassville sagte laut „Hsinhua" am 5.7. z.B. der kongolesische Präsident Marien Ngouabi, „Israel ist der Feind des ganzen Afrika". „Wir werden den israelischen Zionisten niemals erlauben, in unser Gesicht zu schlagen." Die kongolesische Regierung sagte in einer Erklärung des gleichen Tages, daß das afrikanische Volk versteht, daß das israelische zionistische Regime und die rassistischen Minderheitenregime in Afrika alle die Freiheit der arabischen und afrikanischen Völker erwürgen wollen. Die Erklärung verurteilt die barbarische Aggression Israels gegen das ugandische Volk und alle Aggressionsakte, die Israel gegen die arabischen und afrikanischen Völker begangen hat. Die kongolesische Regierung ruft die afrikanischen Völker auf, sich zusammenzuschließen und den Versuchen entgegenzutreten, die Unabhängigkeit der afrikanischen Völker zu sabotieren. – (jk)

Militärische Demonstrationen der Sozialimperialisten und Verhüllung der eigenen Absichten

Ein Jahr nach der KSZE-Konferenz in Helsinki, auf der die Staatsmänner Europas, der USA und der Sowjetunion den Völkern einen großangelegten Entspannungsschwindel vorführten, hat die Flotte der sozialimperialistischen Sowjetunion erstmals Manöver in der Nordsee, direkt vor der westdeutschen Küste durchgeführt. Ein Kreuzer, mehrere Zerstörer und Fregatten führten auf der Höhe der Doggerbank U-Bootjagd und Luftabwehroperationen durch. Die Sowjetunion demonstrierte den westeuropäischen Mächten ihre Fähigkeit zur Sperre des Ärmelkanals. Gleichzeitig erlaubte sich die Sowjetunion, die besonders intensiv den Entspannungsschwindel betreibt, einen schlechten Witz mit ausländischen Manöverbeobachtern, die laut KSZE-Vertrag gegenseitig eingeladen werden sollen, als „vertrauensbildende Maßnahme". Wie drei teilnehmende norwegische Militärattachés berichten, hätten sie die militärischen Übungen gegen viereinhalb Stunden von einem festen Beobachtungspunkt aus sehen dürfen. Über Art des Manövers und teilnehmende Verbände hätten sie so gut wie keine Auskunft bekommen. Dafür sind sie zwei Tage lang bei Kriegerdenkmälern herumgeführt worden. Offiziell hatte die Sowjetunion eine Übung von 25 000 Mann angekündigt. Offenkundig hatten die Sozialimperialisten viel zu verbergen. (nach Mannheimer Morgen, 9.7., und Frankfurter Allgemeine, 9.7.)

Sowjetunion: Kanonen statt Butter

Über chaotische Wirtschaftsverhältnisse und mangelnde Versorgung

Die Palästinenser und die libanesischen Massen
daß die alte Dame verbrannt in einem Wald in Uganda liege. „Bild" schreibt:
geworfen.
Schließlich ist er Vorsitzender der
der afrikanischen Völker zu sabotieren. – (jk)
eine Übung von 25 000 Mann angekündigt. Offenkundig hatten die Sozialimperialisten viel zu verbergen. (nach Mannheimer Morgen, 9.7., und Frankfurter Allgemeine, 9.7.)
Sowjetunion: Kanonen statt Butter
Über chaotische Wirtschaftsverhältnisse und mangelnde Versorgung

der sowjetischen Bevölkerung mit Gebrauchsgütern mußte der erste stellvertretende Ministerpräsident der Russischen Föderation, der größten der Unionsrepubliken, berichten. Insbesondere die Leichtindustrie, in der Versorgungsgüter für die Bevölkerung hergestellt werden, bleibt hinter den Bedürfnissen angesichts des Vorrangs der Rüstungsindustrie und der herrschenden kapitalistischen Mißwirtschaft ständig zurück. Nur 2,3 Prozent ihrer ganzen Produktion von 1975 sei das Gütezeichen zuerkannt worden. Mehr als 11 Prozent der kontrollierten Stoffe und Schuhe hätten aussortiert werden müssen. Es fehle an Regenmänteln, Decken, Kleidern, Herrenhemden und Stoffen. Baumwollstrümpfe und Socken seien kaum zu bekommen, ebensowenig Lacke, Farben, Waschmittel und Haushaltsgeräte. Von den 12 geplanten Möbelfabriken sei keine einzige fertig geworden. (Blick durch die Wirtschaft, 12.7.76)

Staatliche Mästung der Kapitalisten

„Die finanziellen Förderungsmaßnahmen aus öffentlichen Kassen sind so zahlreich, daß kaum jemand behaupten kann, alle zu kennen", so schreibt die Deutsche Gesellschaft für Betriebswirtschaft und lädt deshalb die Führungskräfte der Wirtschaft zu einem Seminar ein: „Die Finanzierungshilfen des Bundes und der Länder." „...In diesem Seminar werden die sehr weitreichenden Finanzhilfen der öffentlichen Hand aufgezeigt, die unter dem Gesichtspunkt 'Strukturanpassung' vergeben werden (also nicht die Finanzhilfen zur Forschung und Entwicklung). Referenten der Seminare sind *die* Beamten, die Förderungsanträge der Unternehmen bearbeiten und entscheiden!" – (DFG-Report, Ausgabe VI/76)

Die Palästinenser und die libanesischen Massen

Fortsetzung

die Phalangisten. Die Phalangisten wollen erneut die Herrschaft des Imperialismus und der Reaktion über den Libanon errichten. Syrien steht im Widerspruch zum Imperialismus, wünscht aber weder einen konsequenten antiimperialistischen Staat Libanon noch einen gestärkten palästinensischen Widerstand. Alle seine Handlungen seit dem Einmarsch haben so den Reaktionären gedient und dem palästinensischen Widerstand und der libanesischen nationalen Bewegung geschadet. Befriedigt berichtet der Korrespondent der „Frankfurter Rundschau": „Den Seeweg blockieren Einheiten der syrischen Marine. Die Taktik Syriens läuft nun schon seit Monaten auf ein Aushungern der radikalen Palästinenser hinaus. Die Blockade der syrischen Streitkräfte gegen die von Moslems kontrollierten Gebiete im Libanon beginnt sich jetzt auszuwirken. Die Palästinenser und die linken Milizen sind vom Nachschub, der aus arabischen Staaten herangeschafft wurde, völlig abgeschnitten.. Benzin und Lebensmittel, Medikamente und Munition werden knapp." (Frankfurter Rundschau, 13.7.)

So vollzieht sich gegenwärtig der Krieg im Libanon, ohne daß sich die beiden Supermächte offen einzuschalten brauchen. Selbstverständlich sorgen beide für beständigen Waffenzustrom, die sozialimperialistische Macht beliefert sogar sowohl die Reaktionäre wie auch die Revolutionäre. Im östlichen Mittelmeer lauern ihre Flotteneinheiten. Ihr gemeinsames Interesse ist, die Einheit der arabischen Nation zu torpedieren, dem Zionistenstaat Luft zu verschaffen, ein geschwächter und kontrollierbarer palästinensischer Widerstand. In ihrer Rivalität um Vorherrschaft suchen sie beständig Widersprüche zwischen den arabischen Staaten auszunutzen und neue zu schaffen.

Einige Zeit haben die USA auf Ägypten gesetzt und wollten es gegen Syrien ausspielen. Jetzt rivalisieren sie mit der Sowjetunion verstärkt um Einfluß auf Syrien. Die Sowjetunion griff das Husseinregime an, jetzt lud sie Hussein nach Moskau ein, will mit ihm Waffengeschäfte machen und sich ihn verpflichten. Solang die sozialimperialistische Macht Einfluß auf Ägypten besessen hatte, konnte sie für die Einheit zwischen Ägypten und Syrien, den Hauptgegnerstaaten Israels, eingetreten. Nachdem Ägypten ihr gegenüber seine Souveränität entschlossen verteidigt hat, hat sie sich in der Hetze gegen Ägypten überschlagen und danach getrachtet, Syrien gegen Ägypten aufzuwiegeln. Hat der US-Imperialismus seine Kettenhunde im Libanon auf die Volksmassen losgelassen, so folgt ihm der Sozialimperialismus eilfertig nach und erklärt, die „Sowjetunion habe mindestens genauso große Interessen an der Entwicklung des Libanon und der Umgebung des Landes". Handelt es sich so beim Krieg im Libanon von seiten der Volksmassen und der Palästinenser um einen Kampf gegen Imperialismus, Zionismus und Reaktion, so ist dieser Krieg zugleich durch die Einmischung der beiden Supermächte ein Kampf um Vorherrschaft über die Völker der arabischen Region.

Der Generalsekretär des Exekutivkomitees der PLO, Muhammad Zuhdi an-Nashashibi erklärt, daß „das Ziel der imperialistischen Verschwörung im Libanon ist:

1. die palästinensische Revolution militärisch und politisch zu schlagen, sie jeden revolutionären Inhalts zu berauben, um sie in etwas zu verwandeln, was den Regimes, die die Regelung (Anerkennung des Zionistenstaates, Liquidierung der Palästinafrage) akzeptieren, ähnelt. Damit geht die Zerschlagung der Errungenschaften und der politischen Siege, die der Kampf unseres Volkes in den verschiedenen Bereichen verwirklicht hat, einher, um die Verschwörung des jordanischen Regimes gegen die Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes wieder zu beleben.
2. Die palästinensische Revolution in Nebenschlachten hineinzutreiben, um sie von ihrer Hauptaufgabe im Kampf, der Befreiung des geraubten Bodens, und zwar des gesamten geraubten Bodens, abzulenken.
3. Die libanesische nationale Bewegung als eine der Hauptstützen der palästinensischen Revolution zu zerschlagen, weil sie eine Gefahr für das libanesische Regime darstellt, dieses Regime der vier Prozent, die die armen Massen in schlimmster Art und Weise ausbeuten." (aus Al Thaura, Organ der irakischen Baath-Partei, 27.6.)

1970 hat das jordanische Husseinregime, angestiftet und unterstützt vom USA-Imperialismus, gegen das palästinensische Volk ein blutiges Massaker durchgeführt, den „schwarzen September". Dies Massaker hat den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes gegen den Zionistenstaat erheblich geschwächt und zurückgeworfen. Gegenwärtig läuft der Krieg gegen die libanesische nationale Bewegung und die palästinensische Revolution auf dasselbe hinaus. Der PLO-Vorsitzende Jassir Arafat hat erklärt, daß die Lage „schlechter ist als alles, was man sich vorstellen kann, daß die palästinensischen Kämpfer und die libanesischen revolutionären Massen zwischen „Hammer und Amboß gestellt" werden." Er meint damit die Phalangisten und die syrischen Truppen, die ihre Angriffe steigern. Die Forderungen gegen die „Internationalisierung" des Konflikts, für sofortige Einstellung der Angriffe gegen das Lager Tell-El-Zaatar, für Waffenstillstand und nach Abzug aller syrischen Truppen sind vollständig gerecht.

Ungarische Regierung beschließt Preiserhöhungen

Die ungarische Regierung hat beschlossen, die Preise für Fleisch und Fisch ab 5. Juli um 30 Prozent zu erhöhen. Das ist die zweite Preiserhöhung in diesem Jahr, die fünfte seit Anfang 1975. Zucker wurde um 50 Prozent teurer, Benzin und Maschinenöl verteuerte sich noch stärker. Die Preiserhöhungen sind untrennbar von der Ausbeutung Ungarns durch die Sowjetunion. Aufgrund steigender Preise für die sowjetischen Lieferungen ist die Handelsbilanz Ungarns mit der Sowjetunion stark negativ mit 140 Millionen US-Dollar. 1976 nimmt die Sowjetunion erneut 10 Prozent höhere Preise für ihre Öllieferungen. Im selben Zeitraum verlangt die Sowjetunion von Ungarn mehr und mehr Korn, Rindfleisch und anderes Fleisch, um ihre Mißernten auszugleichen. 1974 importierte die Sowjetunion bereits aus Ungarn 4 800 Tonnen Schweine- und Rindfleisch, mehr als 3 200 Tonnen Hühnerfleisch, 100 Millionen Eier. Letztes Jahr stiegen die Lieferungen noch erheblich. All das trägt direkt bei zu den Preiserhöhungen für Konsumgüter. (nach Hsinhua, 6.7.76)

Polizeinachwuchs aus dem Bundesgrenzschutz

Die ständige Konferenz der Innenminister der Länder hat einstimmig beschlossen, in Vereinbarungen zwischen dem Bund und den Ländern zu regeln, daß Polizeivollzugsbeamte des Bundesgrenzschutzes ohne zusätzliche Laufbahnprüfungen in die Länderpolizeien übertreten können. Wer im Bundesgrenzschutz gedient hat und für den Bürgerkrieg eingeübt wurde, gilt als ausreichend vorbereitet für die Unterdrückung des Volkes. (nach Mitteilungen der Senatspressestelle Bremen)

Das „Profitwunder von Wolfsburg“

Zweieinhalb Jahre Krieg bei VW

Das „Wunder von Wolfsburg“ hat die bürgerliche Presse in der letzten Woche gefeiert. Bei der Jahreshauptversammlung der VW-Aktiengesellschaft erklärte der Vorstandsvorsitzende Schmücker, daß nach den Verlusten in den beiden letzten Jahren ein Gewinn von einer halben Milliarde DM in den ersten sechs Monaten dieses Jahres erzielt worden sei. Für das Jahr 1976 könnten die Aktionäre nach Abtragung der Verluste von rund 700 Millionen DM sogar mit einer Dividende rechnen. (Handelsblatt, 7. Juli)

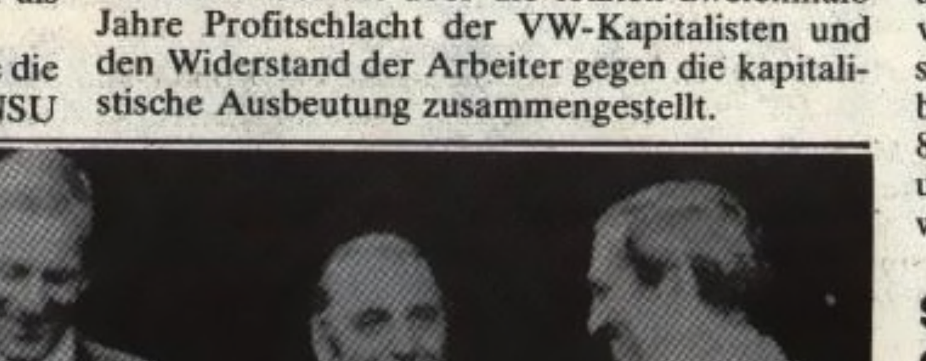
Das Profitwunder von Wolfsburg ist nach der einhelligen Meinung der Götzendiener der Bourgeoisie in den Pressebüros der bürgerlichen Zeitungen das Werk des VW-Bosses Schmücker. Das Wunder besteht ja nicht aus den Hunderttausenden von Fahrzeugen, die die VW-Arbeiter produziert haben, sondern aus dem wunderbar gestiegenen Profit aus der Ausbeutung der VW-Arbeiter. Die hunderttausendfache Menschenschinderei für dieses „Wunderwerk“ kommt nur in wenigen Zahlen des Geschäftsberichts für 1975 zum Ausdruck. Dort heißt es:

Nachdem die Belegschaft der VW AG im Jahr 1974 um „14 260 Mitarbeiter“ verringert wurde, „beschloß der Vorstand einen umfassenden Personalabbauplan (S 1) . mit der Zielsetzung, kurzfristig ... eine Gesamtreduzierung um mehr als 24 000 Arbeitsplätze durchzuführen.“

In den Werken der Volkswagen AG wurde die Belegschaft um 18 501 (16,6 %), bei Audi NSU um 5 656 (19,5 %) im Lauf des Jahres 1975 abgebaut. Über diesen Vorgang, der eine Anzahl von Arbeitern in der Größenordnung einer Kleinstadt arbeitslos machte, und seine Auswirkungen im Betrieb, heißt es kurz im Geschäftsbericht:

„Der Personalbestand wurde durch Einstellstopp, Nichtersetzen der Fluktuation, vorzeitige Pensionierungen und Aufhebungsverträge für freiwillig ausscheidende Mitarbeiter vermindert. Da eine ausreichende Anzahl von Beschäftigten das Unternehmen auf eigenen Entschluß verließ, wurden anzeigenpflichtige Entlassungen nicht notwendig. Jedoch mußten Werksangehörige auf niedriger bewertete Arbeitsplätze umgesetzt werden.“

So kurz liest sich der Kriegsbericht des Chef-Ausbeuter-Strategen Schmücker. Denn um einen Krieg handelt es sich, von den VW-Kapitalisten mit äußerster Brutalität geführt, mit ausgeklügelten Terror- und Spaltungsmethoden gegenüber der Belegschaft. Von den Arbeitern wurde ein erbitterter Widerstandskrieg geführt. Die Werkstillegungen konnten mit großen Demonstrationen verhindert werden. Aus den in der KVZ erschienenen Berichten der Zellen des KBW in den verschiedenen VW-Werken haben wir einen Bericht über die letzten zweieinhalb Jahre Profitschlacht der VW-Kapitalisten und den Widerstand der Arbeiter gegen die kapitalistische Ausbeutung zusammengestellt.



Die Profitstrategen vor der Aktionärsversammlung / 1975 bekam der VW Vorstand 4,77 Millionen DM, die früheren Mitglieder des Vorstandes 3,46 Millionen, die Bezüge des Aufsichtsrates betrugen 316000 DM: Millionen für die Menschenschinderei.

1974

„Schlimmer als mit Leiding kann es nicht mehr kommen“, sagten VW-Arbeiter, bevor im Februar 1975 Schmücker kam. Das Jahr zuvor unter Leiding hatte mit Kurzarbeit bei den VW-Transportern begonnen, dann auch bei der Käferproduktion. Zuvor hatte Leiding noch Neueinstellungen verlangt, um die Belegschaft irrezuführen. Zugleich wurden bei der Herstellung der Produktionsanlagen für die neuen Modelle und bei Anlaufen der Produktion Überstunden und Sonderschichten geschafft. Dabei wurde die Arbeitshetze gleich verschärft:

Am deutlichsten ist dies beim Anlaufen der Passatproduktion geworden. Man konnte damals an den zerschundenen Händen die Kollegen erkennen, die an den Passat-Bändern arbeiten. Sie wehrten sich gegen jede Überstunde, gegen jede Sonderschicht, weil sie einfach nicht mehr konnten.

Leiding wurde ausgepfiffen

Auf der Betriebsversammlung am 17. April 1974 wurde Leiding ausgepfiffen. „Zum ersten Mal überhaupt wurde ein Vorstandsvorsitzender auf einer Betriebsversammlung ausgepfiffen.“

In den folgenden Monaten wird weiter kurzgearbeitet. Vor den Betriebsferien beginnen die Entlassungen, teils durch Auflösungsverträge, teils durch Nichtverlängerung der Verträge für ausländische Arbeiter. 10 000 sollen entlassen werden, heißt es im Juni. Bei Karmann Osnabrück, wo der VW Scirocco produziert wird, müssen ab September 125 und ab Oktober 150 Fahrzeuge je Schicht gegenüber 110 zuvor produziert werden. Im Presswerk wird zugleich der Akkordsatz von 130 auf 126 Prozent gesenkt.

Anfang September 1974 gibt Leiding ein „Sparprogramm“ bekannt. 10 % der Zeitlöhner und Angestellten sollen entlassen werden. An den neuen Bändern der Passat-, Golf- und Audi-50-Modelle werden weiter Überstunden gearbeitet, Kurzarbeit dagegen in der Käferproduktion.

Umsetzungen, „Arbeitssuche“ im Betrieb, Kurzarbeit und Überstunden

Um die „freiwilligen Kündigungen“ besser durchzusetzen, werden in Wolfsburg Hunderte von Arbeitern durch die Hallen „auf Arbeitssuche“ geschickt. „Von einer Abteilung zur anderen weitergereicht. Dort angekommen, müssen sie meistens mitansehen, wie sich die Meister darum streiten, wer sie nun nehmen soll, denn haben will sie keiner. Danach können sie kleine Hilfsarbeiten machen oder den Dreck aus den Ecken kehren, bis sie erneut weitergereicht werden. Solch ein Kollege ist kaputt mit den Nerven. Jahrelang für VW geschuftet, und jetzt wie Alteisen herumgereicht.“ In der gleichen Korrespondenz berichtet ein Arbeiter von einer Abteilung, die mit der Anfertigung und Veränderung von Produktionsanlagen beschäftigt ist:

„Gilt für andere Abteilungen Kurzarbeit, so werden bei uns Überstunden und Sonderschichten gekloppt, Samstag, Sonntag, rund um die Uhr.“

Mehr Arbeit, weniger Lohn

Während der Umstellung der Produktion auf die neuen Modelle ist nicht nur die Produktivität der Arbeit erhöht worden, sondern zugleich die Arbeitshetze ungeheuer gesteigert worden.

„Durch dauerndes Umsetzen der Kollegen an einen und den anderen Arbeitsplatz, durch Ausspielen eines Kollegen gegen den anderen, einer Schicht gegen die zweite usw. sind die Stückzahlen an den Bändern und Maschinen zusätzlich hochgeschraubt worden, Kein Kollege konnte mehr überprüfen, wieviel Teile er schaffen mußte, oder sich die Zeit einteilen. Die Hoffnung, wieder einen festen Arbeitsplatz zu bekommen, haben Meister und Zeitnehmer ausgenutzt, um die Kollegen zu immer höheren Stückzahlen anzutreiben. Mit dem gleichen Druckmittel ist die Arbeitshetze in der Endmontage erhöht worden und die Hängemontage eingeführt worden ... die Arbeit am Hochband: Wo unter dem Wagen gearbeitet wird, Vergaser anbringen usw., da steht man acht Stunden mit dem Kopf im Nacken und die Hände über dem Kopf und ist am Schraubendrehen.“

1975

Schmücker setzt die Schinderei fort

Die ersten Taten von Schmücker sind die Umsetzungen von Facharbeitern, Werkzeugmachern und Schlossern aus den Reparaturabteilungen in die Produktion, nachdem die neuen Bänder laufen. Lohnausgleich wird für ein Jahr bis zum 31. Dezember 1975 zugesagt.

Die neuen Produktionsanlagen werden gleich genutzt, um den Lohn zu senken. In der Golfproduktion gibt es fast nur noch Arbeitsgänge, die die Kapitalisten mit Lohngruppe 3 „bewerten“, kaum 4 und fast gar nicht 5.

„Mit dem Herumschieben fängt es an, dann kommen die Kündigungen ...“, schreibt die Zelle. Das ist die gleiche Taktik wie bei Leiding. Nur daß jetzt noch mehr entlassen werden sollen durch freiwillige Auflösungsverträge.

Mit der Übernahme der Geschäftsleitung durch Schmücker wird zur Gewißheit, daß weitere große Entlassungen anstehen. Die IG Metall gibt in einem Flugblatt bei VW Salzgitter bekannt, daß es sich bei den Gerüchten um Werkschließungen und Teilschließungen um tatsächlich angestellte Überlegungen und Pläne im Vorstand handle. Schmücker erklärt dazu nur: ‚Entscheidungen nicht vor der nächsten Aufsichtsratssitzung im April.‘“

Die Arbeiter von Audi NSU und VW Salzgitter streiken gegen die Stillegungspläne

Nach monatelangen Gerüchten über Stillegung führen 15 000 Arbeiter von Audi NSU Neckarsulm und Heilbronn am 3. März eine Demonstration und Kundgebung durch. Einen Monat später treten sie in den Werken Heilbronn, Neckarsulm und Neuenstein in einen Warnstreik. Am nächsten Tag legen sie wiederum die Arbeit nieder. 9 000 ziehen in einem Protestmarsch durch Nekkarsulm, mittags findet eine Kundgebung statt. Am 12. April demonstrieren 3 000 VW-Arbeiter in Salzgitter auf dem Rathausplatz gegen Stillegungen und Massenentlassungen.

Am 14. April beschließt der Aufsichtsrat die Entlassungen: insgesamt 25 000, in Wolfsburg 5 900, in Hannover 3 520, in Emden 2 300, in Neckarsulm 4 700 und in Brüssel 1 350. Die Zweigwerke Neuenstein und Heilbronn sollen ganz stillgelegt werden.

Darin sind noch nicht die Entlassungen, die bei Aufnahme der Produktion in USA fällig werden.

Zwei Tage vor der Aufsichtsratssitzung kamen 3 000 Arbeiter von VW Salzgitter zu einer Protestkundgebung zusammen. Am Montag, dem 14.4., dem Tag der Aufsichtsratssitzung, traten die Arbeiter des Fahrzeugbaus in Salzgitter in den Warnstreik, der von der Spätschicht fortgeführt wird.

Am 18.4. nach der Frühstückspause kehren die Arbeiter von Neckarsulm und Heilbronn nicht mehr an ihren Arbeitsplatz zurück. Die 500 Heilbronner zogen nach kurzer Beratung auf den Marktplatz. „Wir wollen Arbeit!“ Auf dem Marktplatz forderten sie: „Der OB soll her!“ Und auf den Vorschlag des Leiters des Ordnungsamtes, sie sollten eine Delegation ins Rathaus schicken: „Der soll rauskommen! Lebt der von unserm Geld oder wir von seinem?!“

In Neckarsulm gab es eine spontane Betriebsversammlung. Von den VW-Kapitalisten bisher hingehalten und schließlich ausgespielt, war nun ihre Geduld am Ende. Die SPD- und IG Metall-Funktionäre, die bisher ihre Aktionen angeführt hatten, kamen diesmal kaum zu Wort. „Mit Lippenbekenntnissen können wir nichts anfangen.“ Als die Nachricht von der Demonstration in Heilbronn ankam, wurde beschlossen, nach Heilbronn zu ziehen. 7 000 marschierten die B 27 los, ein mehrere hundert Meter langer Zug, der die ganze Breite dieser Hauptverkehrsstraße einnahm. Auf der Industriebrücke vereinigte er sich mit dem Demonstrationszug von Heilbronn. „Mit offenen Armen stürzten die beiderseits gleichermaßen von der VW-Radikalkur Betroffenen aufeinander zu. Ein Freudenschrei brach aus, bevor man gemeinsam weiterzog in die Innenstadt“, schrieb die „Heilbronner Stimme“. Von jetzt an beherrschte eine Parole die inzwischen rund 8 000 demonstrierenden Arbeiter: „Wenn unter uns Solidarität besteht, es mit unserer Sache aufwärts geht!“

Schmidt im Bundestag: „notwendige Maßnahme“, wie die Aktienkurse beweisen

Bundeskanzler Schmidt erklärt im Bundestag Ende April 1975: „Ich darf darauf hinweisen, daß sich die Aktien des Volkswagenwerkes an den Börsen überall in der Welt in den letzten Tagen in Bewegung gesetzt haben. Das heißt, diejenigen, die hier ihr Vermögen anlegen wollen, empfinden, daß die unternehmerischen Entscheidungen in die richtige Richtung gegangen sind.“ (Aus dem Wortprotokoll des Bundestages)

Schmidts Parteifreund Loderer wird bei der Betriebsversammlung in Salzgitter am 29. April minutenlang ausgepfiffen, ehe er überhaupt zu Wort kommen kann. Schmücker ist erst gar nicht erschienen. Die sozialdemokratischen Betriebsräte, die kurz vorher die angeblich fehlende Solidarität der Arbeiter bejammert hatten, verhinderten, daß über eine Grußadresse an die Belegschaft von Neckarsulm abgestimmt wird.

In den ersten fünf Monaten ist die Belegschaft des VW-Konzerns von 107 000 auf 95 800 abgebaut. Ende Juni schreibt die „Welt der Arbeit“ (DGB-Wochenzeitung): „Die Angst ist raus: keine Entlassungen bei VW“. Darin lobt sie die freiwilligen Entlassungen über Abfindungsverträge. Sie freut sich, daß die gewerkschaftlichen Vorschläge bei den Kapitalisten „auf fruchtbaren Boden stießen“. Denn „bei Massenentlassungen muß ein Sozialplan ausgearbeitet werden, der zumal bei älteren Arbeitnehmern höhere Abfindungen enthält.“

Anfang Juli 1975 schreibt die „Bild“-Zeitung: „VW: Jetzt gehts aufwärts“. Am 8. Juli ist die Aktionärsversammlung. 150 Arbeiter von Audi Neckarsulm demonstrieren vor dem Gebäude: Schmücker muß vor den Arbeitern Stellung nehmen: „Der Tod auf Raten für Neckarsulm ist nicht meine Absicht.“ Einige riefen: „Hängt ihn auf!“

Sonderschichten für die Auslandsinvestitionen

Im August 1975 heißt es wieder, das Werk in Emden solle stillgelegt werden wegen des VW-Werks in den USA. Vor den Betriebsferien erhielten die Emdener einen Brief mit nach Hause, in dem es hieß, sie sollten sich schon mal vorsichtshalber um einen neuen Arbeitsplatz umschauen. Die Belegschaft in Emden war schon von 8 300 auf 6 100 zusammenrationalisiert worden.

Zu gleicher Zeit beantragt der Vorstand beim Betriebsrat Sonderschichten für die gesamte Produktion an 14 Samstagen. Im Karosseriebau werden schon täglich zwei Überstunden gearbeitet. Auch in Emden sollen Sonderschichten gearbeitet werden. Die Genossen schreiben:

„Die Arbeiter in Emden sollen damit ihr eigenes Überflüssigwerden produzieren. In den USA soll jetzt ein Werk aufgemacht werden aus Profiten, die vorher den Arbeitern in Westdeutschland ausgepreßt werden. Allein im letzten Jahr waren es 700 Millionen für Auslandsinvestitionen.“

Am 18. September protestieren 3 000 Metaller und Mitglieder anderer Gewerkschaften auf einer Kundgebung in Emden gegen die Stillegungspläne.

Nach dem Urlaub wurden die Stückzahlen wieder erhöht. „Wurden in der Schicht 2 am Passatband in Wolfsburg vor dem Urlaub mit weniger Arbeitern im Durchschnitt 240 Wagen durchgezogen, so werden nach dem Urlaub volle 285 gezogen. Das Tempo war so hoch, daß während der Hitze zwei Kollegen dabei starben. Erst dann wurde um fünf Wagen pro Schicht reduziert, das aber auch nur während der Hitze. Vor Augen hat die Leitung bereits 300 Wagen pro Schicht.“



Mit mehreren großen Demonstrationen, Kundgebungen und Streiks in Neckarsulm, Heilbronn, Salzgitter und Emden konnten die Arbeiter Stillegungen verhindern. / Die Demonstration von Neckarsulm nach Heilbronn am 18. April 1975.

1976

Im Januar 1976 stellen die Vertrauensleute von Salzgitter eine Mindestforderung von 140 DM auf. Der IG Metall-Vorstand bügelt die Forderung weg. Schmücker will einen Tarifabschluß unter dem Durchschnitt der Metallindustrie. Ende Januar legen die Schweißer der Halle 4 am Passatband in Wolfsburg die Arbeit nieder, nachdem sie erfahren hatten, daß sie runtergestuft werden sollten. Sie haben Erfolg.

Am 20. Februar streiken 1 600 Arbeiter bei VW Kassel gegen das 4 %-Tarifangebot der Metallkapitalisten. Am 4. März erscheint Kanzler Schmidt auf der Betriebsversammlung in Wolfsburg. Den konkreten Fragen weicht er aus. Stattdessen versucht er einen Angriff und zitiert ein Flugblatt des KBW: „Wenn der Bundeskanzler, der heute auf der Betriebsversammlung spricht, die bekannte Parole ausgibt „Das Erreichte sichern“, so haben ihn die Kapitalisten gut verstanden. Sie verteidigen ihren Raub mit Zähnen und Klauen.“ Er hatte gehofft, schon durch das Zitat einen Erfolg zu erzielen. Ärgerlich stellt er fest: „Ich finde das lächerlich, warum lacht denn hier niemand?“

Am 13. März wird die 15. Sonderschicht seit den Massenentlassungen gefahren. Am Tag zuvor hatte Schmücker sein 2 %-Tarifangebot nach einem kurzen Warnstreik in Wolfsburg zurückgenommen.

Nach dem 5,4 %-Abschluß kann die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung die Proteste runterbügeln, nicht aber, daß sie auf der Betriebsversammlung in Salzgitter zu Wort kommen und daß die Vertrauensleute in Emden sich gegen den Abschluß aussprechen.

Mitte April beantragt der Vorstand zwölf weitere Sonderschichten. Trotz der einhelligen Proteste stimmt der Betriebsrat sechs Sonderschichten zu. Viele Arbeiter kommen einfach nicht zu den Sonderschichten. Anfang Mai haben 30 Arbeiter am Passat-Band an zwei Tagen die Arbeit nicht angefangen und protestierten gegen die ständig wachsende Antreiberei. Sie gingen zum Betriebsrat. Schließlich wurden am zweiten Tag fünf Wagen erlassen.

Ab 1. Oktober will der Vorstand die Stückzahlen an den Bändern auf 300 Wagen pro Schicht erhöhen. In mehreren Abteilungen werden Unterschriften gesammelt. Daraufhin mußte der VW-Vorstand diesen Plan, den er seit über einem Jahr verfolgt, wieder „auf Eis legen“. (Siehe Seite 5). Die Kapitalisten werden nie genug kriegen, die Arbeiterklasse muß ihnen endgültig das Ausbeuterhandwerk legen.

Vor einer Bochumer Fabrik:

Streit um die Frage: Sind die Schwarzen faul?

Bochum. Bei der WEDAG in Bochum-Riemke schaffen 800 Arbeiter für die imperialistischen Interessen der Klöckner-Humboldt-Deutz Kapitalisten. Vor dem Betrieb wird seit Jahren regelmäßig die „Bild"-Zeitung verkauft, die kürzlich eine Artikelserie gegen den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe gebracht hat. Darin wurde berichtet über den schweren Kampf der weißen Siedler beim Aufbau einer eigenen Existenz in Zimbabwe, die jetzt durch die Guerilla-Aktionen einiger Schwarzer zunichte gemacht werden soll.

Die Stadtteilzelle Riemke hatte beschlossen, dieser imperialistischen Hetze entgegenzutreten und einen ersten Schritt zu tun, die Arbeiter der WEDAG für die Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe und der ZANU zu gewinnen. Dazu sind wir mit großen Stelltafeln vor den Betrieb gegangen, in denen die Grundlagen der weißen Kolonialistenherrschaft über Zimbabwe – die Vertreibung der schwarzen Massen von ihrem Land, ihre beispiellose Ausbeutung in den Fabriken und auf den Plantagen der Imperialisten und ihre völlige Entrechtung – dargestellt wurden sowie die Interessen des BRD-Imperialismus an der Aufrechterhaltung des Rassistenregimes. Darüberhinaus hatten wir ein Info erstellt, in dem gegen die Hetze der „Bild"-Zeitung Stellung genommen und an Beispielen diese Hetze als Mittel der Spaltung der westdeutschen Arbeiterklasse vom Kampf der unterdrückten Völker entlarvt wurde.

Sofort entstanden heftige Debatten, in denen deutlich wurde, daß die „Bild"-Zeitungsagitation ihre Weiterträger im Betrieb hat. „Gib einem Schwarzen 400 DM und gib einem Weißen 400 DM – der Schwarze verpulvert es und der Weiße legt es vernünftig an", oder „die Schwarzen sind faul" war zu hören. Das Problem der „Geldanlage" haben die Arbeiter auch in Deutschland nicht. Es ist klar, woher der Wind weht.

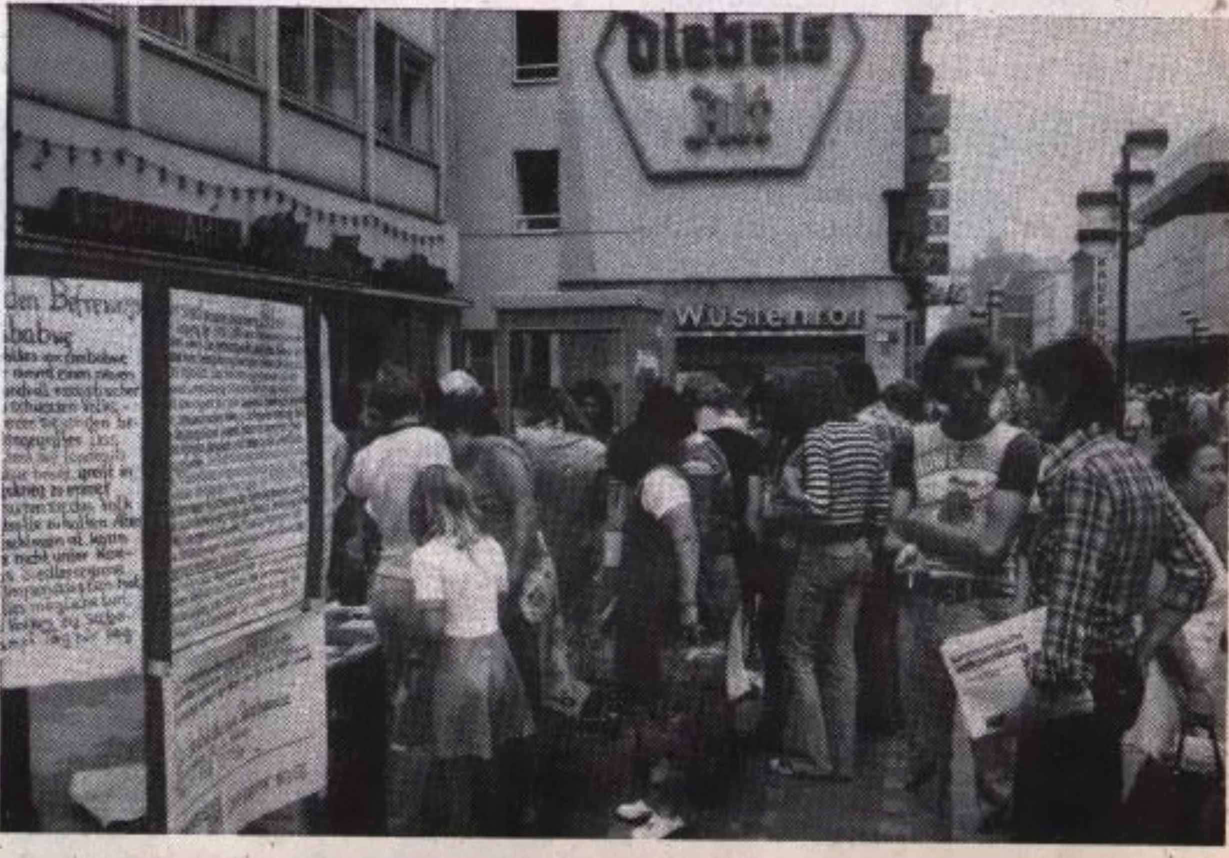
Um die Redner der Zelle sammelten sich viele Arbeiter. Wir erklärten, daß die „Leichtsinnigkeit" der Schwarzen im Umgang mit Geld schlicht darin besteht, daß sie ihren Hungerlohn sofort vollständig zur Erhaltung der nackten Existenz ausgeben müssen. Daß die „Bild"-Zeitung diesen gewaltsamen Raub der Imperialisten am Land der schwarzen Massen absichtlich verschweigt, um ihre chauvinistische Hetze von der Minderwertigkeit der Schwarzen verbreiten zu können. Und, was das „Faul-sein" betrifft, daß es die schwarzen Arbeiter sind, die in den Bergwerken und auf den Plantagen allen Reichtum schaffen – nicht die weißen Rassisten. Daß deshalb die schwarzen Volksmassen genauso wie die Arbeiter in Westdeutschland ein Interesse an der Beseitigung dieser Ausbeutung und Unterdrückung haben. Einige Arbeiter stimmten zu und spendeten für die Unterstützung des Befreiungskampfes und für die vier Lastwagen für die ZANU. Wir wurden auch aufgefordert, zu Hause bei ihnen wegen der Kleidersammlung vorbeizukommen.

120 haben das Info mitgenommen und die Zelle hat mit 8 Exemplaren die meisten KVZ bisher an dem Betrieb verkauft. Für die Kandidatur der Kommunisten zur Bundestagswahl haben wir eine Unterschrift gewonnen. – Insgesamt ein wichtiger Ansporn für die Zelle, den Kampf um die Verbreitung des Kommunismus in dem Betrieb fortzusetzen. – (h., Stadtteilzelle Riemke, Bochum)

„Maßlose Sprache" – Verbotsgrund

Als die westdeutsche Bourgeoisie 1956 über ihr Bundesverfassungsgericht die KPD verbieten und die Verbreitung des Marxismus-Leninismus unter Strafe stellen ließ, schrieben die Richter in ihr Verbotsurteil, daß die KPD eine „grundsätzliche Mißachtung der Verfassungsordnung" bekunde und „beim Volk Abneigung und Haß gegen diese Ordnung erregen will". Sie belegten das mit der „Maßlosigkeit der Sprache, die sich bisweilen selbst roher und abstoßender Wendungen bedient (so, wenn es . . . heißt, daß ‚die Imperialisten in Westdeutschland vor Wut aufheulen' . . .)". Auch das war einer der Verbotsgründe. Die westdeutschen Imperialisten sind seitdem immer häufiger in die Lage gekommen, vor Wut aufheulen zu müssen, wenn sie ihre Pläne durchkreuzt sahen durch den Befreiungskampf der Völker. Gegenwärtig heulen sie vor Wut, weil das Ende der weißen Kolonialherrschaft im südlichen Afrika näherrückt, in dessen Ausbeutung sie so viel investiert haben. Der KBW tut, was in seinen Kräften steht, um die Befreiungskämpfer zu unterstützen und in der westdeutschen Arbeiterklasse und im westdeutschen Volk die Solidarität mit ihrem Kampf zu wecken und zu stärken. Überall, wo die Ortsgruppen des KBW in den letzten Wochen auf die Straße gegangen sind, um die Verbrechen des Imperialismus anzuprangern und für die Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe eintraten, mußten sie damit rechnen, auf Polizeischikane, Bespitzelung oder direkte Polizeiüberfälle zu stoßen. Der Kampf der unterdrückten Völker um ihre nationale Befreiung und der Kampf der Arbeiterklasse der imperialistischen Länder ergänzen sich gegenseitig und der eine bringt den anderen voran. Dagegen marschiert die Polizei auf.

Dagegen richtet sich das Verbot des Marxismus-Leninismus, dessen Hauptlehre für die Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution darin besteht, daß der Kampf der unterdrückten Völker zum festen Bestandteil der sozialistischen Weltrevolution des Proletariats geworden ist. Darum macht die Solidarität trotz der Polizei Fortschritte.



Neuss. Standagitation mit einem Bazar zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe am 10.7.

Aus der Arbeit einer Stadtteilzelle in Hamburg

Die Bewohner einer Straße unterstützen das Volk von Zimbabwe

Hamburg. Schon seit längerer Zeit verkaufen wir in der Roonstraße regelmäßig KVZ. Die Mehrheit der Bewohner von den zirka 420 Haushalten hatte auch die Forderung nach einem Volksentscheid gegen den § 218 unterstützt, drei waren mit zur Demonstration nach Bonn gefahren. Auch durch unseren Agitationsstand eine Straßenecke weiter sind wir vielen Menschen bekannt. Nach der Demonstration aber haben wir dann wesentlich nur noch sechs, sieben Familien wöchentlich aufgesucht, die regelmäßig Interesse an der KVZ oder revolutionärer Literatur hatten.

Die Unterschriftensammlung zur Unterstützung des KBW, aktionsmäßig durchgeführt, hat sich jetzt als eine gute Möglichkeit erwiesen, die Anschauungen des KBW weiter zu verbreiten und den Verkauf der KVZ und revolutionärer Literatur zu steigern. An der Agitation haben sich jeweils fünf bis sechs Genossen beteiligt. Sie wurde zuvor angekündigt durch die Verteilung eines Flugblattes zusammen mit dem Wahlaufruf. Bevor wir in die Häuser gingen, hielten wir jedes Mal in der Straße eine Rede, die an einer einzelnen Frage, Ausbildung der Jugend, Rentenversicherung, Zimbabwe u.a., die Forderungen des KBW und seine Kandidatur zur Bundestagswahl begründete. Zweimal unterstützte der Chor die Agitation und sehr viele Menschen hörten schon vom Balkon oder Fenster aus zu.

Die Sammlung hat bislang 22 Unterschriften ergeben. Neben weiterer Literatur wurde ein Dutzend Programme verkauft und jedesmal zusätzlich drei, vier KVZ.

Daß der bürgerliche Staat, wo es nur geht, die kommunistische Agitation zu verhindern sucht, und seine Polizeitruppe schickt, ist schon häufig berichtet worden. Auch in der Roonstraße tauchten sie einmal auf – allerdings dann nie wieder. Der erste Wagen kam auf den Anruf eines Bewohners. Offensichtlich fühlte sich seine Besatzung aber noch zu schwach und rief sofort nach Unterstützung. Nach einigen Minuten kamen fünf weitere Wagen mit Blaulicht angerast, genau für jeden Genossen ein Polizeiwagen mit Besatzung. Einen Genossen schleppten sie mit auf die Polizeiwache, was noch besonders die inzwischen auf der Straße und den Balkons versammelten Menschen empörte und gerade auch bei den vielen Kindern, die in Trauben auf der Straße standen, Wut hervorrief. Zwei Leute unterschrieben sofort auf der Straße unsere Liste („Jetzt aber erst recht!"), und an dem Abend wurde noch bis 21 Uhr in einigen Hausfluren diskutiert.

Die Agitation zu den Bundestagswahlen haben wir inzwischen weiter genutzt und eine Spendensammlung für Zimbabwe begonnen. DM 41,50 für die vier Lastwagen und fünf Körbe mit Kleidung erhielten wir in den ersten sieben Häusern; das heißt fast jeder hat etwas gegeben und auch unser Flugblatt war zuvor gelesen worden und teilweise schon vorher Sachen zusammengepackt worden. Es nahmen auch Bewohner an dem Solidaritätsfest teil, das mit 45 Menschen aus dem Stadtteil unsere seit langem größte Veranstaltung war und neben Kleidung knapp 530 DM für die Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe erbracht hat. – (m.r., Stadtteilzelle Eimsbüttel-Hoheluft, Hamburg)

Solidarität mit dem Kampf des Volkes von Zimbabwe

Bergisch Gladbach. Am Samstag, 3.7., führte die Sympathisantengruppe des KBW aus Bergisch Gladbach einen Solidaritätsbasar zugunsten des Befreiungskampfes von Zimbabwe durch. Zu diesem Basar wurde mit einer Informationsbroschüre aufgerufen, die während der Woche in der Stadt verteilt worden war. Auf

Weinheim. In den letzten vier Wochen hat die Ortsgruppe des KBW in Weinheimer Arbeiterstadtteilen Solidaritätsaktionen zur Unterstützung des Freiheitskampfes des Volkes von Zimbabwe durchgeführt. Während der Sammelaktionen wurden fast fünf Zentner gut erhaltene Kleider, fünf Uhren und 190 DM für die

Die Unterschriftensammlung zur Unterstützung des KBW, aktionsmäßig durchgeführt, hat sich jetzt als eine gute Möglichkeit erwiesen, die Anschauungen des KBW weiter zu verbreiten und den Verkauf der KVZ und revolutionärer Literatur zu steigern. An der Agitation haben sich jeweils fünf bis sechs Genossen beteiligt. Sie wurde zuvor angekündigt durch die Verteilung eines Flugblattes zusammen mit dem Wahlaufruf. Bevor wir in die Häuser gingen, hielten wir jedes Mal in der Straße eine Rede, die an ei-

verhindern sucht, und seine Polizeitruppe schickt, ist schon häufig berichtet worden. Auch in der Roonstraße tauchten sie einmal auf – allerdings dann nie wieder. Der erste Wagen kam auf den Anruf eines Bewohners. Offensichtlich fühlte sich seine Besatzung aber noch zu schwach und rief sofort nach Unterstützung. Nach einigen Minuten kamen fünf weitere Wagen mit Blaulicht angerast, genau für jeden Genossen ein Polizeiwagen mit Besatzung. Einen Genossen schleppten sie mit auf die Polizeiwache, was noch be-

mit Kleidung erhielten wir in den ersten sieben Häusern; das heißt fast jeder hat etwas gegeben und auch unser Flugblatt war zuvor gelesen worden und teilweise schon vorher Sachen zusammengepackt worden. Es nahmen auch Bewohner an dem Solidaritätsfest teil, das mit 45 Menschen aus dem Stadtteil unsere seit langem größte Veranstaltung war und neben Kleidung knapp 530 DM für die Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe erbracht hat. – (m.r., Stadtteilzelle Eimsbüttel-Hoheluft, Hamburg)

Solidarität mit dem Kampf des Volkes von Zimbabwe

Bergisch Gladbach. Am Samstag, 3.7., führte die Sympathisantengruppe des KBW aus Bergisch Gladbach einen Solidaritätsbasar zugunsten des Befreiungskampfes von Zimbabwe durch. Zu diesem Basar wurde mit einer Informationsbroschüre aufgerufen, die während der Woche in der Stadt verteilt worden war. Auf
Ständern wurde über den Befreiungskampf der ZANU berichtet sowie über die momentanen Zustände in Zimbabwe und darüber, wie man diese auch mit unserer solidarischen Hilfe ändern kann. Auf dem Basar konnten über 220 DM eingenommen werden, die auf das Spendenkonto für die vier Lastwagen überwiesen werden. Weiterhin haben wir bis jetzt vier Photoapparate und einen Rasierapparat für die ZANU sammeln können.

Rüsselsheim. Am Samstag, 29.6., trafen sich morgens um 8 Uhr Mitglieder der Sympathisantengruppe im Garten eines Genossen zum Kirschenpflücken. Bis 10 Uhr waren rund 60 Pfund gepflückt.

Diese Kirschen haben wir an einem Informationsstand zum Kampf der Völker im Süden Afrikas angeboten. Schon vorher war in Rüsselsheim durch Plakate und die Ortsbeilage der KVZ die gerechte Sache der Afrikaner propagiert worden. Die Solidaritätsaktion hat Interesse bei der Rüsselsheimer Bevölkerung gefunden. Das zeigte sich an den Diskussionen, die am Informationsstand geführt wurden.

Um dem Staatsapparat keine Möglichkeit zu geben, die Gewerbeordnung gegen uns anzuwenden, wurden die Kirschen verschenkt, gleichzeitig wurde zu Spenden aufgerufen und die Broschüre über die Kämpfe der Völker im südlichen Afrika vertrieben. Etwa 70 Mark sind für die ZANU-LKWs zusammengekommen.

Weinheim. In den letzten vier Wochen hat die Ortsgruppe des KBW in Weinheimer Arbeiterstadtteilen Solidaritätsaktionen zur Unterstützung des Freiheitskampfes des Volkes von Zimbabwe durchgeführt. Während der Sammelaktionen wurden fast fünf Zentner gut erhaltene Kleider, fünf Uhren und 190 DM für die
Lastwagen gesammelt. Auf der Propagandaveranstaltung des KBW über den Befreiungskampf der unterdrückten Völker am vergangenen Freitag wurden weitere 794 DM für die Lastwagen gespendet. Die Ortsgruppe hat die Zimbabwe-Solidaritätsaktionen mit der Unterschriftensammlung für die Kandidatur zu den Bundestagswahlen verbunden und bisher 100 Unterschriften gesammelt.

Alfeld. Am Samstag, 3.7.1976, führte die Ortsgruppe des KBW eine Wahlkundgebung in der Stadt durch. Sie wurden von einigen Genossen aus der Ortsgruppe Hannover und einer Agit-Prop-Gruppe dabei unterstützt. Die Ortsgruppe Alfeld hatte den Informationsstand, Büchertisch usw. bei der Stadt angemeldet, jedoch keine Genehmigung erhalten. Die Aktion wurde von den Genossen trotzdem durchgeführt. Das Thema war die Situation im südlichen Afrika.

Etwa um 1.30 Uhr kamen drei Polizisten und forderten die Genossen auf, den Stand abzubauen, weil dieser nicht genehmigt sei. Die Genossen ließen sich aber das Recht auf Enthüllung der Ziele der Reaktion nicht nehmen und gaben über Megafon den umstehenden Menschen, etwa 200, bekannt, daß sie auch ohne Erlaubnis die Kundgebung zu Ende führen. Daraufhin kamen etwa 15 weitere Polizisten, auf ein Zeichen des Einsatzleiters hin, aus einem Hauseingang und räumten gewalttätig den Büchertisch und die Stände ab.

Auf der Grundlage des KPD-Verbots: Polizei gegen den Kommunismus

Bremen. Neben einem Agitationsstand des KBW war eine riesige Wandzeitung mit einer Bilddokumentation über den Einsatz der Polizei in der letzten Zeit angebracht. Die Besatzung eines Streifenwagens versuchte, die Wandzeitung abzureißen, mußte aber angesichts der vielen Umstehenden unverrichteter Dinge wieder abziehen. Später, als der Platz sich geleert hatte und der Stand schon abgebaut war, kam Polizei mit zwei Mannschafts- und zwei Streifenwagen. Sie wollten von allen die Personalien und fragten nach der Erlaubnis für das Plakat. Die Genossen der Stadtteilzelle schreiben: „Der Einsatz des Lautsprecherwagens, der nicht genehmigt war, und um den es sonst immer viel Ärger gibt, war ihnen jetzt egal. Was die Bullen fuchste, war die Wandzeitung, auf der sie in Aktion fotografiert waren. Wir hatten keinen Anlaß, uns auszuweisen, forderten sie auf, ihre Aktion zu begründen und sich erst einmal selbst auszuweisen." Zwei Genossen wurden in den Einsatzwagen gezerrt und festgenommen. Als sie auch auf der Wache darauf bestanden, daß sich die Polizisten ausweisen sollten, um sie anzeigen zu können wegen Körperverletzung, rückte ein Polizist damit raus, wovor er Sorge hat: „Weil ich mich nicht auf einer Wandzeitung mit Name und Adresse wiederentdecken will."

Hannover. KVZ-Verkaufsstand in der Innenstadt: Hauptauseinandersetzung war der israelische Einfall in Uganda. „Es gibt kein palästinensisches Volk, der israelische Staat hat immer existiert", rief ein allzu eifriger Reaktionär. Diese Lüge war schnell aufgedeckt durch den Hinweis auf die Flüchtlingslager und auf die Million ermordeter Palästinenser, auf die der zionistische Staat gegründet wurde. Die Polizei erschien angesichts der großen Ansammlung. Ein Verteiler berichtet: „Als der Polizist hörte, worum es ging, ging er in die Mitte und sagte, die Versammlung solle sich auflösen, da sie nicht angemeldet sei. Das löste sofort Unwillen aus: ‚Darf ich nicht einmal auf der Straße stehen bleiben? Ist sogar das verboten?' Der Polizist holte Verstärkung. Diese griff sich die Stellschilder, die den zionistischen Überfall in Uganda anprangerten. Begründung: Die Stellschilder hätten hitzige Debatten ausgelöst, es bestünde Gefahr, daß sie zu Handgreiflichkeiten und zu Gewalt führten. Die Ansammlung hat sich nicht aufgelöst, über eine Stunde führten wir die Debatte noch weiter . . . In meiner Diskussionsrunde wurde außerdem sehr viel über den Sozialismus diskutiert, das Interesse war sehr groß."

Das Ergebnis: 10 verkaufte KVZ, eine Spende für den KBW, eine Unterschrift für die Kandidatur des KBW zu den Bundestagswahlen, ein Jugendlicher wollte zum nächsten Treff des Kommunistischen Jugendbundes kommen.

Frankfurt. Am Samstag, dem 10.7.76, hat die Polizei unseren Agitationsstand auf der Zeil abgeräumt. Nachdem sie schon einige Male vorbeigefahren waren, kamen die Polizisten mit zwei Streifenwagen an und wollten die Genehmigung für unseren Stand und den Büchertisch sehen. Wir hatten keine, weil wir den Magistrat nicht auch noch um Genehmigung fragen und ihm 30 DM Standgebühr zahlen, wenn wir für den Kommunismus Propaganda machen wollen.

Unsere Erfahrung ist es, daß die Bourgeoisie ihre Polizei gezielt schickt, um unsere Stände abzuräumen. In der letzten Zeit war dies der Fall, als wir zum Rockefeller-Besuch Stellung bezogen, nach dem Tod von Ulrike Meinhof gegen die Isolationshaft auftraten und jetzt die israelische Aggression gegen Uganda und ihre Unterstützung durch die Bundesregierung angriffen.



Die Druckkapitalisten setzten während des Streiks Polizei ein. Hier vor dem Münchener Druckhaus gegen Arbeiter vom Pressehaus, Süddeutschen Verlag und Buchgewerbehaus. Die Arbeiter verhinderten mit einem Sitzstreik die Auslieferung des landwirtschaftlichen Wochenblattes.

KHD Köln: Hitzepause durchgesetzt

Köln. Durch die anhaltende Hitze haben sich die Arbeitsbedingungen sowohl in der mechanischen Abteilung wie in der Montage der Halle 100 bei KHD enorm verschlechtert. In der Mechanischen herrschen an den Maschinen Temperaturen von 40 bis 50 Grad. An den Montagebändern sieht es nicht anders aus. Unter solchen Bedingungen wird die Arbeit zur reinen Qual. Doch das kümmert die KHD-Kapitalisten wenig. Für sie zählt nur eins: Profit.

Durch die Hitze fielen Arbeiter in den Hallen um und mußten nach Hause geschickt werden. Am Mittwoch letzter Woche war es dann so weit: Auf einer Abteilungsversammlung, auf der der Betriebsratsvorsitzende Bleffert anwesend war, brachten die Arbeiter ihren Protest zum Ausdruck. Wollte die Geschäftsleitung nicht noch mehr Unruhe riskieren, mußte sie Zugeständnisse machen. So wurde dann in der Spätschicht die Pause um eine halbe Stunde verlängert, an den darauffolgenden Tagen in jeder Schicht ebenfalls um 25 bis 30 Minuten.

Dies ist ein erster Erfolg der Arbeiter, der aber noch nicht ausreicht.

Die KHD-Kapitalisten müssen endlich eine Klimaanlage einrichten lassen, die die Temperaturen im Sommer senkt. Dies wird seit längerem von den Arbeitern gefordert und muß endlich durchgesetzt werden. – (KHD-Zelle)

VW Wolfsburg: 2500 Unterschriften

„Stückzahlerhöhung zunächst einmal auf Eis gelegt"

Wolfsburg. Auf der Aktionärsversammlung des VW-Konzerns, die letzten Dienstag in Wolfsburg stattfand, zahlerhöhung dürfen keine Neuabstoppungen durchgeführt werden.
3. Die Arbeitsgänge sollen so aufgeteilt

VW Wolfsburg: 2500 Unterschriften

„Stückzahlerhöhung zunächst einmal auf Eis gelegt"

Wolfsburg. Auf der Aktionärsversammlung des VW-Konzerns, die letzten Dienstag in Wolfsburg stattfand, hat der VW-Vorstandsvorsitzende erneut bestätigt, daß der Rohertrag der VW AG um 28 % oder 11 000 DM pro Belegschaftsmitglied (also einschließlich des Managerpacks) gesteigert worden ist. „Das sind für die VW AG 700 Millionen Mark und für den VW-Konzern 960 Millionen Mark", schreiben die „Wolfsburger Nachrichten".

Der Profitsteigerung auf solche Höhen entspricht die Steigerung der Schweißauspressung. Die letzte Maßnahme des Profitschinders ist jedoch vorläufig an der Entschlossenheit der VW-Arbeiter gescheitert. Wie bereits in der KVZ berichtet, sollten ab 1. Oktober die Stückzahlen in der Endmontage um 15 auf 300 Autos pro Band und Schicht erhöht werden. Schmückers Trick bestand in folgendem: Die Bänder sind bereits abgestoppt. Laut Rationalisierungsschutzabkommen (Zusatzvereinbarung zum Manteltarifvertrag), kann eine erneute Abstoppung nur dann durchgeführt werden, wenn vorher die Arbeitsgänge geändert worden sind. Um die Stückzahlen zu erhöhen, ohne die Stoppzeiten zu verändern, sollten für die Erhöhung zunächst 19 Kollegen und 11 Kollegen für die 10-Minuten Pause zusätzlich an jedes Band gestellt werden. Folglich sollten alle Arbeitsgänge an den Bändern neu eingestellt werden. Damit aber wären die Bedingungen, unter denen das Rationalisierungsschutzabkommen neue Abstoppungen erlaubt, erfüllt. Die Folge neuer Abstoppungen ist natürlich gesteigerte Arbeitshetze, zusätzliche Einsaugung unbezahlter Mehrarbeit durch das VW-Kapital.

Diese Lumperei Schmückers ist allerdings von den Akkordarbeitern durchschaut worden. An den Bändern wurden Kampfmaßnahmen diskutiert. Die Sozialdemokraten im Betriebsrat erklärten den Vertrauensleuten gleich, sie könnten die Kollegen beruhigen, der Betriebsrat würde schon aufpassen, daß die Stückzahlerhöhung zu keiner Mehrarbeit führen würde. Sie nannten folgende Bedingungen, unter denen sie Stückzahlerhöhungen zustimmen wollten:

1. An den Golf-Bändern sollten die alten Stoppzeiten verwendet werden.
2. Ein halbes Jahr lang nach der Stückzahlerhöhung dürfen keine Neuabstoppungen durchgeführt werden.
3. Die Arbeitsgänge sollen so aufgeteilt werden, daß jeder Arbeiter nur jeden 2. Wagen macht.

Keine einzige dieser Bedingungen verhindert aber eine Verschärfung der Arbeitshetze, sondern schiebt sie lediglich um ein halbes Jahr hinaus. Darauf kann sich Schmücker ohne weiteres einlassen, denn ein halbes Jahr brauchen die Arbeiter sowieso, um sich in die neuen Arbeitsgänge einzuarbeiten. Die Bedingung 3 soll dazu dienen, die Arbeiter hinters Licht zu führen, da ihre Durchführung eine vollkommene Ummodelung der Arbeitsgänge erfordert. Auf diese Weise ist es nach einer Neuabstoppung schwerer zu durchschauen, wieviel Mehrarbeit man leisten muß.

Die Sozialdemokraten hatten jedoch nicht mit der gewachsenen Selbständigkeit der Arbeiter im Volkswagenwerk gerechnet. Vertrauensleute hatten innerhalb weniger Tage ca. 2500 Unterschriften gesammelt, mit denen der Betriebsrat aufgefordert wird, die Stückzahlerhöhung abzulehnen. Seine Zustimmung zur Erhöhung konnte der Betriebsrat nicht länger vertreten. Er erklärte: Die Stückzahlerhöhung ist „zunächst einmal auf Eis gelegt". Also immer noch nicht endgültig vom Tisch. Unter den Arbeitern herrscht die Auffassung, daß man wachsam sein muß. Dazu besteht auch aller Grund.

Schinder Schmücker wird nichts unversucht lassen, die Schlappe wieder auszuwetzen. Jetzt ist das Ergebnis von Neuabstoppung im Karrosserierohbau bekannt geworden. Die Stückzahl soll danach an diesen Bändern von 320 auf 410 pro Schicht erhöht werden. Auf der Aktionärsversammlung erklärte Schmücker: „Zweieinhalb Prozent über den Kosten der Konkurrenten sei die vom Vorstand festgestellte augenblickliche Relation" (Wolfsburger Nachrichten). Dies ist natürlich nichts anderes als eine Angriffserklärung der VW-Herren auf die Löhne der VW-Arbeiter.

Der Heißhunger des VW-Kapitals nach unbezahlter Mehrarbeit, der in diesen neuesten Akkorderhöhungen zum Ausdruck kommt, kann nur gezügelt werden, indem jegliche Neuabstoppung und jegliche Stückzahlerhöhungen bekämpft werden. – (h., Betriebszelle VW Wolfsburg)

Keine polizeiliche Verfolgung von Druckarbeitern!

Frankfurt. Eines der Hauptereignisse des zurückliegenden Druckerstreiks ist in diesen Tagen wieder in den Blickpunkt gerückt. Der Anlaß ist die damalige Weigerung der Arbeiter der Frankfurter Societätsdruckerei (FSD), den Leitartikel in der „Neuen Presse", der gegen ihren Streik hetzte, erscheinen zu lassen. Man erinnert sich, die Stelle in der Ausgabe blieb weiß. Das Gleiche ereignete sich bei „Bild" in Hannover.

Ein Sturm der Entrüstung ging damals durch den bürgerlichen Blätterwald. Die Bourgeoisie sah „ihre" Pressefreiheit bedroht. Etwas Ungeheures war geschehen: Die Arbeiter als Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums haben selbst bestimmt, was sie setzen und drucken wollen und was sie lesen wollen. Lauthals haben die Kapitalisten nach Konsequenzen geschrien.

Damals fühlte sich ein Frankfurter Amtsrichter durch das Ausbleiben des reaktionären Leitartikels in seiner „persönlichen Würde" verletzt und stellte Strafanzeige gegen die Arbeiter der Frankfurter Societätsdruckerei.

Die Folge ist, daß dieser Tage ein geschniegelter Kripobeamter in der Frankfurter Societätsdruckerei auftauchte und gemeinsam mit der Geschäftsleitung und dem Chefredakteur nach den „Rädelsführern" fahndete. Das ist empörend genug. Genauso empörend ist es aber auch, daß der darüber informierte Betriebsrat es nicht für nötig hielt, diesem Besuch der Kripo gemeinsam mit der Belegschaft entgegenzutreten. Stattdessen glaubte der Sozialdemokrat Stapp, der auch im Bezirksvorstand der Frankfurter IG Druck und Papier ist, die Sache als Bagatelle darstellen zu müssen. So etwas ist aber keine Bagatelle, weil so die gemeinsame Kampffront des Streiks nachträglich aufgeweicht werden soll und einzelne Arbeiter als „Rädelsführer" vor Gericht gezerrt werden sollen. Tatsächlich ist es Kripo, Geschäftsführung und Chefredaktion bei ihren Einzelrecherchen gelungen, Aussagen zu bekommen.

So wie die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung hier ungestört den bürgerlichen Staatsapparat gegen die Arbeiter vorgehen läßt, so wendet sie sich vertrauensvoll in eigener Sache an den Staatsapparat. Der Präsident des Verlegerverbandes hatte über die IG Druck Führung in einem Zeitungsinterview behauptet, ihre Streikführung sei darauf aus gewesen, „eine Systemveränderung zu erzwingen". Dagegen strengte die IG Druck Führung einen Prozeß an auf Unterlassung dieser Behauptung.

Die IG Druck Führung wollte sich mit diesem Prozeß von der bürgerlichen Justiz bestätigen lassen, daß sie mit den gerechten Streikmethoden und der Druckverweigerung für die Hetzartikel der Bourgeoisie nichts zu tun hat. Keinen anderen Zweck verfolgt der Prozeß gegen den Präsidenten des Verlegerverbandes. Ebenfalls unterlassen solle der Verlegerpräsident die Behauptung, die IG Druck Führung habe die Aktionen gerechtfertigt und gesagt, der Artikel 5 des Grundgesetzes über die Pressefreiheit sei „unerlaubt weltfremd". Letztere Behauptung hat nun das Gericht dem Verlegerpräsidenten untersagt, weil sie den Tatsachen widerspreche. Daß die IG Druck Führung eine Systemveränderung erzwingen wolle, wertete das Gericht jedoch nicht als Tatsachenäußerung, sondern als „erlaubte Meinungsäußerung", womit einerseits der Gewerkschaftsführung bescheinigt wird, daß sie tatsächlich keine Systemveränderung erzwingen wolle, andererseits die „Pressefreiheit" der Pressezaren geschützt wurde, ihre „Meinung" zu drucken.

Auf diese Weise ließ die IG Druck Führung ihren Klassenfrieden mit den Pressezaren durch die bürgerliche Justiz herstellen. Gleichzeitig tritt sie den Angriffen der Klassenjustiz auf die Druckarbeiter, die tatsächlich die Pressefreiheit der Pressezaren angegriffen haben, nicht entgegen und wäscht ihre Hände in Unschuld.

Das gibt den Verlegern jetzt ihrerseits freie Bahn, den bürgerlichen Staatsapparat anzusetzen, um die „Rädelsführer" aus den Reihen der Druckarbeiter vor Gericht zu stellen. Für die Druckarbeiter hat schon der Streik klargemacht, daß die Arbeiterinteressen gegen die Kapitalistenklasse und ihren Staat erkämpft werden müssen. Der Abschaffung des Lohnsystems und dem Sturz des Kapitalistenstaates muß die Gewerkschaft dienen und von diesem Ziel ihren Kampf leiten lassen. Auf dieser Grundlage werden die Druckarbeiter die Solidarität gegen die Angriffe der Pressekapitalisten und ihrer Klassenjustiz herstellen.

zelrecherchen gelungen, Aussagen zu bekommen.

So wie die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung hier ungestört den bürgerlichen Staatsapparat gegen die Arbeiter vorgehen läßt, so wendet sie sich vertrauensvoll in eigener Sache an den Staatsapparat. Der Präsident des Verlegerverbandes hatte über die IG Druck Führung in einem Zeitungsinterview behauptet, ihre Streikführung

klargemacht, daß die Arbeiterinteressen gegen die Kapitalistenklasse und ihren Staat erkämpft werden müssen. Der Abschaffung des Lohnsystems und dem Sturz des Kapitalistenstaates muß die Gewerkschaft dienen und von diesem Ziel ihren Kampf leiten lassen. Auf dieser Grundlage werden die Druckarbeiter die Solidarität gegen die Angriffe der Pressekapitalisten und ihrer Klassenjustiz herstellen.

Holzarbeiterzeitung

Die Arbeiterbewegung muß den § 88 a beseitigen!

Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff hatte in der Holzarbeiter-Zeitung vom Juni die Auseinandersetzung gegen die Paragraphen 88 a und 130 a geführt. Die KVZ druckte einen Teil des Artikels ab. In der Juli-Nummer der Holzarbeiter-Zeitung wird der Angriff auf die Maulkorbparagraphen fortgesetzt. Die Zeitung schreibt unter anderem:

„Im Juni haben wir in dieser Zeitung darauf hingewiesen, daß schon die Vorbereitung eines Streiks kriminalisiert werden kann. Natürlich werden die verantwortlichen Politiker so etwas weit von sich weisen, aber die Realitäten sehen anders aus. Die Gewerkschaften haben sich auf die neue Situation einzustellen.

Das Gesetzeswerk *,zum Schutze des Gemeinschaftsfriedens'* hat ein politisches Herzstück. Im § 88 a wird bereits die schlichte ,Befürwortung' der vertrauten Störungen des Gemeinschaftsfriedens unter Strafe gestellt, und zwar sofern dadurch die Bereitschaft anderer gefördert wird, ,sich durch die Begehung solcher Taten für Bestrebungen gegen den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder gegen Verfassungsgrundsätze einzusetzen'. Der § 88 a ist ein echter Staatsschutzparagraph, und er erfaßt das öffentlich oder in einer Versammlung gesprochene Wort ebenso wie die gesamte Spanne der publizistischen Arbeit von der Herstellung einer Schrift über ihre Aufbewahrung bis zu dem Augenblick, wo sie ,zugänglich' gemacht wird. Auch hier sollen den Schriften die Ton- und Bildträger, Abbildungen und Darstellungen gleichstehen. (...)

Unentbehrlich ist das öffentlich gesprochene Wort, die Druckschrift oder der Film aber dort, wo größere Menschengruppen sich über ein gemeinsames Verhalten einigen müssen. Beispielsweise gegen einen Unternehmer, gegen einen Umweltverschmutzer – oder auch gegen staatliches Vorgehen. Dies letztere gründlich unter Strafe zu stellen ist der Sinn des § 88 a.

Denn wenn die Bevölkerung den Bauplatz eines Kraftwerks besetzt (wie seinerzeit in Wyhl am Oberrhein), um eine Landesregierung zum Einlenken zu bewegen, so kann dies als ,Nötigung von Verfassungsorganen' in Tateinheit mit ,Landfriedensbruch' verfolgt werden. Der § 88 a soll nicht erst denjenigen treffen, der an solchen Aktionen teilnimmt, sondern bereits den, der sie ,befürwortet'. (...).

... Streiks, Bauplatzbesetzungen, Demonstrationen, Bürgerinitiativen und Volksbewegungen kommen nicht durch ,Gewaltpropaganda' zustande.

Wo die Arbeitskraft benutzt wird, um Profite zu erwirtschaften, da ist eine Auseinandersetzung nicht fern. Daran können auch Strafgesetze auf lange Sicht wenig ändern. Wer sich inzwischen über die Freigabe der neuen Gesetze in die Faust lacht, ist nicht schwer zu erraten. In der Arbeiterbewegung wird überlegt werden müssen, auf welchem Wege man das reaktionäre Kuckucksei wieder loswerden kann."

Meldungen

Stahlindustrie: Verhandlungen über Zuschläge

Zwischen den IG-Metall-Bezirksleitungen Essen, Hagen, Köln und Münster und dem Kapitalistenverband Eisen- und Stahlindustrie wurde vereinbart, die Tarifverhandlungen über die stahltypischen Zuschläge am 16. Juli aufzunehmen. Am 30. Juni 1976 ist der Vertrag über vermögenswirksame Leistungen ausgelaufen.

Lohnaufschlag von 46 Pfennig!

Völklingen. Stahlwerker mehrerer Betriebe des Röchling-Konzerns in Burbach und Völklingen (Gießerei, Zentralwerkstatt, Walzendreherei, EBW) haben am letzten Wochenende gestreikt. Eine Hitzezulage wurde gefordert. Wegen der „Neuordnung der analytischen Arbeitsplatzbewertung" wurde die Forderung nach einem Lohnaufschlag von 46 Pfennig je Stunde aufgestellt.

Hoesch-Werke: Verbesserung der Punktwertung

Dortmund. Der Gesamtbetriebsrat der Hoesch-Werke hat einen Antrag an die Konzernleitung gestellt: Erhöhung des Ecklohns von 10 Pfennig die Stunde wegen der Hitze. Außerdem wird eine Verbesserung der Punktwertung gefordert, die durchschnittlich eine Lohnerhöhung um 31,6 Pfennig bedeutet.

Hitzestreiks bei Daimler-Benz

Stuttgart. Am Montag und Dienstag letzter Woche haben Arbeiter der Daimler-Benz-Betriebe in Untertürkheim und Hedelfingen gestreikt. Eine halbe Stunde am Montag und eine halbe Stunde am Dienstag legten die Arbeiter im Motorenbau die Arbeit nieder für die Forderung nach Verbesserung der Akkorde. In Hedelfingen streikten am Dienstag 1 000 Arbeiter der Frühschicht und Spätschicht je eine halbe Stunde für ein um 10 Minuten vorgezogenes Schichtende. Die Geschäftsleitung lehnte die Forderung ab.

Zusage nicht eingehalten: erneuter Streik

Nürnberg. Bei AEG Kanis streikten die Arbeiter erneut eine Stunde, weil die Zusage auf eine Pause von einer Viertelstunde nicht eingehalten wurde. Die IG Metall hat den Betriebsrat aufgefordert, Anspruch auf die im Manteltarifvertrag vorgesehene Zulage zu erheben. Nach dem Manteltarifvertrag in der bayrischen Metallindustrie haben Arbeiter, die überwiegend bei einer Temperatur von über 35 Grad Celsius arbeiten, Anspruch auf eine Zulage von 40 Pfennig je Arbeitsstunde. Am Donnerstag letzter Woche wurde er-

Arbeiter erneut eine Stunde, weil die Zusage auf eine Pause von einer Viertelstunde nicht eingehalten wurde. Die IG Metall hat den Betriebsrat aufgefordert, Anspruch auf die im Manteltarifvertrag vorgesehene Zulage zu erheben. Nach dem Manteltarifvertrag in der bayrischen Metallindustrie haben Arbeiter, die überwiegend bei einer Temperatur von über 35 Grad Celsius arbeiten, Anspruch auf eine Zulage von 40 Pfennig je Arbeitsstunde. Am Donnerstag letzter Woche wurde er-
reicht, daß alle Arbeiter eine Hitzezulage von zweieinviertel Stunden bekommen.

Neuss. Bei der Firma Pierburg wurden 20 Minuten zusätzliche Pause vereinbart. Die Forderung nach Kürzung der Arbeitszeit wurde abgelehnt.

Köln. Zwei zusätzliche Pausen von je 10 Minuten pro Schicht wurden bei Ford zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung vereinbart. Die Vereinbarung gilt für Außentemperaturen ab 23 Grad.

Gewerkschaft Holz: Verhandlungen zum Manteltarif für gescheitert erklärt

Göttingen. Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff hat die Verhandlungen über einen neuen Manteltarifvertrag für die Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden der holzverarbeitenden Industrie und des Tischlerhandwerks in Nordwestdeutschland nach 12 ergebnislosen Verhandlungstagen für gescheitert erklärt. Die Kapitalisten verweigern z.B. eine Umstellung der Urlaubsstaffel, die bisher nach der Betriebszugehörigkeit berechnet wurde, auf eine Regelung nur nach dem Lebensalter, eine Verlängerung des Höchsturlaubs auf 30 Tage, eine Erhöhung des zusätzlichen Urlaubsgeldes auf 50 Prozent des Urlaubsentgeltes. Die Kapitalisten fordern die Streichung der zehnprozentigen Montagezulage. 1974 haben die Arbeiter schon einmal einen Manteltarifstreik in Nordwestdeutschland durchgeführt.

DGB-Dokumentation: Gegen verzerrte Darstellung

Bonn. Erneut hat der DGB die Bundesregierung kritisiert, daß „zu wenig unternommen werde, um der verzerrten Darstellung über den Radikalenerlaß im Ausland mit Fakten entgegenzuwirken". (Frankfurter Rundschau, 8.7.76) Das DGB-Vorstandsmitglied Schmidt „bestätigte, der DGB bereite zu diesem Zweck eine Dokumentation vor, in der die Entwicklung der Diskussion um den öffentlichen Dienst und das Beamtenrecht aufgezeigt und die Rechtslage sowie die Praxis des Radikalenerlasses dargestellt werden soll". Der DGB will diese Dokumentation über die Botschaften an europäische Gewerkschaften vertreiben. „Dokumentiert" werden soll: Politische Entrechtung im öffentlichen Dienst findet in der Bundesrepublik nicht statt. Die Unterdrükkung im Innern und die Expansionsbestrebungen des westdeutschen Imperialismus werden so unterstützt.

VW Salzgitter

An den Maschinen gespart

Salzgitter. Seit einigen Wochen wird im VW-Konzern eine Qualitätskampagne durchgeführt. In den einzelnen Abteilungen werden große Schilder aufgestellt, wo der DM-Betrag von Nacharbeit und Ausschuß draufsteht für jeden Monat. Erreichen will der VW-Konzern, daß die Kosten für Nacharbeit und der Ausschuß überhaupt gesenkt werden. Nachdem durch die Verdichtung des Arbeitstages, durch Steigerung von Stückzahlen der Lohnanteil an den einzelnen Motoren gesenkt worden ist, wird jetzt versucht, den Anteil des konstanten Kapitals, Maschinen, Material, Hilfsmittel usw., zu senken. Das wird einerseits durch Materialverschlechterung und andererseits, wie in dem folgenden Beispiel, durch Einsatz von alten und mangelhaften Maschinen gemacht.

So ist zum Planschleifen der Verschlußplatten für die Ölpumpe vom Golf eine alte Maschine umgebaut worden, aber unvollständig. Die automatische Zustellung der Schleifscheiben funktioniert nur beim Fertigschliff, nicht aber beim Vorschliff. Beim Vorschliff wird von den Verschlußplatten mehr (dreieinhalb Zehntel Millimeter) abgeschliffen, und es kommt so viel Schleifstaub mit, daß der automatische Taster, der die Stärke des Teils mißt und dementsprechend automatisch nachstellt, untauglich wird. Es wäre relativ einfach, eine Wasserspülung oder ähnliches anzubringen, unterbleibt aber aus Kostengründen. Die Folge ist, daß der Arbeiter beim Vorschliff alle zwei Minuten von Hand nachstellen muß und ebenso oft die Stärke messen muß. Wird zuviel nachgestellt, verbrennen die Teile, also Ausschuß; wird zu wenig nachgestellt, bleiben die Teile zu stark, also Nacharbeit. Durch die Qualitätskampagne sollen die Arbeiter gezwungen werden, trotz der schlechten Maschinen und höherer Arbeitsbelastung genau zu arbeiten.

Bedeutet das Einsparen von Maschinerie für den Arbeiter Verdichtung des Arbeitstages, Verschärfung der Arbeitshetze, so bedeutet das auf der anderen Seite Verschlechterung der Qualität, weil nicht nur die Stärke der Verschlußplatte, sondern insbesondere die Rauhtiefe der Oberfläche unregelmäßig wird, so daß die Ölpumpe nicht mehr richtig abgedichtet wird. Wenn man als Autokäufer Pech hat, verliert der Motor erst dann zuviel Öl, wenn die 20 000-Kilometer-Garantie um ist. (h.

John Deere Mannheim

Erster Erfolg gegen Akkordhetze

Mannheim. In der Abteilung „Kleiner Gußputz" haben die Arbeiter einen ersten Erfolg in ihrem Kampf gegen die Akkordhetze errungen. Früher kam man im „Kleinen Gußputz" trotz mörderischer Schafferei meist nur auf 300 bis 500 Minuten. Also nicht einmal auf 100 %. Es war deshalb üblich, daß jeder mehr Stücke verrechnet hat, damit er auf 130 %, den Akkorddurchschnitt kam. Die Meister haben das „geduldet", aber gleichzeitig als Druckmittel verwendet. Denn wer Krach hatte mit dem Meister, durfte nur seine 300 oder 500 Minuten verrechnen und hatte dadurch erhebliche Einbußen.

Vor 3 Monaten haben die IG Metall-Mitglieder der Abteilung neue Vertrauensleute gewählt, um gegen die Akkordhetze anzugehen.

Inzwischen haben die Arbeiter die Geschäftsleitung durch ihren geschlossenen Druck gezwungen, bei den am schlechtesten bewerteten Stücken die Vorgabezeiten zu erhöhen. Zwei Tage lang haben sie sich geschlossen geweigert, überhaupt noch eine einzige Akkordkarte auszufüllen.

Bei der dadurch erzwungenen Neuabnahme der Stücke versuchte der Zeitnehmer noch einmal, durch Schätzung des Leistungsgrades auf 80 %, die Zeiten zu drücken.

80 % Leistungsgrad bedeutet: Während der Zeitabnahme wurde angeblich nur mit 80 % der Normal-Leistung (gleich 100 %) geschafft. Die durchschnittliche Akkordleistung ist aber 130 %, so daß bei 80 % Leistungsgradschätzung später um zwei Drittel schneller geschafft werden muß, als während der Zeitabnahme, um auf den Akkorddurchschnitt zu kommen.

Die Arbeiter ließen sich das nicht bieten. „Wenn du 80 % schätzt, dann gehen wir alle ins Krankenhaus, denn so schnell arbeiten, dabei geht man kaputt." Das zog. Plötzlich war der geschätzte Leistungsgrad 100 und 110 %. Und die Vorgabezeiten verbesserten sich z.B. beim Kupplungspedal von 1,42 auf 1,91 Minuten. – (f., Mannheim)

Zeche Radbod: Zulage als Druckmittel

Prämienunterschied von 130 DM

Hamm. Der Prämienleistungslohn, genannt Punkte, wurde auf der Zeche Radbod eingeführt, um den Handwerkerlohn an den Gedingelohn (Akkord) der Kohlenhauer anzunähern.

Diese übertarifliche Zulage wurde gezahlt, als immer weniger Handwerker bereit waren, unter Tage zu arbeiten.

Im Steinkohlebergbau als rohstoffförderndem Industriezweig braucht der Kapitalist für Rohstoffe natürlich kein konstantes Kapital auszulegen. Die bedeutendsten Teile des konstanten Kapitals sind Ausbaumittel, um das Gebirge zu halten, und Abbaumaschinen, um die Kohle herauszubrechen und abzufördern, dazu neue Strecken und Strebe aufzufahren. Der größte Teil der Abbaumaschinen ist ständig in Bewegung, wird durch hydraulischen Druck immer wieder an die Kohle herangeschoben. Dazu kommen die Auswirkungen des Gebirgsdrucks. Der Verschleiß ist also ungeheuer groß. Jeder Stillstand der Maschinen, und der kommt häufig vor, bedeutet längere Produktionszeit für die Tonne Kohle, damit schlechtere Konkurrenzlage, weniger Profite.

Mit der wachsenden Mechanisierung des Abbaus hielt die Zahl der Handwerker unter Tage nicht Schritt. Die Schwerarbeit unter Tage wurde abgelehnt. So ging von vier Jahrgängen (von 1970 bis 1973) Elektrikerlehrlingen auf der Zeche Radbod nicht ein einziger unter Tage. Erst mit der beginnenden Krise 1974/75 gingen wieder ausgelernte Lehrlinge unter Tage. Die Betriebsleitung drohte: Rausschmiß oder unter Tage. Aus anderen Branchen gingen sowieso keine Handwerker unter Tage, und viele hatten gekündigt. Das war die eine Ursache für die Erhöhung der Handwerkerlöhne.

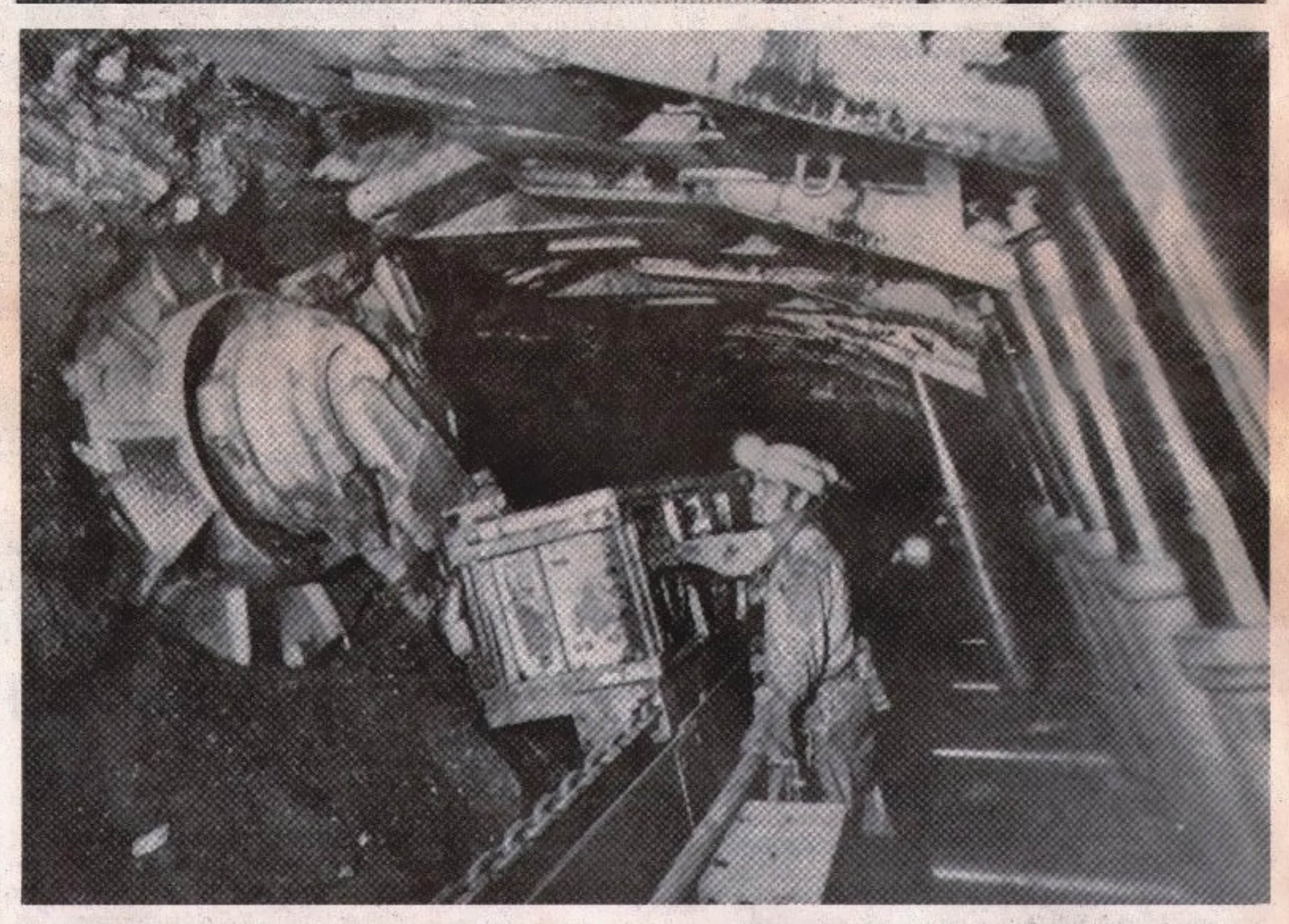
Die zweite Ursache war die, daß nach der Stillegung von Zeche Kaiserstuhl in Dortmund, ebenfalls eine ehemalige Hoesch-Zeche wie Radbod, Kaiserstühler Handwerker nach Radbod kamen. Dadurch wurde bekannt, daß die Kaiserstühler Handwerker für die gleiche Arbeit schon erheblich mehr Lohn bekamen. Die Unruhe unter den Arbeitern wuchs.

Die Zulage als Druckmittel

Diese übertarifliche Zulage wird in Form von Punkten gezahlt, die nach den Lohngruppen verschieden einen bestimmten Wert haben, in Lohngruppe 9 zum Beispiel 0,47 DM. Punkte werden offiziell gegeben für Einsatzfähigkeit, Werkzeugbehandlung usw. Es gibt aber wohl nicht einen Handwerker auf Radbod, der diesen Schmarren glaubt. Jeder weiß, daß die Punkte nur ein Druckmittel in der Hand der Vorgesetzten sind. Durch die Punkte entsteht bei den Handwerkern zusätzlich zur Spaltung in drei Longruppen und zwei Vorarbeiterlohngruppen noch ein Prämienunterschied von 4 bis 10 DM pro Schicht. Allein ein solcher Prämienunterschied macht im Monat 130 DM aus.

Wie dieses Druckmittel in den Händen der Steiger (Vorgesetzte wie Meister) funktioniert, dazu ein Beispiel: Ein Handwerker, der Wechselschicht macht, hatte diesmal 24-Uhr-Nachtschicht. Morgens gegen 6 Uhr, nachdem die schwere Arbeit fertig war, legte er sich aufs Ohr, was höchstens eine halbe Stunde war. Ohnehin ist das üblich. Auch die Steiger schlafen nachts, und ihnen ist klar, daß die Arbeiter das wissen. Trotzdem wurden dem Arbeiter 5 Punkte pro Schicht abgezogen. Das machte für den Monat 47,50 DM. Zum Vergleich: Wäre der Arbeiter eher aus der Grube ausgefahren, hätte ihn das theoretisch höchstens 15 DM gekostet. Es ist klar, daß das ein Vorwand war. Der Grund lag eine Woche zurück: Der Arbeiter erfuhr am Donnerstag Abend, daß er, ohne überhaupt gefragt worden zu sein, Samstag Nacht um 22 Uhr Brand- und Wasser-Wache machen müsse. Obwohl er sofort Bescheid sagte, daß er nicht komme, suchte der Steiger keinen Ersatz. Er wollte sich mit seiner Einteilung durchsetzen. Da dem Arbeiter klar war, daß, wenn er nachgeben würde, der Steiger mit seinen Einteilungen immer frecher würde, kam er natürlich nicht. Das war der eigentliche Grund für die Prämienkürzung. Der Steiger sagte dem Arbeiter auch ganz offen, er würde ja gut arbeiten, aber er würde „Männeken" machen.

Der Prämienleistungslohn sollte den Eindruck erwecken, die Handwerker würden genau nach ihrer persönlichen Leistung bezahlt. Dieser Anspruch hat sich an der Realität verschlissen. Was bleibt, ist ein offenes Druck- und Spaltungsmittel in den Händen der Kapitalisten, was sie durch ihre Unteroffiziere im Produktionsprozeß anwenden lassen. – (W., Hamm)



Streb mit Schrämmaschine (nicht in Betrieb). Wenn gekohlt würde, wäre auf dem Bild nur eine schwarze Fläche zu sehen, so groß ist die Staubentwicklung.

Beutelschneiderei mit den Bankgebühren und Zinsen

Vor gut fünf Jahren haben die Kapitalisten heftig Werbung gemacht für die bargeldlose Auszahlung des Lohnes und haben das auch durchgesetzt. Damit hat die Kapitalistenklasse erreicht, daß sie den Lohn nach der Übertragung vom Fabrikherren an den Bankkapitalisten nicht voll, sondern nur stückweise auszahlen muß. Gewöhnlich gibt man das Geld nicht auf einmal aus, so daß ständig ein im Laufe des Monates abnehmender Betrag auf dem Konto stehen bleibt. Dieser Betrag ist den Kapitalisten tatsächlich verblieben und die Banken treiben ihre Geschäfte damit. Wirklich ausgezahlt wird dem Arbeiter nur noch, was er im Hinblick fürs Leben braucht. Wenn er die Miete bezahlen muß oder Bargeld für die Einkäufe der Woche holt – sofern nicht auch dies per Scheckkarte geschieht.

Doch damit nicht genug. Ob das Konto im Plus oder im Minus steht, die Bank kassiert. Kaum waren die Lohn- und Gehaltskonten durchgesetzt, so haben die Banken für jeden Federstrich Gebühren eingeführt. Eine der Großbanken hat vor fünf Jahren den Anfang gemacht. Seither muß man für jede Buchung zahlen. Meist 50 Pfennig bei ein paar „Freibuchungen". Bei der Volksbank Mannheim z.B. gibt es keine Freibuchung, eine Buchung kostet 25 Pfennig, dazu eine monatliche Kontoführungspauschale von 1 DM extra. Läßt man sich die Kontoauszüge zuschikken, so verlangen die Banken das Porto, einige bis zu 65 Pfennig. Will man öfter als einmal im Monat schriftliche Kenntnis über den Kontostand, so kostet auch das extra. Mittlerweile wird abgebucht für Zeitung, Strom, Gas, Wasser, Telefon, Feuerwehrabgabe, Versicherung usw. Schnell ist das Konto überzogen und die Bank langt kräftig zu. 8,75 % Zins verlangt derzeit die Dresdner Bank, zusätzlich 4,5 % Überziehungsprovision, zusammen über 13 %. Den Kapitalisten leihen sie für die Hälfte. Um einige -zig Mark, oft um einige Hundert wird so der Lohn im Jahr geschröpft. – (fb)

Hunger-Speiseplan

Mönchengladbach. Wenn es um die Senkung des Lohnes geht, schreckt die Kapitalistenklasse und ihre Presse vor nichts zurück. Am 8.7. steht in der Zeitung „Express" zu lesen: „Bonn rechnet uns vor: 395,16 Mark reichen zum Leben für Vater, Mutter und zwei Kinder!" Reichen soll das für die Ernährung in einem Monat. „Express" hat von einer „Expertin" nachrechnen lassen und – siehe da – es stimmte. Sie bestätigte die Entdeckung der Regierung, daß die Volksmassen bisher viel zu viel fürs Essen ausgegeben haben. Das ist erstens eine unverschämte Rechtfertigung der offensichtlichen Lohnsenkung in den letzten Monaten. Zweitens sollen damit gleich die nächsten Angriffe auf den Lohn vorbereitet werden.

Am 9.7. mußte der „Express" einige Leserbriefe veröffentlichen. „Bekommt nur der Vater die Leber und die anderen die Soße? Wird von den Überresten vom Apfelmus auch noch Tee gekocht?" (Frau S. aus Stommeln) „Sie (die Express-Expertin) hat außerdem das Wassergeld vergessen, denn nach diesem Plan muß man die Speisen verdünnen, um satt zu werden." (Frau E. aus Grevenbroich)

„Bei diesem Speiseplan darf der Herr des Hauses kaum arbeiten – sonst würde er wegen Unterernährung zusammenbrechen" (Frau H. aus Köln). „Dreimal in der Woche Hungerstreik – dann kommt man mit 395,16 DM im Monat aus ..." (Herr H. aus Koblenz). – (s., Mönchengladbach)

„Vermögensbildung" nach dem 624 DM Gesetz

Ein großer Kredittopf der Kapitalisten

„Der Vorstand der IG Metall will einen neuen Vertrag über vermögenswirksame Leistungen abschließen. Der bisherige Vertrag, nach dem die Beschäftigten in der metallverarbeitenden Industrie – neben Lohn und Gehalt – monatlich 26 DM (gleich jährlich 312 DM) erhalten, ist zum 30. Juni 1976 ausgelaufen." (Welt der Arbeit, 2. Juli 1976)

Diese „vermögenswirksamen Leistungen" sind nichts anderes als vorenthaltener Lohn, über den die Lohnabhängigen sieben Jahre nicht verfügen können, sondern den Kapitalisten in ihren Banken überlassen müssen. Es dreht sich dabei um gewaltige Summen. Ende 1974 wurde 15 Millionen Lohnabhängigen auf der Grundlage eines „vermögenswirksamen Tarifvertrages" ein Teil des Lohns vorenthalten. Weitere 1,3 Millionen Lohnabhängige sparten ohne Grundlage eines Tarifvertrages nach dem 624 DM Gesetz. Insgesamt lagen 1974 9,7 Milliarden DM auf den Banken.

Mit diesen Tarifverträgen haben sich die Kapitalisten einen neuen großen Kredittopf geschaffen. Ohne daß der Lohn für den Kauf von Waren ausgegeben wird und den Kapitalisten auf diesem Weg wieder zufließt, können die Kapitalisten direkt über einen beträchtlichen Teil des Lohns verfügen und ihre Kredite ziehen. Und zwar nicht erst nach sieben Jahren.

Auf diesen Lohn, der für sieben Jahre den Arbeitern vorenthalten wird, müssen seit 1971 auch noch Steuern und Sozialabgaben gezahlt werden. Stattdessen erhalten die Lohnabhängigen eine „Arbeitnehmer-Sparzulage". Sie stammt aus den Lohnsteueraufkommen.

1970 hatte die IG Metall einen „Tarifvertrag" über vermögenswirksame Leistungen abgeschlossen. Wenn die 4 Millionen Metallarbeiter und -angestellten ab 1. Januar oder 1. Juli 1977 über ihre einbehaltenen Lohngelder verfügen können, haben die Kapitalisten ihre Geschäfte mit den Krediten gemacht. Die Mark von 1970 ist aber nur noch einen Bruchteil wert. Mußte man 1970 100 DM bezahlen, so mußte man 1975 134 DM dafür auf den Tisch legen. Wenn 624 DM im Jahr angelegt werden, gibt das nach sechs Jahren 3 744 DM. Dann folgt ein Ruhejahr, in dem kein Geld mehr angelegt werden kann. Mit Zinsen und Prämien, wenn ein Prämiensparvertrag abgeschlossen wurde, macht das etwas über 5 000 DM, 5 282 DM bei fünfeinhalb Prozent Zinsen und 688 DM Prämien, bei einem Kind. (Welt der Arbeit, 2. Juli) Sieben Jahre für ein halbes Auto: „Vermögensbildung zur Existenzsicherung der Arbeiter", hatten die bürgerlichen Parteien das 624 DM Gesetz angepriesen. Gesichert wurde den Kapitalisten ein großer Kredittopf. Das wollen sie beibehalten. Den Lohnabhängigen wird unter großartigen Versprechungen erzählt, wieviel sie erst nach 14 Jahren bekommen würden. Sie sollen den Lohn weiterfestlegen. Zugleich werden die Kapitalisten auftreten und den Arbeitern und Angestellten beim nächsten Lohnkampf vorrechnen, daß sie doch das „vermögenswirksame Sparen" mitrechnen müßten. Und sie daher gefälligst mit ihren Forderungen zurückstecken sollten. Der Präsident der Kapitalistenverbände, Schleyer, hat in einer Stellungnahme zur Vermögensbildung die Anrechnung bei Lohnerhöhung gefordert.

Hessen: Aus dem Bericht einer Rationalisierungskommission am Krankenhaus

Personalabbau, Lohnabzug, verstärkte Dienstaufsicht

Seit geraumer Zeit treiben sich in den hessischen Krankenhäusern Rationalisierungskommissionen herum – angeheuert von der hessischen Landesregierung und (wie man der Zeitschrift „Medical Tribune" entnehmen konnte) mit 20000 bis 40000 DM im Durchschnitt pro Krankenhaus über die Pflegesätze finanziert. Das ist noch gering geschätzt, 150000 DM allein hat die Wirtschaftlichkeitsprüfung der Gießener Universitätsklinik gekostet.

Diese Leute sind beauftragt, die Arbeit an Ort und Stelle zu kontrollieren, um herauszufinden, wie Personal abgebaut, die Ausnutzung der Arbeitskraft der Beschäftigten gesteigert und der Lohn gesenkt werden kann. Wir zitieren aus dem Bericht einer dieser Rationalisierungskommissionen über ein Frankfurter Krankenhaus. Dort werden der Leitung verschiedene Vorschläge zum Vorgehen gegen die Lohnabhängigen gemacht.

Personalabbau

Das teure Personal soll durch Zentralisierung (z.B. die „Einrichtung zentraler Hol- und Bringdienste (Essen, Betten, Material usw.)" in großem Umfang von ungelernten billigen Arbeitskräften ersetzt werden.

„So bedeutet zu hoch qualifiziertes Personal bzw. mit zuviel unqualifizierter Arbeit beschäftigtes Personal Unwirtschaftlichkeit. Hier sollte die Verwaltung, gemeinsam mit der Oberin, die Stellenbesetzung pro Station durchgehen, um etwaige Ungleichgewichtigkeiten und Überbesetzungen zu analysieren (. . .). In diese Überlegungen muß auch der Aufbau von notwendigen Diensten eingebracht werden, der per Saldo jedoch zu einer Reduzierung der Gehaltssumme führen muß, da er sich vorwiegend aus nichtangelernten Kräften zusammensetzt."

Eine „Zentralspüle" soll eingerichtet werden, wofür *„die Einsparung bisheriger Spülkräfte auf den Stationen (. . .) eine Voraussetzung (ist)"*.

Überflüssig gemacht werden sollen auch die ausländischen Putzfrauen, die außerdem – wie ebenfalls geprüft wurde – durch häufigere Schwangerschaft „enorm hohe Ausfallzeiten" bringen. Weshalb es billiger komme, auf „Fremdreinigung" überzugehen. An der Universitätsklinik in Frankfurt z.B. läßt die Landesregierung durch Putzkontrollen der Firma Gieseco reinigen. Eine türkische Arbeiterin der Gieseco arbeitet 47 Stunden die Woche für brutto 830 DM. Personal soll wegrationalisiert werden und die übrigen sollen die anliegende Arbeit mitübernehmen. Nach Berechnung der Prüfkommission für o.a. Krankenhaus werden fast 50 % der gesamten Gelder, die eingespart werden sollen, durch den Abbau von Personal eingespart. Die unbesetzten Stellen werden wegen angeblicher „Überbesetzung" nicht anerkannt und vom Stellenplan gestrichen. „Überbesetzung" des Pflegepersonals gibt es u.a. deshalb, weil die Auszubildenden auf den Stellenplan angerechnet werden (jeweils 3 Schüler sollen die Arbeit einer Vollkraft machen).

tet werden, wofür *„die Einsparung bisheriger Spülkräfte auf den Stationen (. . .) eine Voraussetzung (ist)"*.

Überflüssig gemacht werden sollen auch die ausländischen Putzfrauen, die außerdem – wie ebenfalls geprüft wurde – durch häufigere Schwangerschaft „enorm hohe Ausfallzeiten" bringen. Weshalb es billiger komme, auf „Fremdreinigung" überzugehen. An der Universitätsklinik in Frankfurt z.B. läßt die Landesregierung durch

Insbesondere die tarifvertraglichen Zulagen z.B. für Überstundenarbeit, Bereitschaftsdienst, für Sonn- und Feiertagsarbeit sind der Prüfkommission ein Dorn im Auge.

„Alle zusätzlichen Personalvergütungen sollten im Rahmen der maschinellen Gehaltsabrechnung getrennt darstellbar sein, damit die Entwicklung dieser umfangreichen Kosten besser beobachtet werden kann."

Umfangreich sind die zusätzlichen Vergütungen für die Chefärzte und Oberärzte. Ein Oberarzt streicht im Monat an zusätzlichen Vergütungen leicht 10000 DM ein. Das enthüllt die Prüfkommission selbst. 10000 DM, das sind 100 % des Monatsgehaltes für einen Oberarzt zusätzlich. Insgesamt aber hat man errechnet, belaufen sich die „zusätzlichen Personalvergütungen" nur auf 10 % der gesamten Personalkosten.

Die Hälfte der Personalwohnungen sollen geschlossen werden

Zu kostspielig sind dem Staat auch die Personalwohnungen.

„Insbesondere geht es um die Frage, wieviel Wohnplätze zur Verfügung zu stellen sind, um die ‚Gewinnung des notwendigen Personals zu sichern'." Die Prüfkommission kommt zu dem Ergebnis, die Hälfte der Personalwohnungen zu schließen.

Zu kostspielig ist dem Staat auch das Essen für das Personal. Erwogen wird, *„ob nicht auch anteilige Kosten des Küchenpersonals sowie der Energie- und Raumkosten (in den Essenspreis) einzubeziehen sind"*.

die Personalwohnungen.

„Insbesondere geht es um die Frage, wieviel Wohnplätze zur Verfügung zu stellen sind, um die ‚Gewinnung des notwendigen Personals zu sichern'." Die Prüfkommission kommt zu dem Ergebnis, die Hälfte der Personalwohnungen zu schließen.

Zu kostspielig ist dem Staat auch das Essen für das Personal. Erwogen wird, *„ob nicht auch anteilige Kosten des Küchenpersonals sowie der Energie- und*

Zu niedrig sind dem Staat die Gebühren, die das Personal für die Unterbringung der Kinder zahlt, die Gebühren für die Kindertagesstätten sollen erhöht werden.

Verstärkte Dienstaufsicht

Durchgesetzt werden sollen die Rationalisierungs- und Einsparungsmaßnahmen durch Stärkung der Dienstaufsicht, verschärfte Kontrolle und Antreiberei. Es werden „periodische Personalbeurteilungen" gefordert. Zumal *„nun auch der Zeitpunkt sein (könnte), sich von wenig geeignetem oder arbeitsunwilligem Personal zu trennen, das trotz seiner geringen Anzahl ein Ärgernis für die einsatzfreudigen Pflegekräfte bedeutet"*.

Wer für den Dienstherren „wenig geeignet" und „arbeitsunwillig" ist, damit haben die Belegschaften Erfahrungen. Wenig geeignet ist, wer zu oft krank wird, wer gegen Lohnkürzung und Mehrarbeit aufsteht, der ist arbeitsunwillig und wird entlassen, (das heißt dann vornehm, „sich trennen"), wie jetzt die Auszubildenden an der Universitätsklinik in Frankfurt z.B. die mit Verweis auf ihre Personalakte nicht übernommen werden.

„Es wird der Einsatz von Stechuhren für das gesamte Krankenhauspersonal empfohlen oder ersatzweise der tägliche Eintrag von Ankunfts- und Weggehzeiten in Abteilungsanwesenheitslisten, so daß eine Überprüfung der immer knapper werdenden Arbeitszeit, der Bereitschafts- und Rufbereitschaftsinanspruchnahme (. . .) möglich ist."

Die damit mögliche Einführung einer gleitenden Arbeitszeit in einzelnen Bereichen soll das schmackhaft machen.

„Weiter müßten (. . .) Stellenbeschreibungen erstellt werden, die wesentlich zu klaren – wenn nötig – Detailzuständigkeiten beitragen und das Entstehen von grauen, organisatorisch nicht abgedeckten Zonen verhindern." Damit der Geist der kapitalistischen Rationalisierung am Krankenhaus stärker bläst, wird die Einstellung von „Fachkräften" gefordert, *„die neben der Kenntnis des kaufmännischen Rechnungswesens auch noch Fachverstand für Organisation und Betriebsabläufe"* besitzen. – (a. Frankfurt)

sentlich zu klaren – wenn nötig – Detailzuständigkeiten beitragen und das Entstehen von grauen, organisatorisch nicht abgedeckten Zonen verhindern." Damit der Geist der kapitalistischen Rationalisierung am Krankenhaus stärker bläst, wird die Einstellung von „Fachkräften" gefordert, *„die neben der Kenntnis des kaufmännischen Rechnungswesens auch noch Fachverstand für Organisation und Betriebsabläufe"* besitzen. – (a. Frankfurt)

TREUARBEIT Blatt 71

(d) Klinisches Hauspersonal

Die Kosten für das klinische Hauspersonal werden im Selbstkostenblatt mit TDM 3.017 = DM 12,46 je Berechnungstag angegeben.

	Personalbestand 1974 am 31.12.	Personalbestand 1974 im Jahresdurchschnitt
Abteilungsgehilfinnen	13	6
Zentraler Reinigungsdienst	126	111
	139	117

Im Zuge der Umorganisation auf Gruppenpflege wurde eine Abteilungsgehilfin je Abteilung für die insgesamt zwölf Abteilungen des Stadtkrankenhauses vorgesehen. Die Stellen wurden im Zuge der Belegung des Neubaues im Laufe des Jahres 1974 besetzt. Die Abteilungsgehilfinnen sind der Abteilungsleitung unterstellt. Ihr Aufgabenkatalog umfasst u.a. die Getränkezubereitung für die Patienten, Aufräumungsarbeiten und Mithilfe bei der Ver- und Entsorgung sowie bei Verwaltungsaufgaben. Da sich diese Tätigkeiten weitgehend mit den Arbeitsanforderungen an das pflegerische Personal und an die Abteilungsleiterinnen decken und im übrigen alle Reinigungsarbeiten vom Reinigungsdienst auszuführen sind, erscheint eine Einsparung dieser Abteilungsgehilfinnen möglich. Demgegenüber weist die Krankenhausverwaltung insbesondere darauf hin, dass die Bedienung der an zentraler Stelle eines jeden Geschosses befindlichen Kastenförderanlage einer zusätzlichen Person bedürfe und diese Funktion in Zeiten des Vollbetriebs nicht durch die Pflegekräfte wahrgenommen werden könne. Unseres Erachtens müsste es jedoch möglich sein, durch eine teilweise Verlagerung der Ver- und Entsorgung in die betriebsschwachen Zeiten und eine wechselweise an der jeweiligen Belegung und damit Arbeitsbelastung sich orientierenden Abstellung einer Pflegekraft aus vier auf einem Geschoss befindlichen Gruppen die Abteilungsgehilfinnen entbehrlich zu machen.

Für das Stadtkrankenhaus Offenbach schlägt die Untersuchungskommission „Treuarbeit" u.a. vor: Abteilungsgehilfinnen streichen. Die Mehrarbeit soll dem übrigen Pflegepersonal aufgebürdet werden.

Aachen: Breite Zustimmung für Lehrerin

Verpflichtung auf die Ausbeuterordnung abgelehnt

Aachen. Im Mai 1976 legte die Aachener Bundestagskandidatin des KBW, Ulla Schmidt, ihr 2. Staatsexamen für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen ab. Auf ihre Bewerbung

schen. Insbesondere die jetzt anstehenden Bundestagswahlen werde ich dazu nutzen, gegen diese Eigentumsverhältnisse aufzutreten durch meine Kandidatur für den Kommunistischen

Aachen: Breite Zustimmung für Lehrerin

Verpflichtung auf die Ausbeuterordnung abgelehnt

Aachen. Im Mai 1976 legte die Aachener Bundestagskandidatin des KBW, Ulla Schmidt, ihr 2. Staatsexamen für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen ab. Auf ihre Bewerbung um Einstellung als Lehrerin wurde ihr ein Arbeitsvertrag mit 13 Wochenstunden an der Schule für Sehbehinderte in Aachen, befristet bis zum 15. Juli 1976, zugesagt. Als Vorbedingung für die Einstellung stellte der bürgerliche Staat das Bekenntnis zur herrschenden Ausbeuterordnung im Sinne der freiheitlich demokratischen Grundordnung und die Erklärung, aktiv als Hüter des Privateigentums aufzutreten. So heißt es in der Belehrung: „. . . Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes ist nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (vgl. Urteil vom 23. Oktober 1952 – 1 BvB 1/51 – BVerfGE 1,1; Urteil vom 17. August 1956 – 1 BvB 2/51 – BVerfGE 5, 85) eine Ordnung, die unter Ausschluß jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt."

Nichts anderes wird hier zur Pflicht gemacht, als die bestehenden Zustände, Aufrechterhaltung der Lohnarbeit und des Privateigentums an Produktionsmitteln, zu verteidigen. Die „Freiheit", die hier verteidigt werden soll, ist die Freiheit der Ausbeuter, die Arbeiterklasse auszubeuten und ihre Herrschaft über die Volksmassen zu errichten. Dabei beruft sich die Bourgeoisie auf das von ihr 1956 geschaffene KPD-Verbotsurteil, das den Massen die Anwendung ihrer revolutionären Wissenschaft – des Marxismus-Leninismus – verbietet..

Ulla Schmidt hat sich geweigert, eine Belehrung in diesem Sinne zu unterschreiben. Sie hat dies aus zwei Gründen abgelehnt:

„Erstens weil ich der Meinung bin, daß die ‚freiheitlich demokratische Grundordnung' weder freiheitlich noch demokratisch ist. Ihr Kern ist die Garantie des Privateigentums an Produktionsmitteln und damit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Insbesondere die jetzt anstehenden Bundestagswahlen werde ich dazu nutzen, gegen diese Eigentumsverhältnisse aufzutreten durch meine Kandidatur für den Kommunistischen Bund Westdeutschland.

Zweitens weil ich meine, daß man den Kampf gegen das besondere Dienstrecht im öffentlichen Dienst aufnehmen muß, wonach den Beschäftigten im öffentlichen Dienst über ihre Lohnabhängigkeit hinaus eine politische Zwangsjacke angelegt werden soll."

Dies hat sie in einem Offenen Brief an den Regierungspräsidenten in Köln gegen die Verpflichtung auf das Grundgesetz und das KPD-Verbot dargelegt.

Von diesem Offenen Brief wurden allein in Aachen 1000 als Broschüre verkauft, in anderen Städten weitere mehrere Hundert.

Ihr Schritt fand breite Zustimmung. So wurden Solidaritätsresolutionen von verschiedenen Schüler- und Studentengruppen abgegeben, und auf Veranstaltungen an der Pädagogischen Hochschule wie an der Technischen Hochschule in Aachen (dort vor über 800 Menschen) wurde ihre Einstellung sowie die Beendigung aller Anhörungsverfahren und Nichteinstellungen aus politischen Gründen gefordert. Klar wurde in allen Resolutionen gesagt, daß es sich bei dieser Maßnahme des bürgerlichen Staates nicht um einen Einzelfall handelt, sondern daß es dem Staat der Kapitalisten darum gehe, mit dem KPD-Verbot und dem besonderen Dienstrecht im öffentlichen Dienst alle Staatsbediensteten an die herrschende Ausbeuterordnung zu ketten und sie somit vom Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes für ihre Rechte und für den Sozialismus zu spalten. Aufgestellt wurden deshalb die Forderungen „Weg mit dem besonderen Dienstrecht im öffentlichen Dienst! Weg mit dem KPD-Verbot!".

Ulla Schmidt hat die bis zum 15. Juli 1976 befristete Stelle nicht bekommen. Für das neue Schuljahr wurde ihr jedoch in einem Schreiben des Schulamtes für den Kreis Aachen vom 8. Juli zum 1. September eine Stelle an der Sonderschule für Lernbehinderte in Stolberg (Kreis Aachen) zugesagt. – (j., Aachen)

Frankfurt: Uni-Personalversammlung

Gegen Verpflichtungsgesetz und Stellensperre!

Frankfurt. Auf der Personalversammlung des Universitäts-Kernbereichs am 29.6.76 – der ersten nach der Personalratswahl im Mai – wären ca. 170 Lohnabhängige anwesend. Diese Personalversammlung war Ausdruck eines wachsenden gewerkschaftlichen Bewußtseins in der Belegschaft, das sich auch im Ergebnis der Personalratswahl niedergeschlagen hat: Statt vorher 5 sind jetzt 10 Gewerkschafter im Personalrat. Sie wurden auf der Grundlage eines Wahlprogramms gewählt, dessen wichtigste Punkte jetzt das Arbeitsprogramm des neuen Personalrats bestimmen. Dieses Arbeitsprogramm wurde zur Diskussion gestellt.

Aus dem Arbeitsprogramm des Personalrats

1. Der Personalrat untersucht die Stellenbesetzungssperre und ihre Auswirkungen. Er informiert sich bei der Dienststelle über Zahl und Art der gesperrten Stellen und ihre Verteilung auf die einzelnen Fachbereiche und Institute. Er ergreift erneut die Initiative, um unzumutbare Mehrbelastungen (Überstunden usw.) für die Betroffenen abzuwenden.
2. Der Personalrat beschließt, entsprechend der Initative der Gewerkschaft ÖTV (600 Unterschriften) über den Dienststellenleiter die Einrichtung einer Personalkantine beim Hessischen Kultusminister zu verlangen.
3. Der Personalrat beschließt die Durchführung einer Umfrage über die Einrichtung eines Personalkindergartens, um die Größenordnung dieser Einrichtung festzustellen.
4. Der Personalrat führt eine Umfrage unter den ausländischen Mitarbeitern durch, um das grundsätzliche Interesse am Erlernen der deutschen Sprache festzustellen mit dem Ziel, Deutschkurse für ausländische Arbeitnehmer einzurichten.
5. Der Personalrat wird die Initiative zur Einrichtung von Weiterbildungsmöglichkeiten für die Bediensteten der Universität aufgreifen und sich für entsprechende Maßnahmen einsetzen.

Mehrere Diskussionsbeiträge kamen zum Punkt Stellenbesetzungssperre. Die Arbeiter und Angestellten sprachen sich in den Beiträgen gegen die Stellensperre aus und brachten aus ihren Bereichen Beispiele über die Auswirkungen der Stellensperre. Ein Beamter aus dem Präsidialamt – nachdem er erklärte, daß auch er gegen die Stellensperre sei – forderte die Kollegen auf, doch erst einmal zu prüfen, ob man nicht durch Umbesetzung Lücken schließen könne. Damit erntete er heftigen Protest. Es wurde ihm richtig geantwortet: Wenn man ein Loch dadurch schließt, daß man ein neues aufreißt, bleibt immer noch ein Loch. Das sei auch gegenwärtig die Situation. Zum Abschluß dieser Diskussion wurde dann von der Personalversammlung bei 5 Enthaltungen eine Resolution verabschiedet, in der die Stellensperre verurteilt und jede Mehrarbeit aufgrund der Stellensperre verweigert wurde.

Das Verpflichtungsgesetz wird abgelehnt

Als weiterer Punkt wurde das Verpflichtungsgesetz behandelt. Dazu hatte der Personalrat eine Erklärung im Uni-Report veröffentlicht, in der er das Verpflichtungsgesetz ablehnte. Diese Erklärung sollte nun entweder bestätigt oder kritisiert werden. Eine Vertreterin der Tutoren, die jetzt die Aufforderung zur Unterschrift unter die Verpflichtung bekommen haben, zeigte nochmals an einem Beispiel, daß sich das Verpflichtungsgesetz gegen elementare Interessen der Kollegen richtet: Dem ÖTV-Betriebsgruppen-Vorsitzenden der Uni-Klinik, der verantwortlich für die ÖTV-Betriebszeitung ist, wurde mit außerordentlicher Kündigung gedroht, weil in dieser Zeitung die Auswirkung der Stellensperre für die Versorgung der Kranken und für die Situation des Personals dargestellt wurde.

Das zeigte deutlich, daß den Lohnabhängigen mit der Verpflichtung auf umfassende Schweigepflicht, wie sie bisher nur bei den Beamten üblich war, verboten werden soll, sich öffentlich gegen die Maßnahmen des Dienstherrn zu wenden. Daran können aber weder die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst noch die übrige werktätige Bevölkerung ein Interesse haben.

Als die Vertreterin der Tutoren anschließend eine Resolution gegen das Verpflichtungsgesetz zur Abstimmung stellen wollte, trat wieder ein Beamter des Präsidialamtes auf den Plan, der geschäftsordnungsmäßig die Abstimmung verhindern wollte. Als ihm das mißlang, sprang ihm ein anderer bei, der aufgeregt rief, „daß jede weitere Abstimmung, wie sie auch ausgehen mag, ungesetzlich ist". Die Kollegen ließen sich jedoch davon nicht beirren und stimmten bei 16 Gegenstimmen und 15 Enthaltungen für folgende Resolution:

„Die Belegschaft unterstützt die Erklärung des Personalrats und erklärte ihre grundsätzliche Ablehnung des Verpflichtungsgesetzes. Sie hält die Verweigerung der Unterschrift unter die Verpflichtung für ein geeignetes Mittel im Kampf gegen das besondere Dienstrecht, dem nur die Beschäftigten im öffentlichen Dienst unterworfen sind. Sie fordert die Gewerkschaften auf, rechtzeitig geeignete Maßnahmen zu ergreifen." – (Zelle Universität Kernbereich)

Hoechst AG, Frankfurt

Stenokontoristinnen kämpfen für das Recht auf Ausbildung

Frankfurt. Die Stenokontoristinnen-Lehrlinge bei der Hoechst AG, über 150, werden während ihrer zweijährigen Ausbildungszeit schamlos ausgenutzt. Ihre Fähigkeiten müssen verkümmern. Für ihre Lehre gibt es nicht einmal einen Ausbildungsplan. In den anderen Fachgruppen, z.B. bei den Chemielaboranten, legt der Ausbildungsplan fest, welche Kenntnisse und Fähigkeiten sich die Lehrlinge während ihrer Ausbildungszeit aneignen müssen, welche Betriebe und Abteilungen sie zu diesem Zweck durchlaufen müssen, und es gibt eine offizielle Prüfungsvorbereitung.

Die Stenokontoristinnen machen lediglich Kurse für Stenografie und Schreibmaschine. Eine Prüfungsvorbereitung gibt es nicht. Sie werden von den Betrieben hin und her geschoben, je nachdem, wo sie gerade gebraucht werden, denn es ist nirgendwo festgelegt, in welcher Reihenfolge sie welche Betriebe besuchen sollen. Wenn in irgendeiner Verwaltungsabteilung eine Nebentätigkeit anfällt, holt sich der Abteilungsleiter eben einen Stenokontoristinnen-Lehrling. Etwa 90 Prozent der Ausbildungszeit nehmen Nebentätigkeiten in Anspruch. Selbst das Tippen nach Schallplatten, das die ausgelernten Stenokontoristinnen meistens machen müssen, wird nur ausnahmsweise mal gemacht. Sonst werden hauptsächlich Karteikarten sortiert, Ablagen gemacht, Fotokopien, Aktenordner beschriftet, Listen angelegt, die dann abgeschrieben werden müssen. Tagelang müssen Lochkarten mit Graphitstiften gekennzeichnet werden. Unwichtige Telefongespräche, Tee- und Kaffeekochen und Sonstiges, was bei der Büroarbeit anfällt. Damit spart die Hoechst AG einen Haufen Personalkosten, denn die Lehrlinge sind billig. 417 DM monatlich erhält ein Lehrling im ersten Lehrjahr.

Bei der Prüfung liegt die Durchfallquote im Schnitt bei 40 Prozent. Eine so hohe Durchfallquote hat für die Werksleitung wesentliche Vorteile. Wer durchfällt, muß ein halbes Jahr länger in der Abteilung arbeiten, das ist besonders in der Ferienzeit profitabel. Zum Dank dafür, daß zwei Jahre und mehr ihre Arbeitskraft vernutzt worden ist, werden viele anschließend auf die Straße gesetzt. Der Anteil der nicht übernommenen Lehrlinge mit abgeschlossener Ausbildung ist gerade bei den Stenokontoristinnen besonders hoch. Viele wurden auch überredet, trotz nichtbestandener Prüfung bei Hoechst zu arbeiten. Ihnen wird gesagt, sie hätten ohnehin keine Chance, die Prüfung zu bestehen. Dafür erhalten sie dann zwischen 30 und 250 DM weniger als ausgelernte Stenokontoristinnen.

Daß die Hoechst-Kapitalisten derartig Schindluder mit den Lehrlingen treiben, dagegen haben jetzt die Stenokontoristinnen-Lehrlinge begonnen, sich zur Wehr zu setzen. Auf einem Bildungsseminar wurde die Situation von einigen Lehrlingen diskutiert und überlegt, was getan werden muß. Sie machten mit ihren Kolleginnen ein Treffen aus und schrieben einen Antrag an die Werksleitung, in dem sie eine Verbesserung ihrer Ausbildung forderten und ihre Kampfbereitschaft erklärten. 54 Unterschriften unter den Antrag wurden gesammelt, und eine Abordnung von zwölfen wurde zur Werksleitung geschickt, um den Antrag dort abzugeben. Die dort anwesenden Betriebsratsmitglieder gaben den Lehrlingen zunächst recht. Als sich die Geschäftsleitung aber am nächsten Tag von ihrer Überraschung erholt hatte und die Lehrlinge zu sich kommen ließ, um ihnen ihre Forderungen auszureden, war auch der Betriebsrat nicht mehr bereit, ihre Forderungen zu unterstützen. Die Lehrlinge formulierten daraufhin zusammen mit der Jugendvertretung einen offiziellen Antrag, in dem sie ihre Forderungen erneut erhoben: Grund- und Abschlußausbildung für alle Stenokontoristinnen! Mehr und qualifizierter Unterricht!

Zusammen mit den anderen Lehrlingen wird der Kampf aufgenommen. Auch gegen die im Zusammenhang mit dem neuen Jugendarbeitsschutzgesetz an der Berufsschule durchgeführten Pausenkürzungen, aufgrund derer sie nach 4 Stunden und 55 Minuten Berufsschulunterricht wieder in den Betrieb zurück müssen, haben sich die Stenokontoristinnen zur Wehr gesetzt. Ein Teil ist einfach trotzdem nach Hause gegangen. Allerdings hat es die Jugendvertretung dann versäumt, sofort alle Lehrlinge zu diesem Schritt aufzurufen. Das hat dazu geführt, daß die meisten Stenokontoristinnenlehrlinge dann bis zu den Ferien erst mal wieder in den Betrieb zurück gegangen sind. – (Betriebszelle Hoechst Frankfurt)



Emsdetten bei Münster. Demonstration für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum.

Emsdetten

Gegen die Schließung des Jugendzentrums

Emsdetten (NRW). Im ganzen Kreis Steinfurt sind gegenwärtig mehrere Jugendzentren geschlossen. Es sollen noch mehr werden. Die Reaktion muß feststellen, daß sie in den Jugendzentren die Jugendlichen nicht unter ihrer Fuchtel halten kann, also schließt sie sie. So jetzt auch das Jugendzentrum in Emsdetten. In Emsdetten war das Jugendzentrum unter der Forderung nach Selbstverwaltung erkämpft worden. Um den Betrebungen der Jugendlichen entgegenzutreten, hatte die Stadt einen Trägerverein aus Vertretern der Stadt, der Kirche und der CDU und SPD gebildet, der die Kontrolle der Jugendlichen durchsetzen sollte. Doch die Jugendlichen bestimmten selber, was Recht ist. Für sie ist die Haus- und Vollversammlung das oberste Beschlußorgan. Trotz Verbot, Erpressungen und Drohungen mit dem Polizeiknüppel setzten sie beschlossene Veranstaltungen, zum Beispiel gegen die Paragrafen 130 a und 88 a, durch. Der Trägerverein ging daraufhin dazu über, die Finanzen als Erpressungsmittel zu benutzen. Die Praktikanten wurden nicht mehr bezahlt und das Jugendzentrum mußte sonntags geschlossen werden. Dagegen erhob sich sofort heftiger Widerstand. Mitte Juni demonstrierten über 200 Jugendliche unter den Forderungen: Bezahlung der Sonntagsarbeit der Praktikanten! Selbstveraltung der Finanzen! Für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum!

Daraufhin schloß die Stadt am 28. Juni das Jugendzentrum. Der bisherige Trägerverein hatte „versagt". Sofort nach der Schließung informierten die Jugendlichen die Bevölkerung, machten Stände, verteilten Tausende von Flugblättern und gründeten ein Aktionskomitee. Jetzt tauchten plötzlich die Junge Union und die SPD auf, um sich dranzuhängen. Auch die DKP, die in der Nachbarstadt Rheine für Mitbestimmung und gegen Selbstverwaltung auftritt, gab sich jetzt als Anhänger der Selbstverwaltung aus.

Die Jugendlichen lassen sich von diesen Manövern nicht beirren. Immer wieder versammelten sie sich vor dem geschlossenen Haus, unter den Augen der Polizei. Es ist inzwischen so, daß die Ratssitzungen der Stadträte nur noch unter Polizeischutz stattfinden. Am letzten Samstag führten die Jugendlichen eine Demonstration durch, die nicht genehmigt worden war. Aus mehreren umliegenden Städten erhielten die Jugendlichen Unterstützung. Großen Beifall erhielt auf dem anschließenden Solidaritätsfest eine von den Kommunisten eingebrachte Grußadresse mit den Forderungen: Sofortige Wiedereröffnung des Jugendzentrums! Für freie politische Betätigung im Jugendzentrum! Wahl der Sozialarbeiter durch die Jugendlichen! Für einen Trägerverein der Jugendlichen! Vorwärts in unserem gemeinsamen Kampf für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung! – (b/s, Emsdetten)

Streik für Hitzefrei

Bochum. An der Graf-Engelbert-Schule haben mehrere Kurse wegen der unerträglichen Hitze im Klassenzimmer (47 Grad) gestreikt. Die Schulbürokratie hatte den Oberstufenschülern in diesem Jahr kein Hitzefrei mehr gegeben. Dabei hatte sie sich auf die sogenannte 25 % Klausel berufen, nach der Schüler, die 25 % der Kursstunden versäumen, den Kurs nicht angerechnet erhalten. Den Schülern wurde gedroht, die „25 % Klausel könne das Abitur kosten". Diese Klausel ist ein Mittel, die Schüler um jeden Preis auf die Schulbank zu drücken und sie der herrschenden Ausbildung zu unterwerfen. Deshalb war die Forderung nach Abschaffung der Klausel schon immer Bestandteil des Kampfes gegen die Oberstufenreform. Für einen gemeinsamen Streik der gesamten Oberstufe, den die Schülervertretung zur Abstimmung gestellt hatte, kam keine Einigung zustande, weil viele Schüler Schwierigkeiten beim Abitur fürchteten.

Streik gegen Lehrermangel

Bielefeld. Gegen ständigen Unterrichtsausfall aufgrund von Lehrermangel streikten Schüler und Eltern des Helmholtz-Gymnasiums in Bielefeld. Der Streik wurde am letzten Dienstag von 650 Schülern und Eltern beschlossen.

Achtstufiges Notensystem an der Gesamtschule

Nordrhein-Westfalen. Einen Erlaß: „Richtlinien für die Differenzierung in der Sekundarstufe I der Gesamtschule" hat das nordrhein-westfälische Kultusministerium vorgelegt. Er solle „lernschwächere Schüler vor entmutigender Leistungskonkurrenz bewahren", heißt es darin zynisch, und gleichzeitig ein „abschlußbezogenes Lernen rechtzeitig ermöglichen". Der Erlaß hat den Zweck, die Sortierung der Schüler für die verschiedenen Schulabgänge zügiger durchzuziehen. Waren bisher von den Schulreformern immer viel Worte um die angebliche Abschaffung der Noten an der Gesamtschule gemacht worden – es gab bisher vier Bewertungsstufen: Lernziel erreicht, teilweise erreicht usw. – wird jetzt ein achtstufiges Bewertungssystem eingeführt. Damit soll erreicht werden, daß im fünften Schuljahr die zukünftigen Hauptschüler besser von den zukünftigen Gymnasiasten zu unterscheiden sind. Zur Vertuschung werden die Zeugnisse in „Informationen über den Lernprozeß" umgetauft. Auch der Übergang zur gymnasialen Oberstufe wird verschärft. Entspricht in den Klassen 5 bis 9 die Bewertungsstufe 4 einer herkömmlichen 3, so wird daraus nach dem 9. Schuljahr plötzlich eine 4. Wurde bisher an den Gesamtschulen offiziell ein einheitlicher Abschluß mit der 10. Klasse angestrebt, so sollen jetzt zu Beginn des 9. Schuljahres neue Klassen gebildet werden. Eine Klasse für die Hauptschüler, eine für die Gymnasiasten und eine für die, die nach dem 10. Schuljahr abgehen.

Der Erlaß enthält außerdem die Einrichtung eines „Fachunabhängigen Ausgleichsunterrichts". Darin sind unter anderem Kurse „zur Verbesserung des Arbeits-, Lern- und Sozialverhaltens" vorgesehen.

30 % Durchfallquote

Mannheim. Von 75 Schülern an der Helene-Lange-Schule in Mannheim, die im Juni die Prüfung zur mittleren Reife gemacht haben, sind 24 Schüler durchgefallen, das sind 30 Prozent. Diese hohe Durchfallquote ist unter anderem dadurch erreicht worden, daß man den Schülern weniger Zeit zur Vorbereitung der mündlichen Prüfung gelassen hat, indem ihnen die Noten der schriftlichen Prüfung erst eine Woche vor der mündlichen Prüfung bekanntgegeben wurden.

Vom Kindergeld können jugendliche Arbeitslose nicht existieren

Bonn. Der Bundestag hat eine Änderung des Kindergeldgesetzes beschlossen. Danach sollen die Familien für Kinder über 18 und bis 23 Kindergeld auch dann erhalten, wenn sie „erstens eine Berufsausbildung mangels Ausbildungsplatz nicht beginnen oder fortsetzen können oder zweitens nicht erwerbstätig sind und weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe beziehen und der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen". Bisher war Kindergeld bei über Achtzehnjährigen nur dann gezahlt worden, wenn sie ausgebildet wurden. Mit den 50 oder 120 DM Kindergeld ist die Forderung nach Arbeitslosengeld für jugendliche Arbeitslose nicht zu erledigen.

„Berufsförderung" der Arbeitsämter

Zutreiberdienste für die Kapitalisten



In diesem Jahr verlassen rund 800 000 Schüler die verschiedenen Schulen. Darunter etwa 132 000 Abiturienten. Nach Schätzungen der Arbeitsämter werden aber nur 400 000 freiwerdende Lehrstellen, 114 000 Studienplätze und 124 000 Ausbildungsplätze an Fachschulen zur Verfügung gestellt. Danach gibt es für jeden fünften Schulabgänger keine Berufsausbildung. Das Aussortieren erledigen den Kapitalisten die Arbeitsämter. Teilweise unter dem Titel: Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit.

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit hat in seiner letzten Pressemitteilung auf das Sinken der Zahl der jugendlichen Arbeitslosen hingewiesen. Im Juni seien nur noch 3,5 Prozent der Jugendlichen unter 20 Jahren arbeitslos. Insgesamt 77 200. Diese Zahl ist ein einziger Betrug. Allein die Zahl von jugendlichen Ausländern, die weder eine Lehrstelle noch einen Arbeitsplatz haben, ist noch einmal doppelt so hoch. Nur sind sie nicht beim Arbeitsamt registriert.

Der leichte Rückgang der registrierten jugendlichen Arbeitslosen wiederum ist hauptsächlich Ergebnis der sogenannten „berufsvorbereitenden Maßnahmen", in die ein wachsender Teil der Jugendlichen gesteckt worden ist. Über diese „Maßnahmen" liegt jetzt eine erste Auswertung vor, die in der Nr. 15 der „ibv" vom 14. April 1976 veröffentlicht ist.

Danach ist die Teilnehmerzahl an den sogenannten „Förderungslehrgängen" und „Grundausbildungslehrgängen" seit 1971 von 8 000 auf 31 000 1976 gestiegen. Es werden acht Arten von „Lehrgängen" unterschieden, vier verschiedene „Grundausbildungslehrgänge" und vier verschiedene „Förderungslehrgänge".

Von den „Förderungslehrgängen" heißt es bei der Berufsberatung, sie seien für Schulentlassene eingerichtet, „die noch nicht berufsreif sind (obwohl sie von ihrer Begabung her für eine Ausbildung geeignet wären)". Mit dieser Theorie von der mangelnden „Berufsreife" wird den Jugendlichen in die Schuhe geschoben, daß ihnen eine Berufsausbildung unmöglich gemacht wird.

Die Förderkurse dauern bis zu einem Jahr. 1974/75 nahmen insgesamt etwa 16 000 Jugendliche an solchen Lehrgängen teil.

Bei den sogenannten „Grundausbildungslehrgängen" wird unterschieden nach Lehrgängen für Schulentlassene, die keine Lehrstelle gefunden haben, nach solchen, deren Bewerbungen „ihrer schulischen Leistung wegen aussichtslos sind", nach arbeitslosen Jugendlichen, „für die – unabhängig von den dafür maßgeblichen Gründen – eine Berufsausbildung nicht in Betracht kommt", und nach Jugendlichen in Strafanstalten. Die Lehrgänge dauern höchstens ein Jahr. Sie werden auf die Berufsausbildung in keiner Weise angerechnet und berechtigen auch nicht dazu.

Wird von der ersten Lehrgangsart noch behauptet, es gehe dabei um die Vorbereitung einer Ausbildung, heißt es bei den anderen ausdrücklich, Zweck sei die „Vorbereitung auf die betriebspraktischen Anforderungen an Arbeitnehmer; Vermittlung praktischer Grundfertigkeiten aus solchen Berufen, in denen auf dem örtlichen Arbeitsmarkt üblicherweise Arbeitskräfte eingearbeitet bzw. angelernt werden" und Vermittlung von „Kenntnissen über Arbeitsverhalten". Im Klartext heißt das, die Jugendlichen werden auf Akkordarbeit trainiert und es wird ihnen die „Arbeitshaltung" eingebläut, die die Kapitalisten von ihren Lohnsklaven verlangen. Es geht denn dort auch nicht anders zu als beim Tütenkleben im Zuchthaus.

Die Zahl der Jugendlichen, die nach solchen Lehrgängen in ein Ausbildungsverhältnis übernommen worden sind, ist seit 1971 ständig zurückgegangen. 1974/75 fanden nur 32 Prozent, das sind 8 000, anschließend eine Lehrstelle. 5 400 gingen anschließend als Hilfsarbeiter oder Angelernte in die Fabrik. 5 200 fanden weder eine Lehrstelle noch eine Arbeit. 2 600 haben die „Lehrgänge" nicht zu Ende gemacht.

Finanzieren läßt sich die Kapitalistenklasse die Zutreiberdienste und Zuchteinrichtungen des Arbeitsamtes aus den Versicherungsbeiträgen der Lohnabhängigen.

Heidelberg, HSB-Prozesse: dreimal über 1 Jahr Gefängnis ohne Bewährung

Weg mit den Terror-Urteilen! Einstellung aller HSB-Prozesse!

Heidelberg. Ein Jahr und drei Monate Gefängnis für Jochen Noth und ein Jahr und ein Monat Gefängnis für Helga Rosenbaum (jeweils ohne Bewährung), das ist das Urteil, das am Montag, dem 12.7. vor dem Amtsgericht im HSB-Prozeß ausgesprochen wurde. Vor einigen Wochen ist Volker Hurrle ebenfalls wegen Aufrufs zu Blockadeaktionen zu einem Jahr und zwei Wochen Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden.

Schon am letzten Samstag hatten sich die Teilnehmer einer Kundgebung auf dem Bismarckplatz gegen den Strafantrag des Staatsanwalts gewandt, der am Donnerstag, 8.7., für Jochen Noth ein Jahr und acht Monate, für Helga Rosenbaum ein Jahr und drei Monate und 1 000 DM Geldstrafe gefordert hatte.

Über 10 000 Heidelberger haben im letzten Sommer mit Blockadeaktionen versucht, eine 25-prozentige Fahrpreiserhöhung bei der Heidelberger Straßenbahn zu verhindern. Dieser breiten Bewegung versucht jetzt die herrschende Klasse in zahlreichen Prozessen mit Terrorurteilen einen Schlag zu versetzen.

Die Verurteilung ist schon im Gerichtssaal auf Protest gestoßen: „Keine Verurteilung" – „Einstellung aller HSB-Prozesse", wurde gerufen, als der Richter das Urteil verlas. Darauf ließ Richter Simon den Saal räumen. Die zirka 80 Anwesenden zogen darauf in einem Protestzug durch die Stadt, hielten an einigen Plätzen Ansprachen an die Umstehenden und auch auf der Straße ist jetzt „Einstellung aller HSB-Prozesse" zu lesen.

Nach dem Gerichtsurteil war es ein „strafbarer Aufruf zu Gewaltakten und versuchte Nötigung", daß in einer Nummer der Arbeiter-Zeitung im letzten Sommer geschrieben stand: „Schon heute läßt sich sagen, daß die Aktionen nur erfolgreich sein werden, wenn der Straßenbahnverkehr ruht."

Dabei geht es der herrschenden Klasse nicht so sehr darum, daß die Straßenbahn während der Blockadeaktion nicht fuhr. Das juckt die Reichen, die einen Mercedes mit Chauffeur haben, gar nicht, und so haben Oberbürgermeister Zundel und der Heidelberger Gemeinderat jetzt auch den Straßenbahnverkehr in der Hauptstraße einstellen lassen und daraus eine Fußgängerzone gemacht, damit noch mehr „Käuferströme" in die Kaufhäuser und Geschäfte fließen.

Die Massenaktionen in den Straßen Heidelbergs stecken der Bourgeoisie noch heute in den Knochen. Seit dem letzten Sommer ist ein Aufschwung der Arbeiterbewegung in den Betrieben mit Streiks für mehr Lohn und in den Stadtteilen zum Beispiel gegen den Bau einer Klinikmüllverbrennungsanlage unübersehbar.

Die Arbeiter und die Volksmassen in Heidelberg haben im letzten Sommer gelernt: Glaubt man den schönen Reden der „Volksvertreter" nicht mehr, dann kommt der Polizeiknüppel als einziges Argument hervor. Der Kern des bürgerlichen Staatsapparates ist nicht das Parlament, sondern die Polizei und die Armee. Wollen die Arbeiterklasse und das Volk ihre Interessen durchsetzen, dann müssen sie den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen.

Diese Einsicht fürchtet die herrschende Klasse. In der Begründung des Urteils sagt das Richter Simon so: „Eine revolutionäre Situation herrscht bei uns nicht, die Arbeiterklasse reagiert normalerweise auf diese Aufrufe nicht. Aber die Fahrpreiserhöhung hat dem KBW eine Verbrüderung mit breiten Schichten gebracht." Besonders schmerzt es die Bourgeoisie, daß die Kommunisten ihre Aufgabe darin sehen, den Widerstand gegen die staatliche Plünderpolitik zu organisieren und sich nicht einschüchtern zu lassen. „Die Angeklagten haben erklärt, sie erwarten eine Verurteilung, offensichtlich weil sie die Gesetze kennen. Es handelt sich um Überzeugungstäter. Als erschwerend kam das planmäßige Schüren des Widerstandes auch nach dem Beschluß der Fahrpreiserhöhung hinzu."

Das heißt, gerade die Einsicht wird bestraft, daß der Kampf notwendig ist, wenn eine Fahrpreiserhöhung verhindert werden soll.

Daß man sich den Beschlüssen des Gemeinderats beugt, will die herrschende Klasse. Richter Simon: „Es kam auf den Umfang der Aktionen an, nur ein kurzes Stocken des Verkehrs wäre nicht verwerflich, wenn die Aktionen nur dazu dienten, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erregen." Seine Forderungen dagegen durchsetzen zu wollen, ist verboten.

Drei Kommunisten, Helga Rosenbaum, Jochen Noth und Volker Hurrle, die Führer der Bewegung gegen die Fahrpreiserhöhung, sollen mit dem Urteil für über ein Jahr ins Gefängnis gesteckt werden. „Es wurde deutlich, daß es sich um Revolutionäre handelt und sie von ihrem Tun nicht ablassen würden, deshalb keine Bewährung", sagte Richter Simon bei der Begründung der Strafhöhe.

Staatsanwalt Johe meinte in einem anderen Prozeß gegen Gegner der Fahrpreiserhöhung: „Wenn wir heute nicht durchgreifen, ist es in drei, vier Jahren für unseren Staat zu spät." Helga Rosenbaum hat dagegen in ihrem Schlußwort festgestellt: „Auch mit Terrorurteilen gegen die Führer der Massenbewegung wird die herrschende Klasse ihren Untergang nicht aufhalten können."

Der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung bei der HSB war vollkommen gerecht und die Blockadeaktionen waren das einzige Mittel, die Fahrpreiserhöhung zu verhindern. Deshalb hat der Betriebsrat von Teldix sich gegen das Terrorurteil gegen V. Hurrle von einem Jahr und zwei Wochen ohne Bewährung ausgesprochen. Eine ganze Abteilung der Orthopädischen Klinik Heidelberg und die ÖTV Fachgruppe Sozialarbeit Heidelberg haben gefordert: Einstellung aller HSB-Prozesse! – (k., Heidelberg)

Protest gegen HSB-Prozesse und gegen § 88 a und 130 a.

Westberlin. Auf ihrer Mitgliederversammlung am 29. Juni hat die GEW-Studentengruppe der Freien Universität (150 Anwesende) in einem Beschluß die Einstellung der Heidelberger Fahrpreisprozesse und die sofortige Aufhebung des Urteils gegen den Redakteur der Kommunistischen Hochschulzeitung, Volker Hurrle, (ein Jahr und zwei Wochen Gefängnis) gefordert. In der Resolution heißt es u.a.: „Widerstand gegen die staatliche Politik der Ausplünderung hält die Mitgliederversammlung für rechtens und aus dem Interesse aller Lohnabhängigen heraus für notwendig." Die Mitgliederversammlung wandte sich ebenfalls in diesem Zusammenhang gegen die Gesetze 88 a und 130 a Strafgesetzbuch. Die Mitgliederversammlung hat die GEW Westberlin aufgefordert, sich öffentlich gegen die Urteile bei den HSB-Prozessen wie gegen die Prozesse selbst auszusprechen und sich im DGB für eine demgemäße öffentliche Erklärung zu verwenden. Der Beschluß wurde bei 10 Enthaltungen ohne Gegenstimmen gefaßt.

Wyhl

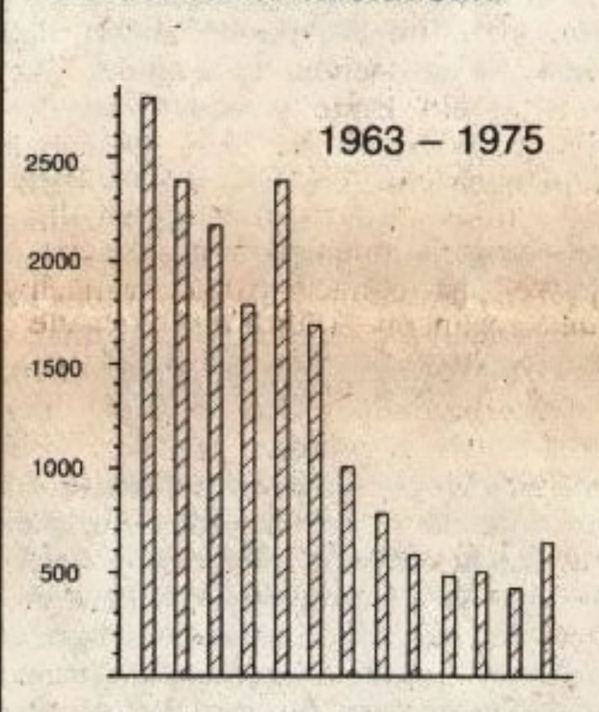
Unverdauliches für die Landesregierung

Emmendingen. Eberle, Wirtschaftsminister der Regierung in Baden-Württemberg, ist bezüglich der Vereinbarungen mit den badisch-elsässischen Bürgerinitiativen über den Bau des Kernkraftwerks „bitter enttäuscht über die Hinhaltetaktik der Bürgerinitiativen". Er beklagt sich, daß trotz „wiederholten Drängens der Landesregierung das sogenannte Freundschaftshaus immer noch nicht abgebrochen sei" (Badische Zeitung). – Die Zurücknahme der Strafanzeigen wegen der Bauplatzbesetzung, wie sie im Offenburger Papier festgelegt wurde, ist bis zum 10. Juli nicht erfolgt und wurde als Druckmittel verwendet, um die Bürgerinitiativen zu erpressen und zu weiteren Zugeständnissen zu bringen. Eberle betont gleichzeitig, daß die Landesregierung das Abkommen einhalte. Dazu zweierlei: Erstens ist es so, daß die Offenburger Vereinbarung gleichkommt einer Vereinbarung über den Bau des Kernkraftwerks. Die 0-Pegel-Messungen, mit denen die gegenwärtige Radioaktivität gemessen wird, um die gewonnenen Werte zu vergleichen mit Werten nach dem Betrieb des Kernkraftwerks, beweisen, daß die Landesregierung fest vorhat, das Kernkraftwerk zu bauen. Zweitens ist es so, daß die Landesregierung und die Kernkraftwerk Süd GmbH jetzt bestimmte Schwierigkeiten haben werden, die Vereinbarung zu erfüllen. Die „Badische Zeitung" vom Samstag meldet nämlich: „Meßmast in Wyhl beschädigt – Rund 10 000 DM Sachschaden – Täter unbekannt."

Das liegt der Landesregierung auf dem Magen, sie haben es eilig, und die Kapitalisten der Kernindustrie drängen. Ein fetter Brocken, ein 2,5-Milliarden-Auftrag nach Südafrika, ist ihnen durch die Lappen gegangen und ihnen von den französischen Imperialisten abgejagt worden. Bei den Knechtsgestalten der imperialistischen Bourgeoisie hat das im Bundestag und Landtag hektische Aktivität hervorgerufen, die CDU/CSU hat in zwei Anfragen im Bundestag klären lassen, wie es möglich sei, daß der Auftrag an die imperialistische Bourgeoisie Frankreichs gegangen ist. Das soll nicht mehr passieren, und deshalb soll schnell gebaut werden, um durch die Ausbeutung der Arbeiter und die Vernichtung der Existenz der Bauern die Voraussetzungen zu verbessern, daß so ein „Patzer" nicht mehr vorkommt. Immer deutlicher hat sich in letzter Zeit gezeigt, daß die Kapitalisten in ihrem Treiben nach Höchstprofiten die Sicherheitsvorkehrungen sträflich vernachlässigen und die Unfälle in Kernkraftwerken sich häufen. „Vorgeplänkel" nennt der Kommentar der „Badischen Zeitung" die sich zuspitzende Auseinandersetzung, und auf der Bürgerinitiativsitzung in Königschaffhausen wurden die Forderungen der Landesregierung zur restlosen Beseitigung aller Spuren des Widerstandes auf dem Bauplatz zurückgewiesen. Wenn Landesregierung und Kernkraftwerk Süd von ihrem Vorhaben, das Kernkraftwerk zu bauen, nicht abgehen, wird der Platz wieder besetzt, meinte ein Redner.

Jedes Manöver der Landesregierung ist ein Grund mehr dafür. – (r., Emmendingen)

Aus der Kriminalstatistik:



§ 218 – „bekanntgewordene Straftaten"

Die Kurve der „bekanntgewordenen Straftaten" nach § 218 zeigt: In den Krisenjahren 1967 und 1975 steigt die Zahl der Abtreibungen beträchtlich an, was sich im Anstieg der Anzeigen wegen § 218 niederschlägt. Das sagt etwas über die sozialen Verhältnisse aus, die zur Abtreibung zwingen. Daß die Kurve insgesamt sich nach unten bewegt, bringt die Entwicklung des Klassenkampfes zum Ausdruck. Die Arbeiterklasse und das Volk setzen sich immer heftiger gegen die Strafverfolgung aufgrund des § 218 zur Wehr. Der Anstieg der Kurve 1975 zeigt auch die Verschärfung des Klassenkampfes. (Zahlen aus den Statistischen Jahrbüchern)

63 65 67 69 71 73 75
aufgrund des § 218 zur Wehr. Der Anstieg der Kurve 1975 zeigt auch die Verschärfung des Klassenkampfes. (Zahlen aus den Statistischen Jahrbüchern)

CDU-Minister Geisslers „neue sozialpolitische Konzeption"
Ein Programm, um den Lohn weiter zu drücken

CDU-Minister Geisslers „neue sozialpolitische Konzeption"

Ein Programm, um den Lohn weiter zu drücken

Wie die Kapitalistenklasse den Lohn der Arbeiter weiter herunterdrücken und sich trotzdem als Wohltäter ausgeben kann, dazu macht der rheinland-pfälzische CDU-Minister Geissler in einer „Dokumentation" unter dem Titel „Kinderreichtum – Kennzeichen der Armut" einen Vorschlag. Dabei hat sich sich Geissler mit dem Problem befaßt, wie die Senkung des Lohns so zu bewerkstelligen ist, daß dabei eine weitere Abnahme der Geburten vermieden werden kann.

Die westdeutschen Imperialisten haben wegen des rapiden Bevölkerungsschwundes zunehmend ihre Befürchtungen. Erst jüngst klagte die Dresdner Bank in ihren „Wirtschaftsberichten" vom 2. Juni, daß die BRD in puncto Bevölkerungsentwicklung gegenüber den Konkurrenten „recht ungünstig" abschneide. Von der Bevölkerungsgröße drohe bis 1985 ein Absinken vom zehnten auf den zwölften Platz. Die Bourgeoisie kennt die Ursachen. Das Statistische Bundesamt stellte bereits 1974 fest, daß 1970 die Zahl der Kinder in den Familien der niedrigsten Einkommensgruppe um 19 Prozent niedriger liege als in denen der Einkommensgruppe über 2 500 DM monatlich.

In einem Gutachten für das Familienministerium heißt es, gerade bei jungen Familien, die bei niedrigem Einkommen auf die besonders teuren neuen Wohnungen angewiesen seien, komme es „wegen der zu kleinen oder/und zu teuren Wohnungen zu einer Einschränkung der Geburtenzahl". (Familie und Wohnen, Stuttgart 1975)

Der Staatsminister Geissler bietet eine „neue sozialpolitische Konzeption" feil. Er behauptet: „Der Arbeitnehmer kann vom Lohn allein nicht leben – zum Beispiel wenn er Kinder hat –, sondern ist auf Kindergeld angewiesen." Tatsache ist hingegen folgendes. Die Kapitalisten versuchen den Lohn so weit herabzudrücken, daß er die Befriedigung der einfachsten Bedürfnisse wie Wohnen und Fortpflanzung nicht mehr zuläßt. In der KVZ Nr. 20, Seite 9, wurde anhand der amtlichen Statistiken nachgewiesen, daß der durchschnittliche Nettolohn eines Facharbeiters in der Industrie 1975 die Reproduktion einer Familie mit zwei Kindern nicht mehr zuläßt.

Gleichzeitig wird Kindergeld und Wohngeld gezahlt durch den bürgerlichen Staat. Das Geld dafür wird über die Steuern aus dem Lohn und die indirekten Steuern auf das Lohnsalair eingetrieben. Das heißt, ein Teil dessen, was vom Lohn weggesteuert wird, wird als Kindergeld und Wohngeld wieder ausgezahlt. Kindergeld und Wohngeld aber erhält nicht jeder Lohnabhängige. Ihr Bezug ist an besondere Bedingungen geknüpft, an polizeimäßige Bevormundung und Unterdrückung.

Geissler behauptet, das Problem sei nicht der Lohn, das Problem seien die „Lücken bei den Sozialeinkommen – also der durch Wohngeld nicht gedeckte Mietbedarf und die durch Kindergeld nicht gedeckten Unterhaltskosten der Kinder". Das zielt nicht nur gegen den Lohnkampf, das läuft auf die Theorie hinaus, daß der Lohn bloß *ein* Bestandteil des Einkommens der Arbeiter wäre, während der andere Bestandteil als öffentliche Fürsorge gewertet werden müsse.

Um diesen Unsinn an den Mann zu bringen, legt er Vergleiche vor wie den folgenden:

Ein kinderloses Ehepaar mit einem durchschnittlichen Nettolohn von 1 441 DM sei 1976 um etwa 800 DM besser dran als ein kinderloses Ehepaar, das von der Sozialhilfe leben muß. Dagegen sehe die Rechnung bei einer Familie mit fünf Kindern folgendermaßen aus:

Durchschnittliches verfügbares Einkommen einer Arbeiterfamilie mit fünf Kindern 1976

Nettolohn	1 441,00 DM
Kindergeld	480,00 DM
Wohngeld	176,00 DM
	2 097,00 DM

„Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt" 1976 für eine Familie mit fünf Kindern zwischen 7 und 21 Jahren

Regelsätze zusammen	1 420,00 DM
Einmalige Leistungen	355,00 DM
Kosten der Unterkunft	590,00 DM
	2 365,00 DM

„Das verfügbare Einkommen einer durchschnittlich verdienenden Arbeitnehmerfamilie mit fünf Kindern" liege also „um 268 DM bzw. um 11 Prozent unter dem Betrag, der im Rahmen der Sozialhilfe als lebensnotwendiger Bedarf anerkannt wird".

Wenn es „nur einzelnen großen Gruppen gut" gehe, sei das noch keine „soziale Gerechtigkeit". Hier müsse, fordert Geissler, eine „gezielt wirkende Sozialpolitik" für Ausgleich sorgen.

Mit der Verhüllung der Herkunft von Kindergeld und Wohngeld aus dem Lohn soll verhüllt werden, daß ein solcher Ausgleich über das „Sozialeinkommen" in Wirklichkeit ein Ausgleich innerhalb der Arbeiterklasse ist. Und zwar ein Ausgleich, der darauf berechnet ist, den Lohn der Arbeiterklasse verfügbar zu machen. Für die Bourgeoisie ist der Gedanke natürlich bitter, daß ein Arbeiter einen Lohn erhält, wovon er Kinder großziehen könnte, dieser Arbeiter aber z.B. den Lohn nicht ganz dafür verwendet. Das empfindet sie für hinausgeschmissenes Geld. Das versucht sie durch Wegsteuern in ihre Verfügung zu bringen, um es zu **ihren** Bedingungen auszuzahlen.

Der Demagoge Geissler hat sein Handwerk gelernt. Um solcherlei Umverteilung voranzutreiben und ihr das Mäntelchen der „Gerechtigkeit" umzuhängen, reiht er seine Vergleichsrechnungen aneinander.

Sind erst einmal die ledigen Arbeiter und die Familien mit wenigen Kindern gegen die kinderreichen und die kinderreichen Arbeiter gegen die Sozialhilfeempfänger aufgerechnet und gegeneinander ausgespielt, läßt sich gut das Panier der Gerechtigkeit schwingen. Schließlich könne man die Kinder nicht verhungern und erfrieren lassen. Der Steuereintreiber für die „gezielte Sozialpolitik" des bürgerlichen Staates kann auf dem Fuße folgen. Auch für Streichungen an den „Sozialleistungen" und an der Sozialhilfe – Geissler nennt das „Umstrukturierung" – läßt sich so das Feld bereiten. Zumal wo er die Angaben über die Sozialhilfe kräftig nach oben frisiert hat – der Anteil der „einmaligen Leistungen" ist zu hoch berechnet und Mieten hat er im aufgeführten Beispiel gleich für Wohnungen mit 120 Quadratmetern in Neubauten genommen, was eine üble Verhöhnung von Familien ist, die sich regelmäßig in menschenunwürdigen Behausungen zusammendrängen müssen.

Für diese Übertreibung hat er allerdings noch einen anderen Grund. Die Erhöhung des Wohngeldes liegt ihm besonders am Herzen, denn die bodenlose Ausplünderung der Lohnabhängigen auf dem Wohnungsmarkt soll trotz Herabdrückung des Lohnes kräftig weitergehen.

Über die Wirkung des Wohngelds auf die Mieten kann man sich in dem Jahresbericht der Neuen Heimat von 1974/75 folgendermaßen informieren: „Nachdem die Ansprüche der Mieter auf Wohngeld den Ausgleich zwischen den tatsächlichen und den subjektiv tragbaren Mieten weitgehend sicherstellen, ist es nicht mehr zwingend notwendig, daß mit der öffentlichen Förderung des Wohnbestands gleichzeitig auch mietpreispolitische Ziele – die Erhaltung besonders niedrig bestimmter Mietpreisgrenzen – verfolgt werden, die auch bei extrem erhöhtem öffentlichem Förderungsaufwand nur außerordentlich schwer zu erreichen sind. Dem entspricht die relative Großzügigkeit, mit der in der jüngsten Wohnungsbauförderungspraxis Kostenmieten toleriert werden, die über die landesrechtlich bestimmten Richtwerte hinausgehen." (Seite 47)

Obschon inzwischen über 1,6 Millionen auf Wohngeld angewiesen sind, stößt das Wohnungsgeschäft heute an Schranken. Das Wohngeld deckt einen immer geringeren Teil der Mieten, weil es die Mietkosten nur bis zu einer bestimmten Obergrenze trägt. Die ist in den meisten Fällen aber inzwischen überschritten.

Kindergeld und Wohngeld sind Mittel, mit denen die Kapitalistenklasse den Lohn der Arbeiter heruntergedrückt hat. Wie vorteilhaft diese Methode für die Kapitalistenklasse ist, dafür liefert Geissler folgende Berechnung:

Wenn man für alle Familien mit vier und mehr Kindern das Kindergeld um monatlich 100 DM erhöhen würde, schreibt er, entstünden Kosten in Höhe von 700 Millionen DM (die er, wie wir bereits gesagt haben, durch Streichungen an anderer Stelle eintreiben will). „Um über die alle unselbständigen Erwerbstätigen betreffende Lohnpolitik für kinderreiche Familien zum gleichen Ergebnis zu kommen, müßten die Nettolöhne etwa in Form eines Sockelbetrages von 100 DM pro Monat angehoben werden. Dies entspräche einer Erhöhung der gesamten Nettolohnsumme von über 7 Prozent (genau 7,2 Prozent)." Das wären 27 Milliarden DM. Ein Weg, der fast vierzigmal „kostspieliger" sei „als eine gezielte Sozialpolitik". – (hv)

Studentenparlamentswahlen Bochum

Kräfteverschiebung als Ergebnis hartnäckiger Kämpfe

Bochum. Letzte Woche wurde an der Ruhr-Universität Bochum das neue Studentenparlament gewählt. Aus den Wahlen ging die Fachschaftsliste, die von der Kommunistischen Hochschulinitiative (Studentengruppe des KBW) unterstützt wird, als stärkste Fraktion hervor.

Fachschaftsliste	16	(KHI: 4)
RCDS	12	(12)
SLH	8	(14)
SHB	5	(–)
MSB	4	(6)
Juso-Hochschulgr.	3	(–)
Juso-Abtlg. Jura	1	(–)
Jusos an der RUB	1	(–)
LHV	1	(2)

In diesem Wahlergebnis kommt eine einschneidende Kräfteverschiebung an der Universität zum Ausdruck. Während noch vor einem Jahr als Vertreter der Politik, für die die Fachschaftsliste jetzt antritt, nur 4 Studenten ins Studentenparlament kamen, sind es diesmal 16. Verschlissen hat sich vor allem die „Sozial-liberale Hochschulgruppe" (SLH), die als Vertreter der gleichnamigen Bundestagskoalition an der Hochschule auftrat und zusammen mit dem RCDS über drei Jahre den AStA stellte.

Die Fachschaftsliste: Im Kampf um die Rechte der Studenten aufgebaut

Kaum eine Abteilung, an der die Studenten nicht gegen die Entrechtung den Kampf aufgenommen haben. Festlegung auf Wissenschaft und Weltanschauung der Bourgeoisie in den Prüfungen, Einbau etlicher zusätzlicher Hürden und Schikanen in den Studienablauf, Ausschluß großer Teile der Studenten aus den Seminaren durch Anmeldelisten bei Verkürzung der Studienzeit; statt all dies zu schlucken wie die Lämmer, haben die Studenten sich beraten und den Kampf aufgenommen. Die Dekanatssitzungen, auf denen diese Maßnahmen besiegelt werden sollten, wurden besucht, flogen auf und mußten in den Wald verlegt
werden sollten, wurden besucht, flogen
auf und mußten in den Wald verlegt
werden – oft nicht ohne daß sich die Professoren darüber selber in die Haare kriegten, was denn nun der beste Weg zur Unterdrückung der Studenten sei.

Die Lehrerstudenten, die vom Kultusminister durch Außerkraftsetzen jeglicher Prüfungsordnung der Willkür der Professoren ausgeliefert waren, besetzten während der Aktionstage zu 500 das Prüfungsamt für einen Tag und bekamen plötzlich auch den Kultusminister, der vorher nie erreichbar war, zu sprechen, um ihm ihre Forderungen mitzuteilen.

Für die Breite der Strömung steht das Übergreifen der Studentenbewegung auf die naturwissenschaftlichen Fakultäten. In diesem Semester organisierten die 200 Studenten der Bartenwerfer-Vorlesung „Mathematik für Physiker und E-Techniker" einen zweiwöchigen Streik und Vorlesungsboykott, nachdem Bartenwerfer sich nicht davon hatte abbringen lassen, um der „internationalen Konkurrenzfähigkeit unserer Wissenschaft" willen die Vorlesung so zu gestalten, daß gleich nur höchstens ein Drittel der Studenten in den Genuß dieser Wissenschaft kommen konnte. Auch die zutreffende Einschätzung Bartenwerfers, daß der Kampf der Studenten ein „Angriff auf die grundgesetzlich garantierte Freiheit der Lehre" sei, vermochte die Studenten nicht zum Rückzug zu bewegen. Sie setzten sich durch. Der Rektor mußte eine Vorlesung einrichten lassen, in der die Forderungen der Studenten erfüllt wurden.

In all diesen Kämpfen setzten die Studenten ihre gewählten Fachschaften zunehmend besser als Kampfinstrumente ein. Ohne ihre Billigung sollte keine Veränderung in den Studien- und Prüfungsbedingungen durchgehen. Und wo doch, da hatten die Fachschaftsräte die Studenten zu unterrichten und zum Kampf aufzurufen. Um diese Fachschaften herum organisierten sich die aktiven Studenten an den einzelnen Abteilungen. In diesem Semester wurde mit dem Aufbau von Instituts- und Basisgruppen begonnen.

In Vorbereitung der Studentenparlamentswahlen stellte sich die Frage, wie die im Kampf gewonnene Einheit für die Studentenparlamentswahlen genutzt werden kann. Fest stand, daß der RCDS/SLH-AStA beseitigt werden mußte, wenn der AStA ein Instrument der Studenten zur Fortsetzung dieses Kampfes werden sollte. Das hatte er hundertmal bewiesen. Als ersten praktischen Schritt zur Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft an der Ruhr-Universität Bochum hat er die gewählten Fachschaftsräte nicht anerkannt. Den Kampf gegen die Entlassung eines Uni-Angestellten wegen seiner revolutionären Anschauungen hat er sabotiert. Gegenüber der Studentenwerksdruckerei haben sich diese Nachwuchs-Reaktionäre aufgeführt wie ihre Alten und Rationalisierungsmaßnahmen und Entlassungen gegen die Belegschaft durchgeführt. Für all diese Tätigkeiten haben sie sich auch noch aus dem AStA-Haushalt doppelt und dreifach schmieren lassen.

Auf Vorschlag der Kommunistischen Hochschulinitiative (KHI) begannen daher im Mai Beratungen um die Bildung einer Liste der Aktionseinheit der Studenten, die sich schließlich auf Grundlage folgender Forderungen zusammenschloß:

– Erhalt und gesetzliche Verankerung der Verfaßten Studentenschaft
– Freie politische Betätigung, vollständige Meinungs-, Versammlungs-, Streik- und Organisationsfreiheit, Rede- und Kritikfreiheit in allen Lehrveranstaltungen
– Keine Studien- und Prüfungsbedingungen, die gegen die Interessen der Studenten gerichtet sind, dürfen vom AStA akzeptiert werden
– Kostendeckende Ausbildungsförderung, 600 DM BAFöG und 1 200 DM Elternfreibetrag sofort
– Einstellung aller Lehrer, Übernahme aller Referendaranwärter in den öffentlichen Dienst
– Zurücknahme des Ministerpräsidentenerlasses und des Maulkorbparagrafen 88 a
– Unterstützung der Kämpfe der Völker gegen Imperialismus und Faschismus.

RCDS und SLH wußten, worum es in diesen Wahlen geht. Der RCDS trat als Hüter von Freiheit, Ordnung und Verfassung auf und erläuterte dieses Kampfziel im Wahlkampf dahin, daß dem „linksextremen Spuk an der Universität ein Ende gemacht" werden müsse. Während die SLH im letzten Jahr noch mit „kritischem Rationalismus" und „rationaler Konfliktlösung statt Klassenkampf" 14 Sitze im Stu-
dentenparlament gewann, hat sie
statt Klassenkampf" 14 Sitze im Stu-
dentenparlament gewann, hat sie diesmal auf die veränderte Lage mit einem Plakat reagiert, auf dem einem furchterregenden Lenin-Kopf der Ausspruch zugeordnet wurde: „Die sozialen Gegensätze müssen verschärft werden, damit wir im Klassenkampf zur Macht kommen". Mit dem sicheren Instinkt von Bourgeois-Politikern haben die bürgerlichen Studentengruppen von Anfang an gerochen, von wo die Hauptgefahr für ihre Politik der Unterwerfung der Studenten unter den bürgerlichen Staatsapparat droht. Sie haben alle Register der Spaltung gezogen, um die Fachschaftsliste noch vor der Wahl kleinzukriegen und zu zersetzen. Vor allem die Tatsache, daß sich in der Fachschaftsliste die Marxisten-Leninisten mit anderen fortschrittlichen und revolutionären Studenten auf einem Kampfprogramm der Studentenbewegung zusammengeschlossen haben, versetzte sie in helle Aufregung und hektische Spaltungstätigkeit. „Fachschaftsliste – Schleichweg der KHI" (MSB) oder „Tarnorganisation der Kommunisten" (RCDS): im Kampf gegen den Zusammenschluß der Studenten haben die Reaktionäre aller Schattierungen ihr gemeinsames Programm gefunden. Die Kommunistische Hochschulinitiative hat diese Auseinandersetzung genutzt, um die Klarheit über die imperialistische Unterdrückungsmaschine, die sich die Bourgeoisie zur Niederhaltung der Arbeiterklasse und des Volkes aufgebaut hat, und über das Grundgesetz als Verteidigungsplan der Bourgeoisie gegen die Angriffe der Arbeiterklasse auf ihre Diktatur zu verbreiten.

Die Studentenparlamentswahlen in Bochum spiegeln die Fortschritte der Studentenbewegung wider, die sie im letzten Jahr unter den wütenden Angriffen der Reaktion gemacht hat. Das Programm der Fachschaftsliste ist geeignet, diesen Kampf fortzusetzen und durch den verstärkten Aufbau von Instituts- und Basisgruppen Organe zu schaffen, mit denen die Studenten den Angriffen der Bourgeoisie und ihres Staates schlagkräftig entgegentreten können. Wenn für diese Aufgaben auch jetzt in den Auseinandersetzungen um die AStA-Bildung eingetreten wird, dann können die Spaltungsversuche der verschiedenen bürgerlichen Studentengruppen, die ihre Beteiligung am AStA von der Verwandlung des Programms der Fachschaftsliste in ein bürgerliches Reform-Programm abhängig machen wollen, erfolgreich zurückgeschlagen werden. – (KHI Bochum)

Universität Osnabrück

Lehrerstudenten gegen unbezahltes Landschuljahr Senat mußte zurückstecken

Osnabrück. In den letzten Wochen des Semesters ist es unter den Lehrerstudenten an der Universität Osnabrück zum Aufruhr gekommen. Die Universität Osnabrück ist als „Reformuniversität" vor einigen Jahren gegründet worden. Ihr Schwerpunkt ist die Lehrerausbildung, und die Reform sollte darin bestehen, daß die Lehrer nicht mehr erst einige Semester an der Universität ausgebildet werden („theoretisch") und dann ein bis zwei Jahre an Schulen und Lehrerseminaren („praktisch"), sondern zusammenhängend in einem Streifen. Schon während des Universitätsstudiums sollte praktische Ausbildung in der Schule einbezogen werden.

Das hat – trotz aller Versprechungen – nie geklappt. Obwohl viele Studenten jetzt im 6. Semester sind und bald die Prüfung machen müssen, haben viele noch lange nicht die 320 Schulstunden zusammen, die sie gegeben haben müssen, um zur Prüfung zugelassen zu werden. Es stehen weder genügend Schulen für den Ausbildungsunterricht zur Verfügung noch genügend Veranstaltungen an der Universität, die die Unterrichtsversuche der Studenten betreuen würden. Und überwacht wird die „Verbindung zwischen Theorie und Praxis" – wo sie gelegentlich stattfinden darf – von Professoren, Rektoren, Schulräten und der kompletten höheren Schulpolizei aus dem Kultusministerium. Die vielgepriesene Verbindung von Theorie und Praxis in der Lehrerausbildung ist eine vollständige Farce, aufgeführt von einigen Reformprofessoren auf dem Rücken der Studenten, beifällig als „antikapitalistische" Neuerung beklatscht von Jusos, SHB und den Revisionisten vom MSB.

Inzwischen stellt sich immer deutlicher heraus, daß das Gerede über Einphasigkeit der Lehrerausbildung praktisch auf nichts anderes hinausläuft als auf ein Referendariat, das im Unterschied zu früher jetzt nahezu unbezahlt und vollständig rechtlos an den Schulen abgeleistet werden soll.

Vier Wochen vor Semesterende wurden Planungen des Kultusministeriums bekannt, wonach die Lehrstundenzahl von 320 auf 456 erhöht werden soll, die größtenteils zusammenhängend am Ende des Studiums gegeben werden sollen, nachdem der erste Teil der Prüfungen schon abgeschlossen ist. Für die 456 Stunden können die Lehrerstudenten für ein Jahr über das ganze Land verstreut werden, um dort wöchentlich 11 bis 12 Stunden Unterricht zu geben. Gerade so viel, wie früher die Referendare geben mußten, die dafür mit 800 bis 1 000 DM im Monat bezahlt wurden, sich gewerkschaftlich organisieren konnten und gewisse Vertretungsrechte hatten. Von all dem ist für die Studenten der großartigen „Reformuniversität" keine Rede mehr.

Die Ablehnung der Studenten war einhellig. Auf einer Vollversammlung beschlossen sie, vom Senat der Universität zu verlangen, sich gegen diese dreiste Verschlechterung auszusprechen. Die Urabstimmung für einen Warnstreik wurde gleich mitbeschlossen für den Fall, daß der Senat den Forderungen der Studenten nicht nachkommen würde.

Der Senat weigerte sich. Die Studenten lösten seine Sitzung auf, wobei sie sich nicht dadurch abhalten ließen, daß die Studentenvertreter im Senat (RCDS und Jusos) sich gegen die Studenten stellten und sich weigerten, die Beschlüsse der Vollversammlung zu vertreten. Auch die Reformprofessoren, die sich jahrelang mit Gerede über Studienreform und Einphasigkeit der Lehrerbildung das Vertrauen der Studenten erschlichen hatten, konnten diesmal die Lage nicht mehr retten.

In der Urabstimmung sprachen sich über 671 Studenten für einen Warnstreik aus. 15 stimmten dagegen. Während des Streiks fanden kaum Seminare statt. Agitationstrupps gingen in die Stadt, um die Bevölkerung über die Entrechtung der Studenten und ihre Verwandlung in lohndrückende Billiglehrer zu informieren. Zum Abschluß der Streiktage demonstrierten 200 Studenten.

Reformisten und Revisionisten gaben sich alle Mühe, eine Radikalisierung der Studenten zu verhindern: Aufs Grundgesetz sollten sich die Studenten festlegen. Statt gegen den bürgerlichen Staat als Organisator des Studiums aufzubegehren, sollten sie sich über die CDU-Regierung in Hannover aufregen. Und gepredigt wurde ihnen, wenn es eine „vernünftige, gute Lehrerausbildung" an der Universität gäbe, würde es ja später den Kindern an der Schule zugute kommen, die dann alle auch einen Beruf bekommen würden. Kein Einfall war den Sozialdemokraten verschiedener Machtart und den Revisionisten zu dumm, um gegen die Einsicht in die Notwendigkeit der Revolution anzuarbeiten.

Stillebekommen haben sie die Studenten nicht. Am 30.6. fand eine weitere Senatssitzung in Vechta statt, 60 Kilometer von Osnabrück entfernt. Die vom AStA gemieteten Busse reichten den 200 erschienenen Studenten kaum, um hinterherzufahren. Die Anwesenheit der Studenten auch auf dieser Senatssitzung störte die Entscheidungsfreiheit dieses höchsten Universitätsgremiums beträchtlich. Redebeiträge, die sich gegen die studentischen Forderungen wandten, wurden mit Sprechchören bedacht, solche, die auf der Linie der Forderungen lagen, mit Beifall begrüßt.

Die Studenten konnten einen Teilerfolg erringen: Der Senat sah sich mit Mehrheit gezwungen, die Erhöhung der Stundenzahl auf 456 Stunden abzulehnen. Außerdem wurde beschlossen, daß dieser Punkt erst im Oktober, nach Ende der Semesterferien, wenn alle Studenten in Osnabrück sind, wieder behandelt werden soll. Weitergehende Forderungen der Studenten nach Anerkennung von Stunden wurden vom Senat abgelehnt. Es wurde jedoch auf der Senatssitzung unter lautem Beifall erklärt, daß, wenn das Ministerium oder der Senat in den Ferien ein Modell erläßt, das sich gegen die Interessen der Studentenschaft richtet, ab Anfang des Wintersemesters ein unbefristeter Streik an der Universität durchgeführt wird. – (Red., nach Berichten)

wurden Planungen des Kultusministe-
Reformisten und Revisionisten ga-
wird. – (Red., nach Berichten)



Die Studentenorganisationen des KBW unterstützen die Solidaritätsaktionen mit dem bewaffneten Befreiungskampf der Völker des südlichen Afrika durch Wandzeitungen, Kundgebungen, Bazäre und Sammlungen in den Hochschulen. Auf dem Bild: Afrika-Demonstration in Westberlin am 24.Juni. Block des KBW

Studentenparlamentswahlen

Köln. Bei den Wahlen zum Studentenparlament an der Universität verloren RCDS mit 1 721 (Vorjahr 1 970) Stimmen oder 19,7 % (20,9 %) und SLH 977 (1 046) oder 11,1 % (11,1 %) leicht. Jusos 1 311 (1 210) oder 16,9 % (12,8 %) und Unabhängige 1 750 (2 143) oder 20 % (22,8 %), die zusammen den AStA stellen, konnten sich insgesamt halten. MSB 836 (917) Stimmen oder 9,6 % (9,7 %) und SHB 660 (1 058) Stimmen oder 7,6 % (11,2 %) verloren zusammen. Die KHG erhielt 458 (492) Stimmen oder 7,6 % (7,3 %). An der Medizinischen Fakultät, wo die KHG im letzten Jahr ebenfalls kandidiert hatte, unterstützte sie in diesem Jahr eine Liste der Fakultätsgruppe Medizin, die 331 Stimmen erhielt. Die KHG hatte dort im letzten Jahr 149 Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag mit 35 % (45 %) sehr niedrig. Die Jusos konnten ihre Gewinne verbuchen an den Fakultäten, an denen keine zugespitzten Kämpfe geführt worden sind (Wiso, Math-Nat, Jura). Die KHG und die von der KHG unterstützte Liste haben an der Medizinischen Fakultät, an der heftige Kämpfe gegen neueingeführte Klausuren und gegen das sogenannte praktische Jahr geführt worden sind, sowie an der Philosphischen Fakultät, wo gegen die Lehrerprüfungsordnung gekämpft wurde, Stimmen hinzugewonnen.

Darmstadt. Bei den Studentenparlamentswahlen kam es zu folgenden Sitzverteilungen (Vorjahr in Klammern): RCDS 16 (13), Jusos, Unabhängige 14 (12), SHB 0 (1), MSB 2 (1), Basisgruppen und Ausländerausschuß 4 (8), KHG 1 (1). Die Wahlbeteiligung war auf 34,26 % (42,04 %) gesunken.

Kassel. Bei den Studentenparlamentswahlen an der Gesamthochschule haben in der letzten Woche vor den Ferien nur 26,8 % der Studenten teilgenommen. Die Liste der Basisgruppen erhielt 788 Stimmen oder 54 % und 17 Sitze (16 im Vorjahr). Der MSB erhielt 203 Stimmen oder 13,9 %. Von seinen 6 Sitzen verlor er 2. LHV 170 Stimmen, 11,7 %, 3 Sitze, im Vorjahr nicht kandidiert. RCDS 157 Stimmen, 10,8 %, 4 (5) Sitze. Die vom KSB unterstützte Aktionseinheitsliste konnte 133 Stimmen auf sich vereinen, 9,1 %. Sie erhielt ebenso wie im Vorjahr der KSB 3 Sitze. An der ehemaligen Hochschule für Bildende Künste, wo auf der Grundlage des Aktionsprogramms ein Fachschaftsrat arbeitet, sieht das Stimmenverhältnis folgendermaßen aus: RCDS 5, LHV 29, MSB 19, Basisgruppen 116, Aktionseinheitsliste 72.

Freiburg. Bei den Studentenratswahlen an der Pädagogischen Hochschule (Wahlbeteiligung 30 % gegenüber zuvor 25 %) wurde die reformistische Liste der Fachschaftsvertreter mit 814 Stimmen und 8 Sitzen stärkste Fraktion. Die Liste der Fachgruppen, welche von der KHG unterstützt wurde, erhielt 684 Stimmen und 6 Sitze. Die KHG hatte im Vorjahr 640 Stimmen bekommen und 8 Sitze. Die DKP-Studenten bekamen einen Sitz (2), die SHB-Studenten 3 (3). Die CDU-Studenten erhielten 3 Sitze (6).

Trier. Bei der Studentenparlamentswahl an der Universität wurden die Jusos mit 6 Sitzen (3) stärkste Fraktion. Der RCDS erhielt 3 (5), die Basisgruppen 2. Der KSB gewann 5 (1) Sitze, im wesentlichen durch Kandidaturen in den einzelnen Fachbereichen.

Bataillonskommandeur beklagt zu geringen „sportlichen Ehrgeiz“

Der Marsch – eine Schikane

Ulmen/Eifel. Am Dienstag, dem 22. Juni, machte die 14. Kompanie des Luftwaffenausbildungsregiments 4 in Ulmen ihren Orientierungsmarsch. Bei Temperaturen zwischen 25 und 30 Grad wurden die Rekruten mit Sturmgepäck, Stahlhelm und G 3 zwölf bis fünfzehn Kilometer durch die Eifel geschickt.

Am Montag waren ziemlich viele Kameraden im San-Revier zur „Behandlung“ angetreten. Die einen mit Blasen an den Füßen, andere mit Bandscheibenschäden, einige, die von einem früheren Marsch her wußten, daß ihr Kreislauf diese Strapaze nicht mitmacht.

Schon bald nachdem mit der „Behandlung“ begonnen worden war, tauchte der Bataillonskommandeur, Oberstleutnant Fletcher, im San-Revier auf. Er war ganz entsetzt darüber, daß seine Soldaten so wenig „sportlichen Ehrgeiz“ aufbrachten und sich wegen so kleiner Wehwehchen vom Marsch befreien lassen wollten. Aufgebracht marschierte er ins Zimmer des Arztes, kam aber bald darauf, offenbar zufriedengestellt, wieder heraus. Schrieb der Arzt vor dem Besuch von Oberstleutnant Fletcher noch alle Kameraden, die am Marschieren durch einen körperlichen Schaden behindert waren, marsch- und sportbefreit, so gab es das nachher praktisch gar nicht mehr. Einem Kameraden zum Beispiel schnitt er die Blasen an den Füßen auf und befreite ihn vom Sport!

Dienstag nacht gabs dann Alarm. Sämtliche Klamotten verpacken, rauf auf die Lastwagen und ab ins Gelände. Von 4.30 Uhr bis 13.30 Uhr trieben wir uns da draußen rum. Dann begann für die ersten der Marsch. Er war wegen der großen Hitze und Dank der „Einsicht“ des Kompaniechefs, Hauptmann Rothe, von etwa 16 auf 12 Kilometer verkürzt.

12 Kilometer ging es über die Hügel der Eifel – 12 Kilometer, wenn man den kürzesten Weg erwischte, sonst halt mehr. Nach der Hälfte der Strecke waren einige Kameraden von dem ständigen Auf und Ab geschafft. Hauptmann Rothe und Zugführer Linne, der einen Streckenposten stellte, ließ das völlig kalt. Oberfeldwebel Linne verweigerte einem Kameraden, der sich 500 m hinter seiner Gruppe herschleppte, sogar eine Pause. „Wenn er nicht mehr kann, dann baut ihr halt eine Trage und bringt ihn so zurück“, war sein Kommentar.

Er schaffte es dann auch tatsächlich, gestützt von einem Gruppenführer, zu Fuß bis in die Kaserne zurückzukommen.

Stolz berichtete Hauptmann Rothe am nächsten Tag, daß es ihm und seinen Mannen gelungen sei, sämtliche Soldaten zu motivieren, auf ihren eigenen Füßen zur Kaserne zurückzukommen. Wie das ging, haben wir oben gesehen. Vom Arzt wurden gut 25 Kameraden von Marsch und Sport befreit. Nur jetzt gabs auch gar keinen Marsch mehr, denn 4 Tage später wurden wir in unsere Stammeinheiten versetzt. – (Acht Kameraden der 14./Luftwaffenausbildungsregiment 4)

Die Offiziere befehlen Orientierungsmärsche zur Abrichtung, Unterdrückung, Schikanierung der Soldaten. Sie befehlen eine Behandlung der Soldaten während des Marsches, die auf Brechen und Unterwerfung der Soldaten abzielt, nicht auf ihre körperliche Ausbildung. Vergleiche auch nebenstehende Korrespondenz.

Ein westdeutscher Generalstäbler:

Die Befreiung Mussolinis – Vorbild für die israelische Aggression gegen Uganda

Zur bewaffneten Aggression der Zionisten in Uganda hat sich jetzt in der Zeitschrift „Stern“ ein Oberst Winfried Vogel, ein „deutscher Generalstäbler“ geäußert. Der „Stäbler“ schreibt: „Kommandoaktionen sind Kriege in Miniaturform: Kriege in der Nußschale – schwer zu knacken, weil die Grundregeln von Strategie und Taktik berücksichtigt werden müssen. Daher gibt es dafür auch wenige Beispiele in der modernen Kriegsgeschichte.“ Oberst Vogel meint die Kriegsgeschichte der imperialistischen Armeen. Die der Befreiungsarmeen meint er nicht. Dann hätte er mehr Beispiele. So führt die Befreiungsarmee von Zimbabwe in ihrem Kampf gegen das rhodesische Siedlerregime mittlerweile fast täglich Kommandoaktionen siegreich durch. Diese vollständig gerechten Aktionen gelingen, weil sie sich auf die Volksmassen stützen können, von ihnen getragen werden. Das werden die Kommandoaktionen der Imperialisten nicht, und das macht sie auch für die Imperialisten so schwierig, so daß der Oberst Vogel auch nur wenige Beispiele aus der Geschichte der imperialistischen Armeen heranziehen kann. Eine ungerechte Sache findet keine Unterstützung. So muß der Oberst in die Geschichte des deutschen Imperialismus greifen, der seiner Meinung nach als einziger wirklich würdig ist, Parallelen bei Kommandoaktionen aufzuweisen: „Nicht ganz vergleichbar mit dem Unternehmen von Entebbe ist der Angriff von 500 deutschen Fallschirmjägern am 10. und 11. Mai 1940 auf das belgische Fort Eben Ermel. Damals war es nur darum gegangen, das Fort zu nehmen und zu halten, bis die eigenen Truppen im Lande folgen. Eher ist der kaltblütig geführte Angriff von Entebbe mit der Befreiung des Duce am 12. September 1943 durch deutsche Fallschirmspringer unter der Leitung von General Student vergleichbar. Damals holten deutsche Soldaten den von Italienern festgesetzten Mussolini vom uneinnehmbar geltenden Gran Sasso.“

Weiter schreibt der Vogel: „Bemerkenswert ist, wie die Soldaten bei jedem Kommandounternehmen das Kunststück fertig bringen, eine minutiöse Ablaufplanung vorzubereiten, anderseits ihren Einsatzleitern genügend Entscheidungsfreiheit während des Kampfgeschehens zu lassen. Der zeitliche Ablauf muß stimmen, aber wenn etwas schiefgeht, darf nicht gleich die ganze Aktion zusammenbrechen.“

Der Herr Oberst wundert sich darüber, daß es noch gelingen kann, in einer Armee, wo der Knechtsgehorsam den Soldaten Tag und Nacht eingedrillt wird, solche Kommandoaktionen durchzuführen. Es ist die Begeisterung eines Vertreters einer untergehenden Klasse, in dem der imperialistische Räuber erwacht. Deshalb machen sie auch solches Geschrei über diese Kommandoaktion der Zionisten. Nützen würd es ihnen genausowenig wie sie den Hitlerfaschisten genützt haben. Der Zweite Weltkrieg hat mit einer totalen Niederlage für die Hitler-Armeen geendet. Die Völker haben sich erhoben und den Faschismus zu Staub und Asche geschlagen. Den Zionisten geht es gar nicht anders. Oberst Vogel ist ganz begeistert vom Sechstagekrieg 1967, wo die gleiche Planung angewandt wurde wie bei dem Unternehmen in Entebbe. „Typisch scheint mir für diese Art der Planung, was General Tal am Beginn des Sechstagekrieges bei der Befehlsübergabe zu seinen Kommandanten sagte: Jetzt, wo Sie den Gefechtsplan kennen und wo Sie ihn hübsch mit den vielen bunten Linien auf Ihren Karten eingezeichnet haben, muß ich Ihnen noch folgendes sagen: Wenn das Gefecht losgeht, wird nichts von dem, was im Gelände wirklich passiert, mit dem übereinstimmen, was wir auf unseren Karten eingezeichnet haben ... aber zweierlei muß exakt so ausgeführt werden, wie es geplant ist, das Ziel und das Grundkonzept, das hinter unseren vielen Kartenzeichen steht.“ Auch das hat den Zionisten nichts genützt. Was auf den Sechstagekrieg folgte, schreibt der Oberst nicht. Der Krieg 1973. Er war ein schwerer Schlag für die Zionisten und ein Erfolg für den Kampf der arabischen Völker. Auf den Julikrieg erfolgte weiterhin ein Aufschwung des bewaffneten Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes unter Führung der PLO.

Das sind Tatsachen, über die abgewrackte „Generalstäbler“ sich und andere wegtäuschen wollen. – (j.k.)

Die Offiziere wirbelten

Wuppertal. Mitglieder der Kommunistischen Gruppe Wuppertal, Sympathisanten des KBW, verteilten am Montag, dem 28.6.1976, abends ein Flugblatt vor der Sagan-Kaserne, Fernmeldebetriebsbataillon 810. Darin riefen sie auf, zu einer Veranstaltung über die Bundeswehr und das Militärprogramm der proletarischen Revolution zu kommen. Wenn auch nur wenig Flugblätter verteilt werden konnten wegen der ungünstigen Zeit, so wurde doch großes Aufsehen erregt. Der Bataillonskommandeur, Oberstleutnant Beck, wurde aus seiner Privatwohnung geholt, der Hauptmann Drost vom Stab bequemte sich persönlich, das Verteilen de Flugblätter zu verhindern. Fast jedes Fenster des Gebäudes der Ausbildungskompanie war von interessierten Rekruten belegt. So konnte sich ein Genosse mit einer Rede an sie wenden. Den UvDs und den Wachsoldaten wurde befohlen, alle Flugblätter einzukassieren, wenn sie Soldaten damit sehen sollten. Als Wachsoldaten im Wachlokal das Flugblatt lesen wollten, meinte der Herr Hauptmann, sie sollten die Flugblätter einsammeln, aber nicht lesen. Tags darauf bei der Parole wiesen die Kompaniechefs noch einmal darauf hin, daß es verboten sei, diese Flugblätter an sich zu nehmen, ohne sie anschließend sofort dem MAD oder Vorgesetzten zu geben. Man sieht, eine Heidenangst haben diese Herren Offiziere vor der Entlarvung ihrer und der Bundeswehr Funktion.

Major Lucas von der 4. Kompanie wollte es besonders gut machen. Bei der Mittagsparole hielt er das Flugblatt hoch und meinte, das sei ja wohl nichts Ernstes, als daß man darüber diskutieren könnte. Da stünde drin, die Bundeswehr sei ein Unterdrückungsorgan gegen die Arbeiterbewegung. Und er fragte einen Gefreiten, ob er denn wohl schon einmal Arbeiter unterdrückt habe. – Jedoch blieb seitens der Mannschaften das wohl erwartete Lachen aus.

Um die ganze Angelegenheit positiv zu beenden, stellte er dann eine ganz andere Einladung vor. Da solle man hingehen, und Interessierte sollten sich beim Spieß melden. Es war eine Einladung vom Verband junger Unternehmer Wuppertal. Der lud ein zu einem Streitgespräch.

Der Spieß wartete vergeblich auf Interessierte. Die Sache stank zu offensichtlich. – (u., Soldat in Wuppertal)

„Panzerhusaren in Tradition und Gegenwart“

Sontra (Hessen). Am 1. Juli wurde der Panzerschütze Holger Arendt (1. Kompanie des Panzeraufklärungsbataillons in Sontra) zu acht Tagen Disziplinararrest verurteilt, weil er am 1. Mai in Kassel in Uniform an der Kundgebung des KBW teilgenommen habe. Zivile Spitzel der Feldjäger oder des MAD hatten ihn fotografiert. Das Foto, das ihm als „Beweis“ vorgelegt wurde, zeigte ihn auf der Abschlußkundgebung des DGB.

H. Arendt hat Beschwerde gegen die Disziplinarmaßnahme eingelegt, weil er für die freie politische Betätigung in der Bundeswehr eintritt.

Wenige Tage später, am 5. Juli, wurde der Panzerschütze erneut bestraft, diesmal mit 21 Tagen verschärfter Ausgangssperre. Das heißt, er darf die Kaserne nicht verlassen, sich in der Kaserne nicht in Gemeinschaftsräumen aufhalten und keinen Besuch empfangen. Begründet wurde diese neuerliche Strafe mit „Gehorsamsverweigerung“. Folgendes war geschehen:

Der Panzerschütze hatte sich geweigert, als Fahrer der Bundeswehr an einem Umzug im Rahmen eines Schützenfestes in Sontra teilzunehmen. Die Bundeswehr beteiligte sich an diesem Umzug unter dem Motto „Panzerhusaren in Tradition und Gegenwart“. Welche Tradition und Gegenwart damit gemeint war, wurde dadurch deutlich, daß unter anderem Soldaten in der Uniform der faschistischen Wehrmacht am Umzug beteiligt waren (mit Hakenkreuzen!).

Die einfachen Soldaten haben mit dieser Tradition nichts im Sinn, und man wird lange suchen müssen, bis man einen Wehrpflichtigen findet, der sich der Tradition des Faschismus und der imperialistischen Raubkriege verpflichtet fühlt.

Der Bataillonskommandeur erklärte bei der Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen den Panzerschützen Arendt, von einem Soldaten werde bedingungsloser Gehorsam gefordert, er habe aber das Recht, sich im Nachhinein zu beschweren.

Nach Bekanntwerden der Disziplinarmaßnahmen verteilte das Soldaten- und Reservistenkomitee Kassel in der Kleinstadt Sontra vor der Kaserne und vor einem Supermarkt Flugblätter. Wir hatten auf einem Stand die Presseerklärung des Panzerschützen Arendt veröffentlicht. Der Stand und das Flugblatt stießen auf großes Interesse. Rund 450 Flugblätter wurden verteilt. Einige Leute wollten zunächst gar nicht glauben, daß solche Disziplinarstrafen möglich seien. Recht einhellig empörten sie sich über die Bestrafungen. Sogar einige Zeitsoldaten fanden es richtig, daß H. Arendt diesen Befehl verweigert hatte. Eine Frau meinte, daß es richtig sei, solche Uniformen nicht durch die Stadt zu fahren, auch wenn Bestrafung die Folge sei.

Unser erstmaliges Auftreten in Sontra war deshalb ein Erfolg, weil in der Sontraer Bevölkerung zahlreiche Fragen aufgeworfen wurden, die mit der Armee und der Lage der einfachen Soldaten zusammenhängen.

– (d., Soldaten- und Reservistenkomitee Kassel)

Vertrauensmann sollte „abgewählt“ werden

Intrige mißlungen

Stadt Allendorf. Bei der 1. Batterie des Beobachtungsbataillons 2 in Stadt Allendorf wurde Anfang dieses Jahres von den Mannschaften ein Vertrauensmann gewählt. Es wurde zwar nicht diskutiert, aufgrund welcher Forderungen der Mannschaften der Vertrauensmann arbeiten sollte, aber trotzdem erwarteten viele Soldaten, daß er ihre Interessen gegenüber der Batterieführung vertrete. So hatte dieser Soldat z.B. das Verfahren mit einer Beschwerde angegriffen, in dem der Batteriechef die politische Information durchführt.

Einige Zeit später eröffnete dieser Batteriechef dem Vertrauensmann, daß er beim Truppendienstgericht einen Antrag stellen will, ihn als Vertrauensmann abzusetzen. Der Soldat sei ein Sympathisant des KBW und als solcher könne er das Vertrauen der Offiziere nicht genießen.

Als einige Zeit später dieser Absetzungsantrag in einem Flugblatt öffentlich enthüllt wird und dieses Flugblatt, als es in Stadt Allendorf verteilt wird, auch bei der Bevölkerung auf großes Interesse stößt, ist das für den Offizier zuviel: Er verhört den Soldaten, und als dieser sich weigert, Aussagen zu machen, setzt er einen Befehl um, den er den Mannschaften schon vorher mitgeteilt hat. Der Vertrauensmann darf während der Dienstzeit keine Mannschaftsversammlungen mehr durchführen und als Gipfel dieser Maßnahme, er darf an allen solchen Veranstaltungen nicht mehr teilnehmen.

Mittlerweile hatte der Batteriechef offenbar die stellvertretenden Vertrauensmänner für seinen Plan gewonnen. Diese weigerten sich nämlich, weiter mit dem Vertrauensmann zusammenzuarbeiten. In ihrer Zusammenarbeit mit dem Chef, der ja offenbar das Recht der Mannschaften, über ihren Vertrauensmann selber zu bestimmen, mit Füßen tritt, gingen sie so weit, daß sie unter den Bedingungen dieses Befehls eine Mannschaftsversammlung durchführten, in der sie das Material vortrugen, das der Chef zu dem Absetzungsantrag gesammelt hatte. Als sie verzweifelt zur Abstimmung drängen – zu einer Abstimmung darüber, daß die Soldaten den Vertrauensmann abwählen sollen –, wehren sich die Soldaten dagegen. Erstens seien viele im Urlaub, und zweitens wären viele Soldaten neu versetzt worden und wüßten noch nicht Bescheid. Sie kommen mit ihrem Antrag nicht durch, weil die Soldaten bis auf eine Ausnahme dagegen stimmen.

Unter den Mannschaften setzt darauf eine Diskussion ein mit dem Vertrauensmann. Viele Soldaten sind der Meinung, daß es richtig ist, wenn eine Versammlung stattfindet, auf der der Vertrauensmann Stellung nehmen kann. Sie treten für das Recht ein, daß eben nur die Mannschaften zu entscheiden haben, wer ihr Vertrauensmann ist.

Gleichzeitig stellt es sich aber auch heraus, daß es ein großer Fehler ist, wenn der Vertrauensmann nicht auf der Grundlage konkreter Forderungen, für die er sich einsetzen muß, gewählt wird. – (r., Initiative für ein Soldaten- und Reservistenkomitee Marburg, Stadt Allendorf und Neustadt)

Rechte und Pflichten ...

Budel/Niederlande, 2. Luftwaffenausbildungsregiment. Während einer Unterrichtsstunde zu den Rechten und Pflichten des Soldaten erklärte der unterrichtende Leutnant, daß wir während unserer Ausbildungszeit in den Niederlanden bei Demonstrationen eingesetzt werden können. Nicht nur gegen Streiks und Demonstrationen in der Bundesrepublik soll die Bundeswehr vorgehen; im Rahmen der NATO ist sie Unterdrückungsinstrument auch gegen andere Völker. – (Flieger r., Budel)



Die Kämpfe der spanischen Arbeiter finden breite Unterstützung bei ihren Frauen. Vergleiche nebenstehenden Bericht der Arbeiter von Motor Iberica in Barcelona.

Gespräch mit Arbeitern von Motor Iberica

„Wir werden weiterstreiken ...“

Am 6.7.1976 fand in Santa Coloma de Gramanet, einem Vorort Barcelonas, eine Veranstaltung mit dem katalanischen Protestsänger Luis Llach statt. Solche Veranstaltungen werden in Spanien gewöhnlich zu Protestveranstaltungen gegen das Regime umfunktioniert.

Es waren ungefähr 2 000 Leute im Innenhof eines Lehrerseminars versammelt, in der Mitte Luis Llach. Die Texte der Lieder von Luis Llach sind in Katalonien jedem Antifaschisten bekannt. So war es normal, daß nach den ersten Takten der Gitarre die ganze Versammlung mitsang. Dabei wurden Fahnen geschwenkt und geballte Fäuste hochgehalten. Nach jedem Lied wurden Parolen und Sprechchöre gerufen, z.B.: Ein geeintes Volk kann nie besiegt werden! Es lebe die Arbeiterklasse! Es lebe der Streik von Motor Iberica! Amnistia, Libertad! (Amnestie, Freiheit!)

Plötzlich trat ein Arbeiter von Motor Iberica auf (in Santa Coloma wohnen sehr viele Arbeiter von Motor Iberica) und hielt ungefähr folgende Rede: „Wenn ich euch Einzelheiten des Streiks der Arbeiter von Motor Iberica erzählen würde, wäre das so, als ob ich eine Platte mit einem Sprung auflegen würde. Ihr alle kennt unsere Forderungen, den Verlauf des Streiks und die Besetzung der Kirche von San Andres del Palomar durch unsere Frauen und ebenso die gewaltsame Räumung der Kirche durch die Polizei. Heute morgen haben wir in unserer Versammlung beschlossen, den Streik weiterzuführen, solange wir können. Wir wissen sehr wohl, daß wir uns in einer ungünstigeren Situation befinden als vorher, nämlich wegen der Ferien. Wir alle wissen aber, was wir zu tun haben in den Fabriken, Nachbarschaftskomitees, Schulen und Universitäten. Wir brauchen eure aktive Solidarität, kommt morgen um 20 Uhr nach Barcelona und reiht euch in unsere Demonstration ein. Die Solidarität mit den Arbeitern von Motor Iberica ist eine Solidarität mit der gesamten Arbeiterklasse!“

Danach gab es rasenden Beifall. Der Redner verschwand sofort, weil er der von der Polizei meistgesuchte Arbeiter von Motor Iberica ist.

Das Spendenergebnis für die Streikkasse betrug auf dieser Versammlung ungefähr 1 300 DM.

Danach hatte ich Gelegenheit, ein Interview mit einigen Arbeitern von Motor Iberica zu machen.

Wie hat sich der Streik der Arbeiter von Motor Iberica seit der gewaltsamen Räumung der besetzten Kirche durch die Polizei (s. KVZ Nr. 27) weiterentwickelt?

Zuerst möchte ich noch einmal kurz auf unsere Forderungen und die wichtigsten Ereignisse des Streiks eingehen.

Bei den letzten Tarifverhandlungen von Motor Iberica Anfang April (Motor Iberica hat Haustarif im Gegensatz zu den Tarifverträgen der Metallbranche der gesamten Provinz Barcelona) waren wir klar gegen eine Prozentforderung und für eine Festgeldforderung von 4 000 Pesetas (zirka 150 DM). Außerdem forderten wir die Wiedereinstellung aller Entlassenen seit Mai 1975. Als diese Forderung nicht erfüllt wurde, machten wir als erste Maßnahme dagegen einen Boykott der Überstunden. Dann gingen wir zu einer Arbeitsniederlegung von einer Stunde über, dann anderthalb Stunden, was gleichzeitig ein Unterstützungsstreik für die Forderungen der Metallarbeiter der provinzialen Tarifrunde war. Darauf erließ die Unternehmensleitung gegen 110 Arbeiter ein Ultimatum, in dem sie deren Entlassung androhte, wenn sie sich noch drei „Kleinigkeiten“ erlauben würden. Am nächsten Tag, dem 28. April, beschloß die Versammlung der Arbeiter den Streik. Eine Stunde später kam die Polizei und löste die Versammlung auf.

Beteiligten sich alle Arbeiter von Motor Iberica am Streik?

Nicht ganz. Wir sind 4 550. Davon sind 1 000 Angestellte, Ingenieure und höhere Facharbeiter. Sie streikten zuerst nicht mit. Als am nächsten Tag die Unternehmensleitung eine Abstimmung unter ihnen durchführte, schloß sich die Mehrheit unserem Streik an. Daraufhin gab ihnen die Unternehmensleitung Ferien, um sie zu zerstreuen.

Man kann sagen, daß am Anfang 3 500 streikten. Jetzt streiken noch 2 500. Den Unterschied von tausend machen solche Arbeiter aus, die unentschlossen sind, d.h. arbeiten und sich dann wieder erneut dem Streik anschließen.

Sehr wichtig für unseren Streik war die Aktion unserer Frauen, die 28 Tage die Kirche von San Andres besetzten (siehe KVZ Nr. 27).

Am 25.6., nach 25 Tagen Besetzung, wollte der Gobernador von Barcelona vom Erzbischof die Genehmigung, die Kirche betreten zu dürfen. Wenn er sie nicht bekäme, meinte er, würde er die Mauern einreißen lassen. Der Bischof verweigerte die Genehmigung. Von da an wurden keine Lebensmittel, keine Lehrer, keine Ärzte mehr in die Kirche hineingelassen. Am 28.6., dem dritten Tag der Aushungerung, rissen Einheiten der Polizei die Türen der Kirche ein, warfen die restlichen Nahrungsmittel, Medizin, herumstehende Heiligenstatuen usw. herunter und schlugen auf die Frauen ein. Sie nahmen sich einzelne Kinder vor und zwangen die Widerstand leistenden Frauen zur Aufgabe, indem sie zum Beispiel sagten: „Wenn ihr jetzt nicht rausgeht, breche ich den Arm deines Kindes.“ So wurden die Frauen zur Aufgabe des Widerstands gezwungen.

Die Frauen gingen in einer Demonstration zum Haus des Bischofs, den sie aber nicht antrafen. Am nächsten Tag beschlossen sie, nach Hause zurückzukehren.

Ihr steht jetzt in Verhandlungen mit der Unternehmensleitung? Was sind die Bedingungen?

Gestern, am 5. Juli, fanden die Verhandlungen mit der Unternehmensleitung statt. Das Angebot der Unternehmensleitung war: Entweder 33 Arbeiter sollen vor das Arbeitsgericht (juicio de magistratura, von der Unternehmensleitung gekauft) gestellt werden, oder 3 Arbeiter sollen ihre Entlassung freiwillig akzeptieren, und für 23 Arbeiter wollte das Unternehmen Arbeit in kleineren Unternehmen der Umgebung suchen.

Unsere Versammlung, die jeden Tag im Gewerkschaftshaus in Barcelona tagt (wir werden dabei immer von regierungstreuen Beamten kontrolliert, aber wir haben uns das Lokal der vertikalen Gewerkschaft als Versammlungsraum erkämpft), beschloß: „No acceptar – continuar“ (keine Annahme der Bedingungen – für die Fortsetzung des Streiks).

Welche Erfolgschancen seht ihr für den Streik?

Wie der Genosse vorher schon sagte, ist die Situation im Moment wegen der Ferien ungünstig. Finanziell geht es uns und unseren Familien schlecht. Die Kampfmoral ist jedoch sehr gut.

Wie steht es mit der Solidarität anderer Werke in Barcelona und der internationalen Solidarität?

Die Arbeiter von Seat und zwei anderen Werken in Barcelona legten die Arbeit für eine Stunde nieder. Finanziell wurden wir von den Belegschaften sehr vieler Fabriken, Nachbarschaftskomitees, Einzelpersonen usw. unterstützt, so daß wir seit Anfang des Streiks 5 000 000 Pesetas (knapp 200 000 DM) Unterstützung bekommen haben. Das ist zwar viel Geld, aber wenn man das bei 70 Streiktagen auf z.B. 2 500 Arbeiter umrechnet, bleibt sehr wenig für uns und unsere Familien.

Auf internationaler Ebene haben wir Unterstützung bekommen aus der BRD, Kanada, Belgien, Italien, Frankreich.

Es ist klar, daß wir auf jede Hilfe, moralischer oder finanzieller Art, angewiesen sind.

Wir werden weiterstreiken, solange wir nur irgendwie können!

In zwei Werken von Michelin, Aranda und Valladolid, wurde der Streik abgebrochen

Am 27. Juni fand in Frankfurt die zweite Vollversammlung der UTE (Union der spanischen Arbeiter in der Emigration) statt. Bei dem Kongreß wurde ein Brief des Streikkomitees der Michelin-Arbeiter aus Valladolid (Spanien) verlesen, indem für die Unterstützung des Streiks gedankt und bekanntgegeben wird, daß der mehrwöchige Streik, über den auch in der KVZ berichtet wurde, in zwei Werken mit einem Teilerfolg abgebrochen werden mußte: „Nach dem längsten Streik, den Michelin gekannt hat, bleiben in den drei Werken noch einige Hundert Arbeiter entlassen, aber der Kampf geht unter anderen Formen weiter, und schließlich werden wir den Sieg erringen.“

Erneuter Streik bei der Post

150000 demonstrieren in Bilbao

In der baskischen Hafenstadt Bilbao, dem Industriezentrum an der Nordküste, streiken die Belegschaften mehrerer Großbetriebe gegen die Erschießung der 46-jährigen Begona Mancheca durch die Guardia Civil. Die Frau ist von der spanischen Polizei am vergangenen Freitag erschossen wor-

tischen Massenbewegung in Spanien ausdrückt, wurde von einer regionalen Kommission, bestehend aus zwölf entlassenen Arbeitern, organisiert. Unterstützt wurde sie insbesondere von den Gewerkschaften, die, wie die französische Zeitung schreibt, sich im Norden jetzt zu einer einheitlichen Organistion

ten“ erlauben würden. Am nächsten Tag, dem 28. April, beschloß die Versammlung der Arbeiter den Streik. Eine Stunde später kam die Polizei und löste die Versammlung auf.

Beteiligten sich alle Arbeiter von Motor Iberica am Streik?

Nicht ganz. Wir sind 4 550. Davon sind 1 000 Angestellte, Ingenieure und höhere Facharbeiter. Sie streikten zuerst nicht mit. Als am nächsten Tag die Unternehmensleitung eine Abstim-

handlungen mit der Unternehmensleitung statt. Das Angebot der Unternehmensleitung war: Entweder 33 Arbeiter sollen vor das Arbeitsgericht (juicio de magistratura, von der Unternehmensleitung gekauft) gestellt werden, oder 3 Arbeiter sollen ihre Entlassung freiwillig akzeptieren, und für 23 Arbeiter wollte das Unternehmen Arbeit in kleineren Unternehmen der Umgebung suchen.

Unsere Versammlung, die jeden Tag im Gewerkschaftshaus in Barcelona

wenn man das bei 70 Streiktagen auf z.B. 2 500 Arbeiter umrechnet, bleibt sehr wenig für uns und unsere Familien.

Auf internationaler Ebene haben wir Unterstützung bekommen aus der BRD, Kanada, Belgien, Italien, Frankreich.

Es ist klar, daß wir auf jede Hilfe, moralischer oder finanzieller Art, angewiesen sind.

Wir werden weiterstreiken, solange wir nur irgendwie können!

Erneuter Streik bei der Post

150000 demonstrieren in Bilbao

In der baskischen Hafenstadt Bilbao, dem Industriezentrum an der Nordküste, streiken die Belegschaften mehrerer Großbetriebe gegen die Erschießung der 46-jährigen Begona Mancheca durch die Guardia Civil. Die Frau ist von der spanischen Polizei am vergangenen Freitag erschossen wor-

den bei einer Demonstration in Santurce, einem Vorort von Bilbao. Nach Zeitungsberichten beteiligen sich an dem Streik die Belegschaften des Babcock-Stahlwerkes, einem britisch-westdeutschen Konzern, sowie die Beschäftigten der Werften.

Das Vorgehen der Guardia Civil gegen die Demonstration in Santurce zeigt die neuerliche Verschärfung des staatlichen Terrors gegen die demokratische Bewegung der Volksmassen. Mit der Demonstration sollte der Forderung nach vollständiger Amnestie aller politischen Gefangenen Nachdruck verliehen werden.

Während der gesamten vergangenen Woche wurden Demonstrationen in den spanischen Städten durchgeführt. Dabei haben am Donnerstag, dem 8. Juli, in Bilbao nach Berichten der französischen Tageszeitung „Le Monde“ mehr als 150 000 Menschen demonstriert. Das ist überhaupt die größte Demonstration, die in Spanien seit dem Ende des Bürgerkriegs vor 37 Jahren stattgefunden hat. Hunderte von Transparenten wurden in dem Demonstrationszug mitgeführt, der sich zwei Stunden lang durch die baskische Stadt bewegte. Eine der Hauptparolen war: „Ein geeintes Volk kann niemals besiegt werden!“ Eine andere Parole gab der Forderung der Basken nach Freiheit und Autonomie Ausdruck: „Suarez höre, Euzkadi ist im Kampf!“ Suarez ist der neue vom König ernannte Regierungschef, der Arias Navarro ablöste, und Euzkadi ist in der Sprache der Basken das Baskenland. Die im Anschluß an die Demonstration durchgeführte Kundgebung begann mit einer Schweigeminute, dann streckten alle 150 000 Teilnehmer die Faust und riefen: Genossen von Vitoria, wir werden euch niemals vergessen! Vitoria ist eine Nachbarstadt von Bilbao. Die Arbeiter von Vitoria bildeten im Frühjahr das Zentrum der großen Streikbewegung, an der sich über 300 000 spanische Arbeiter beteiligt hatten. Bei Demonstrationen der Arbeiter von Vitoria hatte die spanische Polizei mehrere Arbeiter erschossen.

Die Demonstration in Bilbao, die in ihrer Einheitlichkeit und Geschlossenheit und politischen Stoßrichtung einen neuerlichen Aufschwung der demokra-

tischen Massenbewegung in Spanien ausdrückt, wurde von einer regionalen Kommission, bestehend aus zwölf entlassenen Arbeitern, organisiert. Unterstützt wurde sie insbesondere von den Gewerkschaften, die, wie die französische Zeitung schreibt, sich im Norden jetzt zu einer einheitlichen Organistion
zusammengeschlossen hätten.

Weitere Demonstrationen fanden in Madrid, Barcelona, Sevilla, Gijon, Lerida, Granada und Valencia statt. Während die spanische Regierung die Demonstration in Bilbao unbehelligt ließ, befahl sie die Zerschlagung der Demonstrationen in Madrid und Barcelona und den meisten anderen Städten. In Madrid, wo sich mehrere Zehntausend Personen beteiligten, wurden über hundert festgenommen und befinden sich noch in Haft. In Barcelona eröffnete die Polizei das Feuer gegen die Demonstranten. Nach Augenzeugenberichten sollen mehrere Personen verletzt worden sein.

Eine der Ursachen für den Aufschwung der demokratischen Massenbewegung ist die Streikbewegung der Arbeiter (siehe auch die nebenstehenden Berichte). Die Beschäftigten der Post haben am 5. Juli einen nationalen Streik begonnen. Der Ausgangspunkt für diesen zweiten nationalen Streik der Postbeamten innerhalb eines halben Jahres war Barcelona. Die Forderung des Streiks ist dieselbe wie im Januar: Einheitliche Erhöhung aller Löhne um 6 000 Pesetas (etwa 225 DM) im Monat und das Recht auf den freien gewerkschaftlichen Zusammenschluß. Der Streik der Postbeamten vom Januar wurde Anfang Februar von der spanischen Regierung verboten durch Unterstellung der Post unter die Militärgewalt. Diese „Militarisierung“ und „Dienstverpflichtung“ der Postbeamten wurde im März wieder aufgehoben.

Nach Korrespondentenberichten haben die Streikenden die Sympathie der Bevölkerung im ganzen Land. Die Preissteigerungsrate allein im Monat Mai betrug nach Angaben der Regierung 4,59 Prozent. Umgerechnet auf das Jahr bedeutet das eine ungeheure Teuerungswelle in Spanien. Ende 1976 werden die Preise um weit mehr als 20 Prozent höher liegen als zu Beginn des Jahres. Der Kampf gegen die Teuerung und für höhere Löhne ist eng verbunden mit dem Kampf für die Beseitigung des faschistischen Regimes. Das Regime wird trotz zunehmender Terrormaßnahmen diese Bewegung nicht mehr anhalten können!

Regierungsbildung in Italien: Auf dem Weg zum „Historischen Kompromiß“

Die Regierungsbildung in Italien nach den Wahlen am 20. Juni, bei denen die Christdemokratie zwar stärkste Partei geblieben ist, die revisionistische KP aber ihre führende Stellung fast erreichte, begann mit einer Konferenz der „Verfassungsparteien“. Damit sind die sechs Parteien gemeint, die nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges die heutige italienische Verfassung ausarbeiteten und deren Vertreter sie beschlossen haben. Es sind dies die Christdemokraten, die KPI, die Sozialistische Partei, die Sozialdemokratische Partei, die Liberale Partei und die Republikanische Partei. Die Führungsgremien dieser „Verfassungsparteien“ berieten jetzt, wie die KPI an der Regierung beteiligt werden und die Regierungspolitik unterstützen soll. Geführt werden wird die Regierung weiterhin von der christdemokratischen Partei An die von der DC geführte Regierung wird die KPI gebunden durch den Posten des Parlamentspräsidenten. Die DC, die als stärkste Partei darauf Anspruch hätte, verzichtete und beschränkte sich auf den Posten des Senatspräsidenten. Weiter soll nach Angaben der französischen Zeitung „Le Monde“ die KPI den Vorsitz mehrerer Parlamentsausschüsse erhalten, u.a. den für die Gesetzgebung verantwortlichen Ausschuß. Die Revisionisten sind damit ihrem Ziel, dem „Historischen Kompromiß“, der die Zusammenarbeit mit den Christdemokraten bedeutet, näher gekommen. Und um die innerparteiliche Opposition an dieses Ziel zu binden, wurde zum Parlamentspräsidenten der bisherige Fraktionschef und KPI-Abgeordnete Ingrao gewählt. Ingrao, der auch Mitglied des Sekretariats der KPI ist, repräsentiert in der Führung der KPI jene Strömung der Partei, die den „Historischen Kompromiß“ ablehnt und gegen eine Zusammenarbeit mit der DC ist. Er hat dies zum Beispiel auf dem Parteitag 1966 zum Ausdruck gebracht, als es darum ging, die Mitte/Links-Regierung durch Stimmenthaltung der KPI-Abgeordneten zu stützen. Man soll aber nicht denken, dieser Mann habe etwas im Sinn mit der Herrschaft der Arbeiterklasse und der Diktatur des Proletariats. Er führt innerhalb der Partei eine „Initiative zur Reform des Staates“!

Generalstreik in Australien

Am vergangenen Montag hat die australische Gewerkschaft „Australian Council of Trade Unions“ (ACTU) einen vierundzwanzigstündigen Generalstreik durchgeführt. Die Aktion, an der sich nach einem Bericht des „Handelsblatts“ 2,5 Millionen Arbeiter beteiligten, richtete sich gegen den Plan der australischen Regierung, vom 1. Oktober an einen Beitrag zur staatlichen Krankenversicherung zu erheben. Der Beitrag soll 2,5 Prozent des steuerpflichtigen Einkommens ausmachen. Außerdem soll es in Zukunft solchen Familien freigestellt werden, die über ein Jahreseinkommen von 27 520 DM verfügen, ob sie Mitglied in der staatlichen Krankenversicherung werden oder bleiben wollen. Bisher wurde die Krankenversicherung, die in dieser Form erst seit einem Jahr in Australien besteht, allein vom Staat finanziert, die Inanspruchnahme war frei. Die gewerkschaftliche Forderung in dem Generalstreik ist, den Beitrag auf 1,6 Prozent festzusetzen und die Mitgliedschaft in der Krankenversicherung für alle Australier, gleichgültig wie hoch ihr Einkommen ist, obligatorisch zu machen.

Französische Armee als Streikbrecher

Am Freitag, 25.6., hat der sozialdemokratische Bürgermeister von Marseille Gaston Deferre (Mitglied der Sozialistischen Partei PS) die französische Armee zu Hilfe gerufen, um den Streik der Arbeiter der Müllabfuhr zu brechen. Der Streik dauerte seit Mittwoch, 23. Juni, unter den Forderungen: „200 Francs (zirka 110 DM) für alle mehr! Respektierung der gewerkschaftlichen Rechte!“ an. Am Samstag waren dann 100 Soldaten der 71. DM (Division Militaire) beim Straßenreinigen

Paris. Im „Gewerkschaftskurier“, eine Publikation der französischen Gewerkschaft CGT in deutscher und französischer Sprache für die Arbeiter und Angestellten der Metallindustrie, wird berichtet, daß die Belegschaften von 185 Betrieben in Frankreich derzeit im Kampf stehen. Insgesamt sind an diesen betrieblichen Kämpfen 125 000 Arbeiter und Angestellte beteiligt.

Die Rivalität der Supermächte um die Meereszufahrten nach Nordeuropa

die sowjetische Marine hat in der Barentssee zwischen der Băreninsel und der norwegischen Küste ein Unterwasserhorchsystem installiert. Das berichtete am 6. Juli die norwegische Zeitung „Verdens Gang“. Zweck dieses Horchsystems ist die Kontrolle der Meeresdurchfahrt durch die sozialimperialistische Supermacht zwischen Spitzbergen und dem norwegischen Festland. Ähnliche Pläne der US-Imperialisten waren kürzlich bekannt geworden. So haben die USA der NATO den Plan vorgeschlagen, die Nordsee zwischen Schottland und Norwegen zu verminen. Das Vorgehen der beiden Supermächte zeigt die Verschärfung ihrer Rivalität im Vorfeld Europas, es zeigt die gesteigerte Kriegsgefahr, die von dieser Rivalität um die Weltherrschaft ausgeht. Anlaß für den Bericht der norwegischen Zeitung war folgender Vorfall gewesen: In der Barentssee hatte sich ein U-Boot in den Netzen eines norwegischen Fischkutters verfangen. Der Kutter befand sich auf offener See etwa auf der Höhe der sowjetischen Insel Nowaja Semlja. Das U-Boot hat den Kutter zertrümmert, die Nationalität des Kriegsschiffes konnte nicht festgestellt werden. – (Nach: Le Monde, 9. Juli)

Interview mit Ali Salem, Mitglied der FPOLISARIO

Befreiungskampf in der Westsahara: „Die militärische Lage ist gut“

Auf ihrer 27. Sitzungsperiode hat die Außenministerkonferenz der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) mit einer Mehrheit von 30 Stimmen bei 10 Enthaltungen und 6 Gegenstimmen einen von Dahomé und Benin vorgelegten Resolutionsentwurf zur Frage der Westsahara beschlossen. Die Resolution fordert u.a. den sofortigen Rückzug aller Besatzungstruppen aus der Sahara und die Achtung der territorialen Integrität und der nationalen Souveränität des saharauischen Volkes. Der Generalsekretär der OAU wird aufgefordert, der 30. Sitzungsperiode der Außenminister im kommenden Februar über die Umsetzung dieser Resolution zu berichten. Aus Protest gegen diese Resolution verließen Marokko und Mauretanien die Sitzung. Diese Resolution ist ein Erfolg für das saharauische Volk in seinem Kampf gegen die marokkanisch-mauretanische Aggression. Sie stärkt die Front der afrikanischen Staaten gegen den Imperialismus. Dieser politische Erfolg beruht auf dem bewaffneten Kampf, den das saharauische Volk entschlossen aufgenommen hat unter Führung der FPOLISARIO zur Erlangung seiner nationalen Unabhängigkeit und für sein Selbstbestimmungsrecht auf seinem nationalen Grund und Boden. In einer Serie von Operationen hatte die Volksarmee den bewaffneten Kampf bis in die Hauptstadt Mauretaniens, Nouakchott, hineingetragen, die 850 Kilometer von der Südgrenze der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) entfernt liegt. Am Morgen des 8.6. beschossen Einheiten der saharauischen Volksarmee die Hauptstadt mit Artillerie. Es gelang ihnen, bis zum Amtssitz des Präsidenten, Moukhtar Ould Dada, vorzudringen und den Palast unter Beschuß zu nehmen. Sie zogen sich zurück und wiederholten den Angriff am Abend des gleichen Tages. Über die aktuelle militärische Lage und die Folgen dieser gesteigerten Angriffe der Volksarmee berichtet Ali Salem, Mitglied der FPOLISARIO, im folgenden Interview.

Wie sieht die aktuelle militärische Lage aus?

Die militärische Lage ist gut nach den Siegen, die die Revolutionäre bei den letzten Operationen gegen die Besatzertruppen errungen haben. Es sind vor allem die Operationen, die am 22. und 23.6. gegen die Hauptstadt Al-Aioun und gegen das Phosphatförderband von Bu'Craa durchgeführt worden sind. In Al-Aioun griffen die Revolutionäre den Flughafen an und setzten zwei Flugzeuge in Brand. Dies sind nur einige Beispiele von vielen. Die militärischen Operationen finden in allen besetzten Gebieten statt. Alle Städte, die die marokkanische Armee besetzt hält, sind Ziel dieser Angriffe. Wir greifen sogar Städte im Innern Marokkos an. Zum Beispiel die Städte Tan Tan, Gilmin und Batih im Süden. Die letzten Operationen, von denen wir Nachricht haben, richteten sich gegen Stützpunkte der marokkanischen Armee, die sich dort befinden. Etwa 30 marokkanische Soldaten sind bei diesen Angriffen ums Leben gekommen. Auf der anderen Seite führen wir Operationen im Süden, in Mauretanien selber durch. Am 26.6. griff die Volksarmee die Stadt Zouirat, das Zentrum der Eisenerzförderung Mauretaniens an. Es ist ebenfalls gelungen, die Besatzertruppen aus Bir Moghrein zu vertreiben. Die militärischen Operationen gehen weiter, sie werden sogar verstärkt. Gerade nach dem Tod des Generalsekretärs Al-Ouali sind sie stärker geworden, sowohl gegen die Aggressionstruppen im Süden als auch im Norden. All diese Operationen der Volksarmee stärken den Kampf des saharauischen Volkes gegen diesen erneuten und jetzt afrikanischen Kolonialismus.



In einem Stützpunkt der FPOLISARIO.

Welche Bedeutung hatte die Operation von Nouakchott, zumal in „Le Monde“ (22. Juni) gestanden hat, daß 200 Kämpfer der Volksarmee bei dieser Operation gefallen sind und ebenso viele verhaftet wurden? Welche Widersprüche sind dadurch in Mauretanien verschärft worden?

Vor jeder Operation, die wir gegen Mauretanien durchführen, richten wir einen Appell an die mauretanische Regierung, ihre Position gegenüber dem saharauischen Volk zu revidieren, aufzuhören, die Interessen des Imperialismus in diesem Gebiet zu vertreten. Aber die mauretanische Regierung will ihre Aggression gegen das saharauische Volk nicht einstellen. Deswegen haben die Revolutionäre diese Operationen durchgeführt, um dem mauretanischen Regime und der mauretanischen Armee zu zeigen, daß sie durchaus in der Lage sind, wenn sie dies wollen, mauretanische Städte zu besetzen, daß sie in der Lage sind, die mauretanische Aggression zurückzuschlagen. Nur weil wir große Hochachtung vor dem mauretanischen Volk empfinden, haben wir diese Operationen so lange hinausgeschoben, bis es nicht mehr ging. Es sind vor allem die Operationen gewesen, die der Genosse Al-Ouali geplant hatte, gegen die mauretanischen Städte, die gezeigt haben, daß im Gegensatz zu den Erklärungen des mauretanischen Regimes und seiner Presse weder das saharauische Volk noch seine Armee vernichtet worden sind.

Als die Operationen liefen, begann die westliche Presse eine Kampagne gegen die FPOLISARIO, bei der sie solche Nachrichten verbreitete wie z.B., daß 200 Kämpfer der Volksarmee gefallen seien, daß so und so viele von ihnen verhaftet worden sind usw. Das stimmt nicht, weil es gegen die Prinzipien des Guerillakrieges verstößt, daß 200, 300 oder 400 Kämpfer gemeinsam einen Angriff durchführen, das wäre kein Guerillakrieg mehr, sondern ein konventioneller Krieg. Aber die mauretanische Regierung mußte, um die Sa-



che aufzubauschen und die eigenen Verluste zu kaschieren, solche Informationen in die Welt setzen, um nicht zugeben zu müssen, daß es kleine Einheiten waren, die die erfolgreichen Angriffe gegen die mauretanische Armee durchgeführt haben. Weiterhin hat das mauretanische Regime behauptet, daß der Genosse Generalsekretär Al-Ouali in diesen Kämpfen gefallen sei. Das ist ebenfalls gelogen. Denn zur gleichen Zeit, als die Angriffe gegen Nouakchott stattfanden, befand sich der Genosse Al-Ouali 300 Kilometer nördlich von Nouakchott. Ein Tag nach dem Angriff hat die marokkanische Luftwaffe den Stützpunkt, in dem er sich mit 8 anderen Genossen befand, ausfindig gemacht und beschossen. Alle neun Genossen sind gefallen. Die Operationen gegen Nouakchott und andere mauretanische Städte haben dazu geführt, daß das Regime empfindlich getroffen hat. Eine Woche später traten der Verteidigungsminister und der Wohnungsbauminister zurück. Es fanden Massendemonstrationen gegen die Regierung und ihre Aggressionspolitik statt, denn das mauretanische Volk unterstützt das saharauische Volk und verurteilt den Krieg, den die mauretanische Regierung gegen unser Volk führt. Es hat sich gezeigt, daß es Widersprüche innerhalb der mauretanischen Regierung und der Armee gibt. Die mauretanische Armee sieht, daß das eigene Land besetzt gehalten wird von marokkanischen Streitkräften, während Mauretanien Teile des saharauischen Territoriums fordert. Das mauretanische Volk und die mauretanische Armee erkennen immer mehr, daß das reaktionäre Regime von Ould Dada die Interessen des Imperialismus und des marokkanischen Königs, Hassan II, vertritt. Es hat sich gezeigt, daß die FPOLISARIO auf internationaler Ebene immer mehr Unterstützung findet, auch wenn die westliche Presse nur verstümmelte Berichte über unseren Kampf bringt. Das saharauische Volk erringt immer mehr Siege im Kampf. Das mauretanische Volk sieht, wie seine Würde und seine Souveränität immer mehr von der eigenen Regierung verletzt werden. Es sieht, daß weder das saharauische Volk noch seine Armee vernichtet worden sind, wie die offiziellen Erklärungen der Regierung es immer wieder behaupten. Das stärkt zweifellos die Massenbewegung in Mauretanien. Es stärkt ebenfalls die einzige Oppositionspartei, die es dort gibt, die Partei der Werktätigen, die von Anfang an auf seiten des saharauischen Volkes und der FPOLISARIO gestanden hat.

Welche Aufgaben haben die Truppen, die das marokkanische Regime in Mauretanien stationiert hat?

Wir meinen, daß dies mit den expansionistischen Plänen Marokkos zusammenhängt. Das marokkanische Regime hat eine Karte, die es die Karte des Großmaghreb nennt. Sie umfaßt alle Teile Algeriens, die Westsahara und Mauretanien bis zur Grenze Senegals. Diese Expansionsgelüste des marokkanischen Regimes sind nicht neu. Es will nicht nur die Westsahara, sondern auch Mauretanien schlucken. Deswegen sind Einheiten der marokkanischen Armee in Mauretanien stationiert. Teilweise wird die mauretanische Armee selber von marokkanischen Offizieren befehligt. Das führt natürlich zu Widersprüchen zwischen beiden Armeen. Im April kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen einer Einheit der marokkanischen Armee und einer Einheit der mauretanischen Armee in Bir Moghrein, die vier Stunden dauerten, bei denen über 20 Soldaten starben und mehrere verletzt wurden. Dies ist ein Ausdruck der Widersprüche zwischen beiden Armeen und zeigt, daß das marokkanische Regime ebenfalls Mauretanien besetzen will, genauso wie es das in der Sahara versucht.

Welche Unterstützung findet der Kampf des saharauischen Volkes in Marokko selbst?

Die politischen Oppositionsparteien in Marokko, die sich als „fortschrittlich“ bezeichnen – das ist die Istiqlal-Partei (Unabhängigkeitspartei), die Sozialistische Partei (gemeint ist die Union Sociale des Forces Populaires USFP, Anm. d. Red.) und die sogenannte Kommunistische Partei – haben sich allesamt auf die Seite des Regimes gestellt. Die Generalsekretäre all dieser drei Parteien haben im Namen des Königs Propagandareisen in verschiedene fortschrittliche und sozialistische Staaten unternommen. Dies zeigt, daß diese Parteien oder zumindest ihre Führer gemeinsame Sache machen mit dem reaktionären Regime.

Nur die marxistisch-leninistischen Gruppen, die alle in der Illegalität arbeiten, unterstützen unseren Kampf vorbehaltlos. Innerhalb der marokkanischen Armee gibt es eine fortschrittliche Bewegung, die „Bewegung des 18. August“. In zwei Erklärungen, die sie herausgegeben hat, hat sie die Aggression des marokkanischen Regimes gegen das saharauische Volk verurteilt und ihre Solidarität mit dem Kampf des saharauischen Volkes für seine Unabhängigkeit erklärt. Was das marokkanische Volk anbetrifft, so haben wir große Hochachtung vor ihm. Wir betrachten es als ein Brudervolk. Einige Werktätige aus Marokko haben in Briefen an die FPOLISARIO erklärt, daß sie den Kampf des saharauischen Volkes gegen die marokkanische Aggression unterstützen. So sieht es heute in Marokko aus.

Die drei großen Parteien der Opposition sind gegen unseren Kampf. Leider nennen sich zwei von ihnen „sozialistisch“ bzw. „kommunistisch“ und arbeiten zusammen mit einem König, der sich „Beherrscher der Gläubigen“ nennt. Dies hat mit Sozialismus und mit Kommunismus nichts zu tun. Das einzige Führungsmitglied der USFP, der eine richtige Position zur Saharafrage hatte, war Oman Ben Jalloud. Zu Beginn der marokkanischen Aggression haben sie ihn ermordet. Das ist die Art und Weise, wie Hassan II mit den fortschrittlichen Politikern umgeht. – Wir sind der Meinung, daß der Kampf, den das saharauische Volk führt, ein Teil des Befreiungskampfes aller Völker in dieser Region ist. Es geht nicht nur um die Befreiung des saharauischen Volkes, sondern auch des mauretanischen, des marokkanischen und des tunesischen Volkes, die von der Reaktion unterdrückt werden. Das saharauische Volk hat den Anfang gemacht und wird den bewaffneten Kampf für die eigene Befreiung bis zum Sieg führen. Wir fordern alle fortschrittlichen Kräfte in diesen Ländern auf, ihre Verantwortung gegenüber unserem Kampf wahrzunehmen. Ich möchte noch hinzufügen, daß die Söhne Mauretaniens und Marokkos einen ungerechten Sache wegen in der Sahara sterben. Das, was sie dort verteidigen, ist das Eindringen des Imperialismus und seine Stärkung in dieser Region. Unsere Aufgabe ist es, dies den fortschrittlichen Kräften klarzumachen und sie aufzufordern, sich auf die Seite des saharauischen Volkes zu stellen in seinem Kampf gegen den Imperialismus und für die Zerschlagung der Reaktion im Maghreb der Völker.

Wie verhält sich die marokkanische Armee gegenüber dem saharauischen Volk in den besetzten Gebieten?

Jede Operation, die die Volksarmee durchführt, wird mit blankem Terror gegen die saharauische Bevölkerung in den von Marokko besetzten Gebieten beantwortet. Vor allem in Al-Aioun und in den anderen besetzten Städten verschleppt die marokkanische Armee Frauen, Kinder und alte Männer in die Gefängnisse. In Tan Tan, in L-Grara und in Smara gibt es z.B. Konzentrationslager gebaut für die Bevölkerung. Aber all das hat die Widerstandskraft des Volkes und seinen Kampfwillen nicht gebrochen.

Ihr habt von Desertationen, Selbstmorden und Nervenzusammenbrüchen in den Reihen der marokkanischen Soldaten berichtet. Wie sieht es damit aus?

Das stimmt. Am Anfang der Aggression glaubten die marokkanischen Soldaten, daß sie gegen die spanischen Kolonialisten kämpfen sollten. Ziemlich schnell haben sie jedoch erkannt, daß sie gegen das saharauische Volk eingesetzt werden. Einige Einheiten haben sich gegen ihre Offiziere erhoben und sich geweigert, gegen das saharauische Volk zu kämpfen. Dies ist auch auf marokkanischem Gebiet vorgekommen. Zum Beispiel in Tan Tan, wo eine Einheit sich geweigert hat, in die Sahara einzumarschieren, was das Regime zwang, eine andere Einheit gegen sie einzusetzen. Wie ich schon gesagt habe, es haben Teile der marokkanischen Armee erkannt, daß dies kein gerechter Krieg ist, bei dem sie gewonnen werden. Immer mehr ist das Regime gezwungen, Söldner einzusetzen, hauptsächlich Spanier, Franzosen und Südkoreaner. Aber auch Jordanien und Saudiarabien unterstützen mit ihrer Luftwaffe, mit Beratern und mit Geld das Regime in Marokko. Doch der entschlossene Kampf des saharauischen Volkes wird den Brudervölkern beweisen, daß weder Geld noch Flugzeuge oder Bomben es von dem Weg der Befreiung abbringen können.

Welche Auswirkungen hat der Tod des Generalsekretärs Al-Ouali auf den Kampf?

Wie ich schon sagte, ist der Genosse Al-Ouali nicht in Nouakchott gefallen, sondern in Oum Tounsi, wo sein Großvater, Ali Ould Niara, im Kampf gegen den französischen Kolonialismus auf Seiten des mauretanischen Volkes gefallen ist. Sein Tod hat uns sehr geschmerzt. Wir haben einen Genossen, einen Bruder und einen Führer verloren, der zu den großen Revolutionären gehört. Aber der Weg des Kampfes, wie er selber ihn mit dem saharauischen Volk beschritten hat, erfordert Opfer. Der Kampf geht weiter, bis das saharauische Volk seine Souveränität und seine Würde auf seinem nationalen Territorium wiederhergestellt hat. Nichts hat sich verändert an unserem Willen, den Kampf fortzusetzen, obwohl uns der Tod des Genossen sehr schwer getroffen hat. Nicht nur das saharauische Volk hat einen revolutionären Führer verloren, sondern alle Völker dieser Region haben einen großen Freiheitskämpfer verloren. Die Auswirkungen sind nicht nur auf die Sahara beschränkt, sondern erstrecken sich auf das gesamte Gebiet. Aber der revolutionäre Wille, mit dem er das saharauische Volk geführt hat, lebt weiter. Dies beweist das Volk und seine Armee tagtäglich im Kampf.

In welcher Phase befindet sich der Kampf des saharauischen Volkes jetzt?

Für uns hat mit dem dritten Jahrestag der Gründung der FPOLISARIO im Mai eine Phase gesteigerter Kampftätigkeit begonnen. Die militärischen Siege der Volksarmee sind begleitet von einer größeren Anerkennung auf internationaler Ebene. Dies ist deswegen nicht so bekannt, weil die Presse, der Rundfunk und das Fernsehen von den Imperialisten beherrscht werden. Sie setzen sie gegen den Kampf unseres Volkes ein, um seine Siege zu vertuschen. Wir sind der Meinung, daß unsere Lage gut ist. Der letzte Beweis dafür ist die Resolution, die Dahomé und Benin dem Gipfeltreffen der OAU vorgelegt haben und die von 30 afrikanischen Staaten unterstützt wurde. Diese Resolution ist ein weiterer Sieg des saharauischen Volkes. In ihr wird der Rückzug der mauretanischen und marokkanischen Truppen aus der Sahara gefordert, die Rückkehr des saharauischen Volkes in sein Land, seine Unabhängigkeit und sein Recht auf Selbstbestimmung und die Unterstützung seines gerechten Kampfes.

Vom deutschen Volk, das wie alle Völker der Welt für Demokratie und Freiheit kämpft, erwarten wir, daß es den gerechten Kampf des saharauischen Volkes unterstützt, genau wie seine revolutionären Organisationen dies tun. Ich danke euch, daß ihr es mir ermöglicht habt, den Standpunkt meines Volkes hier darzulegen.

Erfolgreiche Solidaritätsaktion

Westberlin. Eine Solidaritätswoche mit dem Befreiungskampf des saharauischen Volkes führte die Stadtteilzelle Kreuzberg der Ortsgruppe des KBW durch. Vor einer Lebensmittelfiliale wurden an vier Tagen Stelltafeln, ein Büchertisch und Bildtransparente aufgestellt, womit über den Befreiungskampf des saharauischen Volkes informiert wurde. Gesammelt wurden auf der Straße 60 DM und bei der abschließenden Veranstaltung 100 DM.

Kapitalflucht aus Südafrika

Der Finanzminister des südafrikanischen Siedlerregimes, Horwood, hat mitgeteilt, daß die Kapitalflucht „Ursache für das latente Zahlungsbilanzdefizit" sei. Die Reserve Bank in Pretoria, der Hauptstadt des Siedlerregimes, schätzt die Kapitalflucht auf über eine Millarde Rand (2,98 Milliarden DM). Das berichtete die westdeutsche Kapitalistenzeitung „Blick durch die Wirtschaft" am 5. Juli. Die Zeitung hebt hervor, daß in den letzten Monaten zunehmend Privatpersonen Geld auf ausländische Konten überwiesen hätten. Sie hätten dabei den Devisenfreibetrag ausgenutzt, der jedem Angehörigen des Siedlerregimes jährlich zusteht. Für Auslandsreisen dürfen „Geschäftsleute" bis 3 000 Rand (9 000 DM) und „Privatpersonen" bis 2 000 Rand (6 000 DM) jährlich ausführen. „In den letzten Monaten haben immer mehr Privatpersonen von der Möglichkeit, diese Devisenbeträge zu erhalten, Gebrauch gemacht, ohne eine Reise anzutreten." Ursache für diesen Vorgang ist der Aufschwung des Befreiungskampfes im südlichen Afrika, in Zimbabwe, Azania und Namibia, wodurch sich das Ende der weißen Rassenherrschaft im südlichen Afrika ankündigt. Die weißen Siedler bereiten sich vor.

Fortsetzung des Befreiungskampfes in Ost-Timor

Vom 15. Mai bis 2. Juni hat eine Plenarsitzung des Zentralkomitees der FRETILIN in den befreiten Gebieten von Ost-Timor stattgefunden. In der Erklärung des Zentralkomitees wird erneut die barbarische Aggression gegen ein unabhängiges und freies Land wie Ost-Timor zurückgewiesen. Es fordert den bedingungslosen und sofortigen Abzug der indonesischen Streitkräfte, die sofortige Anerkennung der Resolutionen des Sicherheitsrates der UNO zu Ost-Timor und die Respektierung des undiskutierbaren Rechts des Volkes von Ost-Timor, frei über seine Zukunft zu bestimmen. Das Zentralkomitee bestätigt erneut seine Entschlossenheit, das Volk von Ost-Timor im Kampf gegen die indonesische Aggression und für die nationale Befreiung anzuführen. Wenn die Probleme nicht am Konferenztisch gelöst werden können, heißt es in der Erklärung weiter, „dann ist es notwendig, die Waffen sprechen zu lassen, um unser Recht zu sichern. Das Volk von Ost-Timor, geschmiedet in diesem Befreiungskrieg, hat die Waffen aufgenommen, um seine Einheit zu erfüllen. Der Sieg, obwohl schwierig, ist sicher". (Hsinhua 3.7.76)

Bolivien: Bergarbeiter setzen Streik fort

Bolivien: Bergarbeiter setzen Streik fort

Am 3. Juli habe mehrere Tausend Bergarbeiter im Distrikt Siglo beschlossen, ihren Streik fortzusetzen. Für den Bezirk wurde der Generalstreik beschlossen. Der Grund ist die „Weigerung der Militärbehörden zu Verhandlungen" (Le Monde, 11./12.7.). Die Arbeiter hatten bereits den Streik am 3. Juni begonnen zusammen mit den Bergarbeitern der Bergwerke CAtari, Veinte, Potosi. Der Generalstreik wird geführt von der Bergarbeitergewerkschaft FESTMB. Forderungen sind: Rückzug der Armee aus den Bergwerken, Freilassung aller inhaftierten Arbeiter, Rückgabe aller beschlagnahmten Gewerkschaftslokale und Radiostationen, wirksame Lohnerhöhung. Die Regierung hat die in über 4 000 Meter Höhe in den Anden liegenden Bergwerke durch die Armee belagern lassen. Die Truppen sollen jede Verbindung der Arbeiter mit der übrigen Bevölkerung Boliviens unterbinden und die Lebensmittelzufuhr verhindern. Nachdem es an der Universität La Paz zu Solidaritätskundgebungen gekommen war, hat die Regierung die Hochschule der bolivianischen Hauptstadt für sechs Monate geschlossen. (nach Frankfurter Rundschau, 2.7.)

Chile-Solidaritätsfest

Mit der Aufforderung „Unterstützt den chilenischen Widerstand" hat das Wuppertaler Chile-Komitee am Samstag, 10.7., zu einem Solidaritätsfest eingeladen. 400 nahmen daran teil. Bei chilenischen Getränken und Essen wurde mit Informationsbeiträgen, einem Film und Berichten von chilenischen Flüchtlingen über die heutige Situation in Chile, die Ausplünderung durch die Imperialsiten und ihre Stützung der Junta berichtet.

Der Erlös von 2 300 DM wird dem chilenischen Widerstand übergeben.

Den Spaltungsmanövern der Revisionisten diesmal frühzeitig entgegentreten!

Die Erhebung der schwarzen Massen in Soweto gegen das rassistische Vorster-Regime hat auch den letzten sicher geglaubten Stützpunkt des Imperialismus in Afrika erschüttert. Seite an Seite kämpfen die Völker Azanias, Namibias und Zimbabwes immer entschlossener für ihre nationale Befreiung gegen Imperialismus, Kolonialismus und Rassismus. Deshalb bereiten sich die USA-Imperialisten mit Vorster, wie der Befreiungskampf des Volkes von Azania zu unterdrücken ist; der Sozialimperialismus verstärkt seine Versuche, in die Befreiungsbewegung zu infiltrieren, um zu spalten und Vorwände für seine Einmischung zu schaffen. Mit ihrem Erfolg im Kampf um Angola wird sich die sozialimperialistische Macht nicht zufriedengeben.

Angesichts des Aufschwungs der Kämpfe der Massen verstärken die azanischen Revolutionäre ihre Anstrengungen, eine Einheitsfront aufzubauen. Sie wissen, daß die Einheitsfront des Volkes es unbesiegbar macht. Die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) unterstützt ebenfalls diese Bestrebungen. Dies ist um so nötiger, als die nationale Befreiungsbewegung des Volkes von Azania gegenwärtig noch gespalten ist. Neben dem „African National Congress" (ANC) existiert der „Pan African Congress" (PAC); neue revolutionäre Arbeiter- und Studentenorganisationen sind entstanden. Diese Spaltung ist das Werk der revisionistischen KP Südafrikas (vgl. Interview mit T. Bonga in KVZ Nr. 23, S. 16).

In dieser Situation beginnt die DKP erneut, Legendenbildung zu betreiben, um eine öffentliche Meinung für die nächste Einmischung des Sozialimperialismus im Süden Afrikas zu schaffen. Über das „Antiimperialistische Informationsbulletin" (Nr. 5/76) ließ sie verbreiten: „Der Pan African Congress (PAC) spielt nach Auffassung des ANC dieselbe Rolle im Befreiungskampf in der Republik Südafrika wie die Marionettenorganisationen FNLA und UNITA vor dem Sieg der MPLA."

Der PAC ist eine der azanischen Befreiungsorganisationen. Neben dem ANC wird der PAC ausdrücklich von der OAU anerkannt und unterstützt. Der PAC vertritt die Auffassung, daß das Volk von Azania sich im Vertrauen auf die eigene Kraft befreien und gegen jede Einmischung der beiden Supermächte in seinen Befreiungskampf kämpfen muß. Deshalb hat er auch die Einmischung der beiden Supermächte in den Befreiungskampf des angolanischen Volkes verurteilt. Selbstverständlich hat dies den Sozialimperialismus mit Haß erfüllt. Ist es doch seine Methode, sich unter dem Vorwand der Unterstützung des Kampfes gegen das Vorster-Regime in das Vertrauen der afrikanischen Völker einzuschleichen, um sie von sich abhängig zu machen. Ist er es doch, der sich in Gestalt der revisionistischen KP Südafrikas bereits eine Agentur im Land geschaffen hat, um seine imperialistischen Interessen gegen das Volk von Azania durchzusetzen.

Wenn jetzt die Revisionisten anfangen, den PAC mit FNLA und UNITA gleichzusetzen, so ergibt sich daraus zweierlei. Dies entlarvt erneut ihr Vorgehen gegen das angolanische Volk, wo Revisionismus und Sozialimperialismus frühzeitig zwei der drei Befreiungsorganisationen als konterrevolutionär diffamiert haben, um so Spaltung zu betreiben und ihre Einmischung vorzubereiten. Vor allem aber muß dies die Wachsamkeit aller Revolutionäre erhöhen, wenn Revisionismus und Sozialimperialismus jetzt beginnen, erneut eine Legende gegenüber den Befreiungsorganisationen des Volkes von Azania zu bilden, um so die vorhandene Spaltung aufrechtzuerhalten, die Einigungsbemühungen zu sabotieren und Vorwände zur Einmischung zu schaffen.

Kann es einen wundern, daß die Zeitschrift „Arbeiterkampf" in ihrer jüngsten Ausgabe nachzieht und den PAC als „Spaltergruppe" diffamiert? Nein! Sowohl die DKP wie auch der KB (Nord) waren und sind in Westdeutschland und Westberlin diejenigen, die die Einmischung und Aggression der Sozialimperialisten und ihrer Söldnertruppen gegen das angolanische Volk verherrlichen und propagieren. Jetzt sind es dieselben beiden Organisationen, die bereits dabei sind, eine öffentliche Meinung für das nächste Manöver der sozialimperialistischen Macht gegen die Völker im Süden Afrikas zu schaffen.

Der sozialimperialistischen Macht, den revisionistischen Parteien ist es im Falle Angolas über Jahre hinweg gelungen, imperialistische Legendenbildung zu betreiben, eine der Befreiungsorganisationen Angolas als revolutionär zu propagieren, die beiden anderen als konterrevolutionär zu diffamieren. So haben sie Teile der Solidaritätsbewegung mit den Völkern Afrikas getäuscht und die bewaffnete Einmischung vorbereitet. Es ist gut, daß sie jetzt frühzeitig ihre schmutzigen Absichten herausgelassen haben. Somit kann von den Marxisten-Leninisten und der Solidaritätsbewegung mit den kämpfenden Völkern im Süden Afrikas die erneute Bildung eines Rauchvorhangs vor der Einmischung der sozialimperialistischen Macht frühzeitig zerrissen, der Kampf der Revolutionäre Azanias um die Bildung einer Einheitsfront unterstützt und in Westdeutschland erneute Täuschung und Spaltung der Solidaritätsbewegung verhindert werden. – (hjh)



Zwei der LKW's, die die Regierung der Volksrepublik Mozambique der ZANLA, der Zimbabwe-Befreiungsarmee, geschenkt hat, erreichen gerade ein Ausbildungslager der ZANLA in Mozambique. Die ZANLA-Befreiungsstreitkräfte haben zur Durchführung der Aktionen gegen das rhodesische Siedlerregime großen Bedarf an Transportmitteln.

Befreiungskampf in Zimbabwe

Lieder für die politische Erziehung in der ZANLA

In der ZANLA, der Befreiungsarmee Zimbabwes unter der politischen Führung der ZANU, wird die politische Erziehung jeden Morgen beim Appell durch gemeinsam gesungene Lieder eingeleitet, von denen wir einige im folgenden wiedergeben.

Grundsätze, die jeder Kämpfer beachten muß

Es gibt Wege, denen ein Kämpfer folgen muß:
1. Wir dürfen unseren Massen kein Eigentum rauben.
2. Wir müssen für alles, was wir nehmen, bezahlen.
3. Wir müssen die Massen mit Achtung behandeln, so daß sie die Ziele unserer Partei gut verstehen.
4. Wir müssen unseren Massen beibringen, den Volkskampf zu verstehen.
5. Wir müssen die Unterstützung der Massen gewinnen, so daß unser Krieg der Volkskrieg wird.
6. Laßt uns alle Unmoral verhindern in unserem Chimurenga-Krieg.
7. Laßt uns den Führern alles geben, was wir vom Feind erbeuten.
8. Wir müssen Vertrauen in die Massen haben.

Das sind die Lehren des Vorsitzenden Mao Tsetung.

Der Soldat des Volkes

Der Soldat des Volkes muß weiterkämpfen.
Wenn ich sterbe, nimm mein Gewehr und kämpfe weiter, bis Zimbabwe vollständig befreit ist!
ZANU-Kämpfer, ZANLA-Kämpfer! Greif an!
Was ist zu tun?
Sich ausbilden und dann – wir gehen in die Schlacht!
Wenn wir von Unabhängigkeit reden, sperren sie uns ein!
Wenn wir von Unabhängigkeit reden, schießen sie auf uns!
Der einzige Weg, uns zu befreien, ist, daß wir die Gewalt der Waffen gebrauchen!

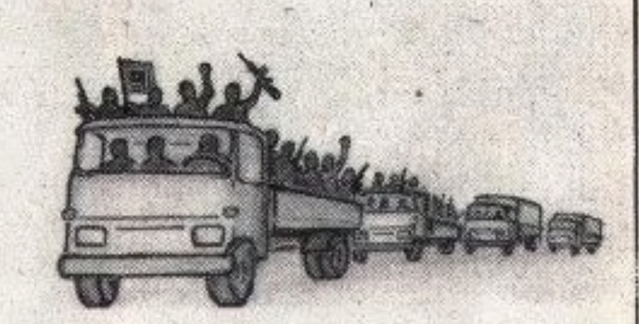
All ihr Leute, ihr sollt nicht vergessen:

Zimbabwe wird frei sein!
Ausverkäufer, ihr sollt nicht vergessen!
Zimbabwe wird siegen!
Smith, du sollst nicht vergessen:
Wir werden Zimbabwe gewinnen!
Dupont-Wee, du sollst nicht vergessen: Zimbabwe wird gewonnen sein!
Freunde, helft uns für den Anfang, und den Rest werden wir in Zimbabwe finden.

ZANU-Kämpfer sprechen, wenn sie sterben

Die tapferen ZANU-Kämpfer hinterlassen, wenn sie sterben, eine klare Botschaft.
Die Botschaft heißt: Nimm das Gewehr und befreie dich selbst!
Takawira hinterließ die Botschaft:
Nimm das Gewehr und befreie dich selbst!
Mulambo hinterließ die Botschaft:
Nimm das Gewehr und befreie dich selbst!
Molamini ...
Chitepo ...
Viele heldenhafte ZANU-Kämpfer hinterließen eine Botschaft:
Wir sollen die Gewehre beschaffen und uns befreien!
Wenn ich sterbe, zieh dich nicht zurück, nimm das Gewehr, geh voran, um dich zu befreien!

4 Lastwagen für den Befreiungskampf in Zimbabwe



ZANU-Spendenkonto:
Volksbank Mannheim
Kto Nr.: 106 83 26

Kontostand am 9.7.76:
DM 38 471,51

Spenden zur Unterstützung des Volksbefreiungskampfes in Zimbabwe

Bielefeld. Bis zum 30. Juni wurden 15 große Säcke Kleidung, ein Fotoapparat, ein Radio und eine Uhr zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe gesammelt. Für die vier Lastwagen wurden 2 400 DM gespendet.

Westberlin. Zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe und für die vier LKW wurden in Westberlin bis zum 13. Juli insgesamt 3 575 DM gespendet.

Kiel. Für den Befreiungskampf in Zimbabwe wurden 15 Nähmaschinen, eine Tonne Kleidung und 3 230,39 DM für Zubehör zu einer Schneiderwerkstatt und für Frachtkosten gesammelt.

Achim bei Bremen. Bei einem Solidaritätsfest konnten für den Befreiungskampf in Zimbabwe 63,15 DM gesammelt werden. Trotz kurzfristigen Platzverbots durch den Vorstand des Fußballvereins, der unter Druck der Stadt Achim und mit Einsatz von Polizei und bekannten Spitzeln handelte, wurde das Fest auf einem anderen Platz erfolgreich abgeschlossen.
delte, wurde das Fest auf einem anderen Platz erfolgreich abgeschlossen.
Insgesamt nahmen über 40 Menschen am Fest teil. Auf einer Veranstaltung des KBW zum Kampf der Völker für ihre Befreiung vom Imperialismus wurden 44 DM für die ZANU gesammelt.

Augsburg. Auf einer Solidaritätsveranstaltung zugunsten des Befreiungskampfes der Völker des südlichen Afrika am Freitag, 9. Juli, wurden 600 DM für die ZANU ersteigert.

Weingarten. Die Kommunistische Hochschulgruppe der Pädagogischen Hochschule Weingarten konnte 786 DM für die ZANU-Lastwagen sammeln. Bei einem großen Zimbabwe-Solidaritätsfest mit Versteigerung eines ZANU-Kuchens, Schießbude, Flohmarkt, Bier- und Würstchenverkauf wurden über 700 Mark zusammengebracht. Der Rest ist aus Sammlungen in der Pädagogischen Hochschule. Gleichzeitig wurden viele Kleider abgegeben, so daß zwei weitere große Pakete demnächst verschickt werden können.

Darmstadt. Bisher wurden in Darmstadt für die 4 LKWs für die ZANU insgesamt 2 144,55 DM gesammelt.

Mainz. Im Rahmen des Sommerfestes des AStA der Universität führte der KSB einen Stand durch, um Geld für die ZANU zu sammeln. Es wurde Bowle verkauft und man konnte auf Büchsen werfen, die Bilder von bürgerlichen Politikern trugen, nach dem Motto: Gebt den bürgerlichen Politikern eins auf die Dose! Der Stand fand großen Anklang, auch die Stelltafeln zum Befreiungskampf in Zimbabwe wurden rege gelesen. Das Sammlungsergebnis sind 285 DM, die auf das Spendenkonto überwiesen werden.

Lüneburg. Auf einem Zimbabwe-Solidaritätsfest der Kommunistischen Studentenzelle zum Schluß des Sommersemesters 1976 an der Pädagogischen Hochschule wurden 150 DM als Spende für den Befreiungskampf, d.h. für die vier Lastwagen, zusammengebracht. Es waren ca. 30 Genossen und Freunde anwesend.

Zwei Artikel aus der Peking-Rundschau

Die Massen sind die wahren Helden

„Die Massen sind die wahren Helden", dafür bringt die Peking Rundschau Woche für Woche reichhaltiges Belegmaterial über das Vorantreiben der Revolution in China. In ihren jüngsten Ausgaben wurden mehrfach Artikel aus der chinesischen Presse wiedergegeben, die sich gegen die Theorie von der Undurchschaubarkeit des Linienkampfes richten und die belegen, daß der Kampf gegen den Wind von rechts vielerorts schon geführt wurde, bevor er vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei zusammengefaßt und angeleitet wurde. Die von Millionen in fortdauernden Kämpfen und durch Studium gewonnene Fähigkeit, die falsche Linie zu erkennen und anzugreifen, ist die sichere Grundlage für das Voranschreiten der Revolution. Im folgenden zwei Artikel aus der Peking Rundschau Nr. 23/1976.

Wer die Zeitungen der jüngsten Zeit aufschlägt, wird ständig Berichte über diejenigen Genossen in einigen Grundeinheiten finden, die bereits im vorigen Jahr bewußt dem von Deng Hsiao-ping angefachten Wind von rechts zur Revision gefällter richtiger Urteile eine Abfuhr erteilten. Diese Berichte sind von hohem erzieherischem Wert und ein großer Ansporn.

Es ist allgemein bekannt, daß die revolutionären Lehrer und Studenten an der Tjinghua- und Peking-Universität wie auch im Landwirtschaftsinstitut Tschaoyang von Anfang an einen kompromißlosen Kampf gegen die revisionistische Linie Deng Hsiao-pings geführt haben. Im folgenden einige Beispiele aus anderen Orten:

Als das Programm „Die drei Weisungen als das Hauptkettenglied betrachten" im Blei- und Zinkbergwerk Tschaiho in der nördlichen Gebirgsregion der Provinz Liaoning bekannt wurde, hielt der Sekretär des Parteikomitees seine „Mannschaft" dazu an, die Weisungen des Vorsitzenden Mao gewissenhaft zu studieren und jenem Programm entschlossen entgegenzutreten. Sie beschlossen, die Losung „Die drei Weisungen als das Hauptkettenglied betrachten" beim Verfassen von Artikeln, in Reden oder in für höhere Organisationen bestimmten Berichten nicht zu verwenden, sondern „Den Klassenkampf als das Hauptkettenglied betrachten und an der grundlegenden Linie der Partei festhalten" zu nehmen,
legenden Linie der Partei festhalten" zu nehmen,
wie der Vorsitzende Mao uns es immer wieder gelehrt hat.

Im Sommer vorigen Jahres tauchte das von Deng Hsiao-ping ausgeheckte Programm „Die drei Weisungen als das Hauptkettenglied betrachten" im Schanghaier Eisen- und Stahlwerk Nr. 5 auf. Da wurde ein Genosse der Theoriegruppe der 2. Werkstätte gefragt: „Ist ‚Die drei Weisungen als das Hauptkettenglied betrachten' wirklich richtig?" Er antwortete entschieden: „Falsch, das stimmt nicht mit den konsequenten Lehren des Vorsitzenden Mao überein." Der Sekretär einer Zelle des Kommunistischen Jugendverbandes in der Schanghaier Hsinghuo-Ersatzteilfabrik stellte im letzten Juli auf einer Kadersitzung der ganzen Fabrik klar und deutlich fest: „ ‚Die drei Weisungen als das Hauptkettenglied betrachten', das bedeutet in der Tat, dagegen zu kämpfen, daß Wirtschaft und berufliche Tätigkeit von der Politik kommandiert werden."

Nachdem der Sekretär der Parteizelle der Produktionsbrigade Hsiaodjindschuang im Kreis Baodi der Stadt Tientsin von der Losung „Die drei Weisungen als das Hauptkettenglied betrachten" gehört hatte, spürte er, daß daran etwas faul war. Er gab es nicht an die Massen weiter, geschweige denn, daß er es durchführt. Angesichts des üblen Windes, den Deng Hsiao-ping zur Attacke gegen die Brigade Hsiaodjingdschuang und zu deren Verleumdung entfacht hatte, geriet die Parteizelle nicht ins Wanken, und die armen Bauern und unteren Mittelbauern gaben nicht nach. Sie erklärten: Auch ein ‚Taifun der Windstärke 12' ist nichts Erschreckendes! Laßt uns zur Tat schreiten und ihm entgegenarbeiten!"

Ein 22jähriger Soldat der 6. Kompanie einer Einheit der Garnison Wuhan hörte im September vorigen Jahres die Wiedergabe einer „Rede" Deng Hsiao-pings und bemerkte, daß es den Lehren des Vorsitzenden Mao widersprach, wenn Deng Hsiao-ping nicht über den Klassenkampf und die Linie, sondern zungengewandt über die „Neordnung" sprach und den Unsinn verbreitete, eine bittere Schlacht schlagen hieße eine „Stahlschlacht führen" usw. Im Zusammenhang mit dem früheren Gerede Deng Hsiao-pings von „weißer Katze, schwarzer Katze" hielt er dies für eine wichtige, die Linie betreffende Frage und entschloß sich, dem Vorsitzenden Mao einen Brief zu schreiben, in dem er seine Ansichten darlegte.

Man könnte noch viele Beispiele dieser Art aufzählen.

Unser großer Führer, der Vorsitzende Mao, hat uns stets gelehrt, daß die Massen die wahren Helden sind. Der Vorsitzende Mao hat in der Großen Proletarischen Kulturrevolution immer wieder die Initiative der Volksmassen unterstützt, viele neue Dinge entdeckt, zusammengefaßt und verbreitet und so die Entwicklung der ganzen Bewegung ständig vorangetrieben. Im Kampf zur Kritik an Deng Hsiao-ping und zur Abwehr des Windes von rechts stellte der Vorsitzende Mao wieder einmal fest: *„Die wahren Helden sind die Massen, wir aber sind naiv bis zur Lächerlichkeit."* Und: *„Sehr oft sind die auf unterer Ebene weiter als jene auf höherer Ebene und die Massen weiter als ihre Leitung; die Leiter sind hinter den gewöhnlichen Werktätigen zurück, weil sie von den Massen abgelöst sind und es ihnen an praktischen Erfahrungen mangelt."* Die Tatsachen haben diese vom Vorsitzenden Mao treffend dargelegte Wahrheit des historischen Materialismus voll und ganz bestätigt und bewiesen, daß die breiten Massen, durch die Große Proletarische Kulturrevolution gestählt, ihr Bewußtsein für den Klassen- und Linienkampf und ihre Fähigkeit, den wahren Marxismus vom falschen zu unterscheiden, beträchtlich erhöht und ihre Immunität und Kampfkraft gegenüber dem Revisionismus bedeutend gestärkt haben. Mit so heldenhaften Volksmassen wird unsere Partei und unser Land große Erfolge erzielen und eine glänzende Zukunft haben.

Warum wagen diese einfachen Massen und Kader der Grundeinheiten, gegen die revisionistische Linie Deng Hsiao-pings zu kämpfen? Weil sie standhaft die Theorie des Vorsitzenden Mao über die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats praktiziert haben. Durch die große Kulturrevolution sind die Analyse des Vorsitzenden Mao über die Klassen und den Klassenkampf in der sozialistischen Gesellschaft und seine Lehre „Niemals den Klassenkampf vergessen" bereits in ihrem Denken fest verwurzelt. Sie wollen Revolution und Fortschritt und verlangen, das bürgerliche Recht Schritt für Schritt einzuschränken, die „Muttermale der alten Gesellschaft" auf allen Gebieten der ökonomischen Basis und des Überbaus beständig zu beseitigen und Bedingungen zu schaffen, unter denen die Bourgeoisie weder existieren noch aufs neue entstehen kann. Sie wissen, daß das grundlegende Anliegen der über 95 Prozent der ganzen Bevölkerung ausmachenden Volksmassen ist, den sozialistischen Weg zu gehen. Die Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg, die die revisionistische Linie verfolgen und auf Restauration und Rückschritt hinarbeiten, stehen voll und ganz im Gegensatz zum Willen der breiten Massen. Man muß sich zum Kampf gegen sie erheben. Dieser proletarische revolutionäre Geist ist sehr kostbar und für jedermann des Nacheiferns wert.

Die Volksmassen kämpfen nicht nur standhaft gegen den Revisionismus, sondern verstehen es gut, ihn zu durchschauen. Das deshalb, weil sie sich bemühen, sich mit dem Marxismus, dem Leninismus, den Maotsetungideen zu wappnen. Die oben erwähnten Genossen spürten, sobald die revisionistischen Ladenhüter Deng Hsiao-pings auftauchten, sofort, daß daran etwas faul war. Sie waren dazu imstande, weil sie, ohne Ausnahme, die Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin sowie die Schriften des Vorsitzenden Mao gewissenhaft studiert und sich die grundl egenden Auffassungen des Marxismus fleißig angeeignet hatten. Es ist der Marxismus, dieses politische Teleskop und Mikroskop, das ihren Gesichtskreis erweitert und ihren Blick schärft. Wie sich die Revisionisten auch immer herausputzen und wie vieler Tricks sie sich auch immer bedienen mögen, Schleier und Maske werden ihnen heruntergerissen werden. Ist der Linienkampf etwas Unerkennbares? Ist man dazu verurteilt, irregeführt und betrogen zu werden? Nein. Es hängt davon ab, ob man sich bemüht, *„gewissenhaft Bücher zu lesen und zu studieren, den Marxismus sich zu eigen zu machen"*.

Seit der Großen Proletarischen Kulturrevolution hat der Vorsitzende Mao mehrfach betont, daß eine Linie, eine Anschauung ständig erläutert, wiederholt erläutert werden muß, und gesagt: *„Man muß sie die breiten revolutionären Massen wissen lassen."* Als der Vorsitzende Mao die Frage stellte, warum Lenin von Ausübung der Diktatur über die Bourgeoisie sprach und daß man sich darüber Klarheit verschaffen muß, unterstrich er auch: *„Dies muß dem ganzen Land bewußt gemacht werden."* Als der Vorsitzende Mao den Aufruf zur Entfaltung der Kritik des Romans „Geschichten vom Liangschan-Moor" erließ, betonte er aufs neue: *„Es . . . hilft den Volksmassen, Kapitulanten zu erkennen."* Indem der Vorsitzende Mao den Kampf der zwei Linien innerhalb der Partei unter die Massen brachte und Hunderte Millionen der Volksmassen dazu mobilisierte, den Revisionismus zu entlarven und zu kritisieren, hat er eine äußerst wichtige neue Erfahrung für die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats geschaffen. In der gegenwärtigen Bewegung zur Kritik an Deng Hsiao-ping müssen wir diese Erfahrung gut anwenden. Die jetzige Kritik an Deng Hsiao-ping wird unter der Führung der Parteikomitees aller Ebenen geübt. Die Leitungsgremien müssen von den Massen lernen, die auf höheren Ebenen von denen auf unteren. Wir müssen noch vollständiger die Massen mobilisieren, ihre Initiative entfalten, ihre Weisheit konzentrieren, sie dazu anleiten, der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao gemäß voranzuschreiten, die konterrevolutionäre revisionistische Linie Deng Hsiao-pings tiefgehend und gründlich zu kritisieren und den großen Kampf zur Abwehr des Windes von rechts zu Ende zu führen.

(Leitartikel der „Renmin Ribao vom 29. Mai)

Weite Verbreitung der Maotsetungideen

Von Sun Ying-fang

Als die Große Proletarische Kulturrevolution vor zehn Jahren begann, erhob sich auch unser Dorf, eine Ortschaft voller Flüsse und Kanäle. Damals war ich 19 Jahre alt und arbeitete als Vizeleiterin der Produktionsbrigade. Dem Aufruf des Vorsitzenden Mao *„Ihr müßt euch um die Angelegenheiten des Staates kümmern und die Große Proletarische Kulturrevolution zu Ende führen!"* folgend und mit tiefem Haß gegen den Renegaten, versteckten Kollaborateur und Arbeiterverräter Liu Schao-tschi stürzte ich mich in diesen großen Kampf.

Als ich sah, wie die Massen im Ostdort Dazibaos anbrachten mit scharfer Kritik an Liu Schao-tschi, geriet ich in größte Unruhe, weil ich kaum lesen und schreiben konnte.

Im Westdorf wurden Versammlungen abgehalten, auf denen die Massen Tatsachen und Argumente gegen die konterrevolutionäre revisionistische Linie Liu Schao-tschis vorbrachten, sie aufs Schärfste kritisierten und verurteilten. Ich war noch weniger zufrieden mit mir, weil ich die Kritik nicht theoretisch vertiefen konnte.

An einem Morgen im Frühjahr 1967 veranstaltete die Kommune eine Kritikversammlung. Auf dieser Versammlung verurteilte ich Liu Schaotschis Verbrechen der Zersetzung der Kollektivwirtschaft. Ich führte eine Menge von Tatsachen an – vom Kontrast zwischen der neuen und der alten Gesellschaft bis zum Vergleich der Einzelwirtschaft, dieses „schmalen Steges", mit der Volkskommune, dieser breiten und hellen Straße. Doch war ich außerstande, die reaktionäre Natur der revisionistischen Linie Liu Schaotschis auch theoretisch gründlich zu kritisieren.

Als die Versammlung zu Ende war, hatte ich das Gefühl, die mir von den armen Bauern und unteren Mittelbauern übertragene Aufgabe nicht gut zu erfüllen. In jener Nacht konnte ich nicht schlafen und dachte lange über vieles nach.

Ich war von den Massen zum führenden Kader gewählt worden. Ich war entschlossen, erfolgreich zu arbeiten, und ging seit Jahren bei der Teilnahme an der produktiven Arbeit immer voran. Dafür wurde ich auch von der Parteiorganisation ausgezeichnet und von den armen Bauern und unteren Mittelbauern gelobt. Ich glaubte, es genüge, wenn ich so weiter machte. Aber die Versammlung lehrte mich: Die Situation entwickelt sich, und der Kampf – ein Kampf ohne Gewehre – erfaßt auch unsere Köpfe. Wenn man den Revisionismus kritisieren und den Sozialismus aufbauen will, muß man sich die revolutionäre Theorie aneignen.

Von da an wollte ich wirklich lesen und schreiben lernen und Theorie studieren. Beim Lesen der Werke des Vorsitzenden Mao stieß ich auf unzählige mir fremde Wörter. Ich ließ mich jedoch nicht entmutigen und bat andere, mir zu helfen. Manchmal vergaß ich sogar Essen und Schlafen.

Die Klassenbrüder sorgten sich um mich: „Du solltest dich mehr um deine Gesundheit kümmern!"

Der Klassenfeind verspottete mich: „Einem Mann, der mit achtzig Trompete spielen lernt, geht, selbst wenn er es schafft, am Ende die Luft aus." Aber die Unterstützung der Parteiorganisation und der armen Bauern und unteren Mittelbauern hat mich sehr ermutigt und mir Kraft verliehen. Ich war entschlossen, trotz allen Schwierigkeiten mein Ziel zu erreichen.

Schon beim ersten Satz der „Kritik des Gothaer Programms" hatte ich Schwierigkeiten. „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur." Marx erklärte, dies sei eine opportunistische Ansicht, und schrieb: *„Die Arbeit ist **nicht die Quelle** alles Reichtums."* Wie soll man diese Frage richtig begreifen? Das Getreide wird von uns Bauern angebaut, das Tuch von Arbeitern gewebt und die Kultur von den Werktätigen geschaffen. Warum wird also gesagt: *„Die Arbeit ist **nicht die Quelle*** alles Reichtums"?

Ich suchte Antwort bei den armen Bauern und unteren Mittelbauern. Ein alter armer Bauer sagte mir: „In der alten Gesellschaft schufteten wir armen Bauern und unteren Mittelbauern das ganze Jahr hindurch als Knechte oder Tagelöhner. Aber was hatten wir davon? Nichts. Die Grundherren und Großbauern aber wurden durch unsere Arbeit immer reicher und dicker." Aus seinen Worten habe ich erkannt, daß zur Lösung dieses Problems eine Klassenanalyse nötig ist. Ich studierte dann wiederholt die Schriften „Kritik des Gothaer Programms" und „Manifest der Kommunistischen Partei" und durchschaute immer klarer die reaktionäre Ansicht von Lassalle, der versuchte, das Wesentliche, nämlich die jahrtausendelange Ausbeutung der der Produktionsmittel verlustig gegangenen Werktätigen in der Klassengesellschaft, zu verbergen. Diese Auffassung schwätzt von „Arbeit" verschweigt aber die Voraussetzung, daß die Sklavenhalter, die Grundbesitzer und die Kapitalisten „sich zu Eigentümern der gegenständlichen Arbeitsbedingungen gemacht haben" und daß die Sklaven, die Bauern und die Arbeiter nur Sklaven der anderen Menschen sein müssen. Lassalles Redensarten liefen der Klassenanalyse zuwider und vertuschten den Klassenkampf. Sie sind daher absurd und opportunistisch. Nun erst hatte ich den glänzenden Gedanken Marx' *„Die Arbeit ist **nicht die Quelle** alles Reichtums"* klarer begriffen.

Es ist äußerst wichtig, ohne Unterbrechung die Theorie zu studieren. In den vergangenen acht Jahren habe ich die vier Bände „Ausgewählte Werke" von Mao Tsetung, das „Manifest der Kommunistischen Partei", die „Kritik des Gothaer Programms", „Staat und Revolution" und andere Werke des Marxismus-Leninismus sowie einige Werke der Legalisten gelesen und meine Erkenntnisse beim Studium sowie einige Kritikartikel niedergeschrieben.

„Lesen ist Lernen, aber die praktische Betätigung ist auch ein Lernen, und zwar eine noch wichtigere Art des Lernens." Dieser Lehre des Vorsitzenden Mao gemäß achte ich stets darauf, daß die revolutionäre Theorie eine revolutionäre Praxis anleitet.

Im Frühjahr 1971 wurde ich zur Sekretärin der Parteizelle unserer Produktionsbrigade gewählt. Ich habe oft überlegt, wie die Rückständigkeit der 4. Produktionsgruppe durch das Studium der revolutionären Theorie geändert werden könnte.

Die Kader dieser Produktionsgruppe sagten, ihre niedrig gelegenen Felder trügen nur wenig, und die Produktionsbedingungen seien sehr schlecht. Die Kader der Produktionsbrigade jedoch sagten, die Leitung der Gruppe sei schwach. War dies der wirkliche Grund für die Rückständigkeit? Durch wiederholtes Studium der Darlegungen von Marx, Engels, Lenin und Stalin sowie des Vorsitzenden Mao über den Klassenkampf, durch eingehendes Studium der grundlegenden Linie der Partei kam ich zur Einsicht, daß alle diese Argumente nicht die wirkliche Ursache für die Rückständigkeit der 4. Produktionsgruppe aufdeckten und daß man vom Standpunkt des Klassenkampfes und der Klassenanalyse ausgehend an die Frage herangehen mußte. *„Hakt man beim Klassenkampf ein, dann können alle Probleme gelöst werden."* Wir handelten nach der Weisung des Vorsitzenden Mao und verschafften uns bald Klarheit über die wirkliche Ursache: Eine Handvoll Klassenfeinde nutzten Stammesgefühle aus, um die revolutionäre Einheit und die Bewegung zum Lernen von Dadschai in der Landwirtschaft zu sabotieren. Wir mobilisierten die Massen und enthüllten gründlich die Realität des Klassenkampfes, wodurch sich sowohl Revolution als auch Produktion sehr schnell entwickelten und sich das Antlitz der 4. Produktionsgruppe rasch änderte.

In den zehn Jahren der großen Kulturrevolution hat sich unsere Produktionsbrigade gewaltig gewandelt. Aber die bedeutungsvollste Veränderung ist meiner Ansicht nach die weite Verbreitung von Marxismus, Leninismus, Maotsetungideen. Wir haben auch begonnen zu lernen, bewußt in Übereinstimmung mit Marxismus, Leninismus und Maotsetungideen zu handeln. Auf diese Weise sind alle Probleme leicht zu lösen. Jetzt haben alle sechs Produktionsgruppen unserer Produktionsbrigade politische Abendschulen, und ein 87-köpfiges Aktivistenkontingent von armen Bauern und unteren Mittelbauern für die theoretische Arbeit hat sich herausgebildet. Dieses Kontingent ist im Kampf zur Kritik an Deng Hsiao-pings konterrevolutionärer revisionistischer Linie und zur Abwehr des auf die Revision der gefällten richtigen Urteile abzielenden Windes von rechts Bahnbrecher und Rückgrat zugleich. Deshalb wird es von den breiten Massen der armen Bauern und unteren Mittelbauern begrüßt und unterstützt.

Die Verfasserin ist Sekretärin der Parteizelle der Produktionsbrigade Djiangnan, Kommune Schiyän im Kreis Dungtai, Provinz Kiangsu.

Landesarbeitsgericht zur Entlassung von M. Tomczak: Öffentlicher Dienst muß der Bourgeoisie dienen

Auftrag der Meeresforschung: Imperialistisches Wettrennen um Rohstoffe

Vor nunmehr drei Monaten ist der wissenschaftliche Angestellte Matthias Tomczak von der Landesregierung Schleswig-Holstein aus dem Institut für Meereskunde entlassen worden. Auf eine an das Institut gerichtete Anfrage nach Material über die Zukunft der Meeresforschung hatte er eine Broschüre der Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe Kiel verschickt, in der zwei bereits anderweitig erschienene wissenschaftliche Artikel nachgedruckt worden waren. Die beiden Artikel untersuchten die Auswirkungen der Meeresforschung auf die Lage der armen und unterdrückten Völker und wiesen nach, daß die Meeresforschung der imperialistischen Länder dazu dient, die Reichtümer der ausgebeuteten Länder auch im Meer in den Besitz der Imperialisten zu bringen.

Imperialistisches Wettrennen um die Reichtümer des Meeres

Die Tatsache, daß Tomczak auf eine Anfrage Material verschickt hat, das die Verhältnisse darstellt, wie sie sind, und nicht, wie die Bourgeoisie sie dargestellt sehen will, war für die Landesregierung ein Verstoß gegen das besondere öffentliche Dienstrecht und damit ein Entlassungsgrund.

Gerade die Meeresforschung spielt in dem Programm der imperialistischen Expansion eine besondere Rolle. Es geht darum, Zugriff zu erlangen auf die riesigen Rohstoffvorkommen in und unter dem Ozean. Die „Frankfurter Allgemeine", Sprachrohr der Bourgeoisie, schreibt anläßlich der Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen: „Die Öffentlichkeit der Bundesrepublik, auch ihr Parlament beginnen, im vierten Jahr der Seerechtskonferenz, zu begreifen, wie umfangreich die deutschen Interessen sind, über die dabei mitverhandelt wird." Bei den angeblich „deutschen" Interessen des Kapitals handelt es sich eben um die Rohstoffe im Meer und um den Besitz des Meeres als Wirtschaftszone. „Um diese Bodenschätze wird ein Kampf geführt, der in seiner Bedeutung den Vergleich mit dem imperialistischen Wettrennen um die Kolonien im vorigen Jahrhundert leicht aushält." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.7.)

Oft genug wurden die imperialistischen Eroberungen des vorigen Jahrhunderts durch Wissenschaftler vorbereitet. Die Eroberung Südafrikas durch Cecil Rhodes wurde durch den Wissenschaftler Livingstone vorbereitet. Der Naturforscher Stanley konnte über die „Erforschung" des Kongo in seinem Buch „Der Kongo und die Gründung des Kongostaates" berichten, der Naturforscher Nachtigall „stellte Togo und Kamerun unter deutschen Schutz", wie das Brockhaus-Lexikon seine Eroberungen bezeichnet.

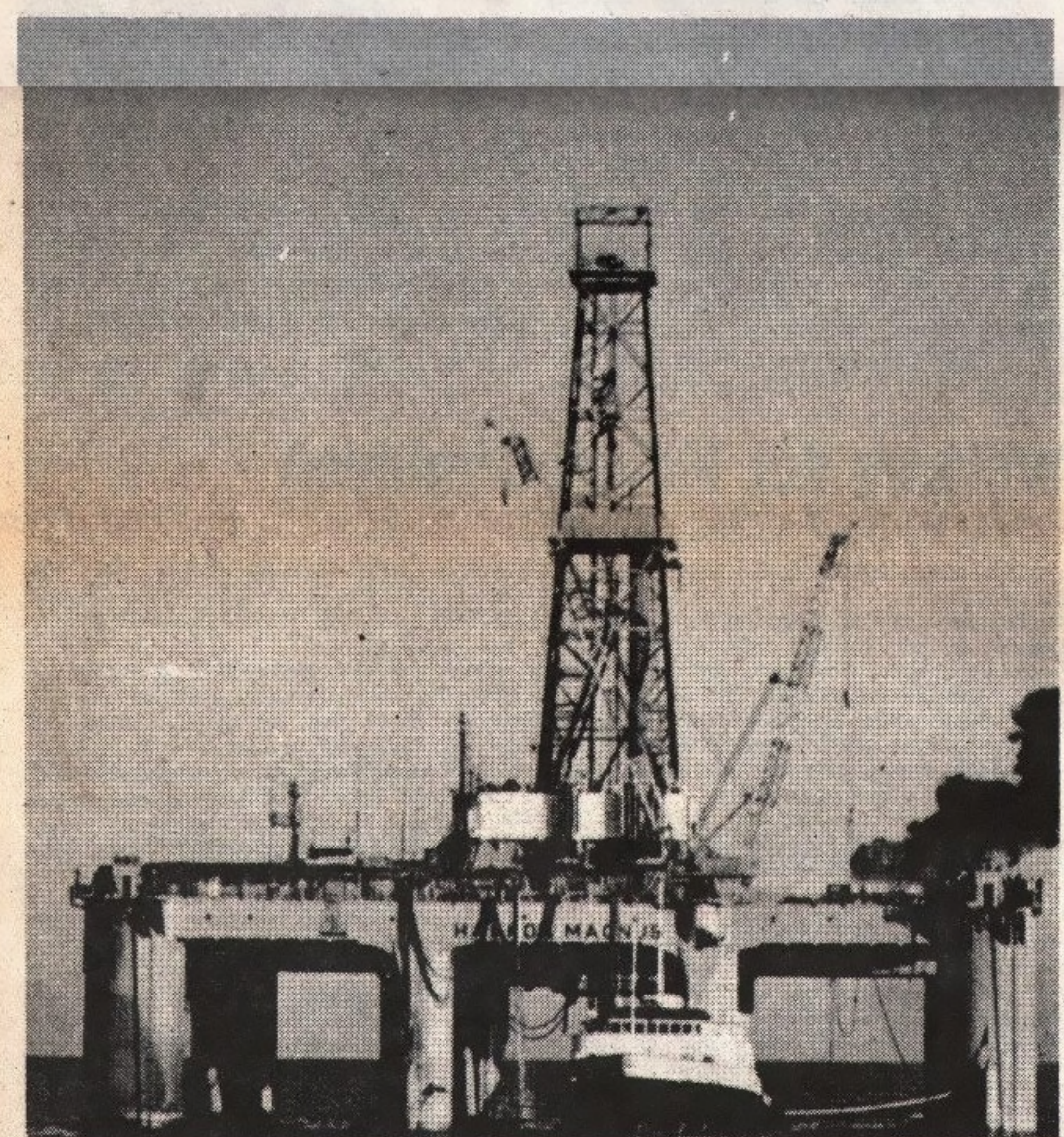


Das Institut für Meereskunde an der Universität Kiel erhielt 1972 einen überwiegend vom Bund finanzierten Neubau. Innerhalb weniger Jahre hat es seinen Personalbestand vervielfacht. Seine Aufgaben umfassen weltweite Forschung ebenso wie Untersuchungen in den westdeutschen Küstengewässern. Der geschäftsführende Direktor, der vom Institutskollegium (im wesentlichen den 10 Abteilungsdirektoren) gewählt wird, ist immer ein Vertreter derjenigen Abteilungen gewesen, die auf weltweite Forschung ausgerichtet sind und für die Expansion des BRD-Imperialismus arbeiten: Auf Professor Dietrich, einen menr naiven Vertreter der weltweiten physikalisch-ozeanographischen Forschung, folgte Professor Hempel, aktiver Ideologe der „Fischereifreiheit"; ihm folgt im Mai 1976 Professor Siedler, Vertreter der technischen Expansion des BRD-Imperialismus mit engen Kontakten zur „Gesellschaft für Kernenergie in Schiffahrt und Schiffbau" und zu Industriefirmen.

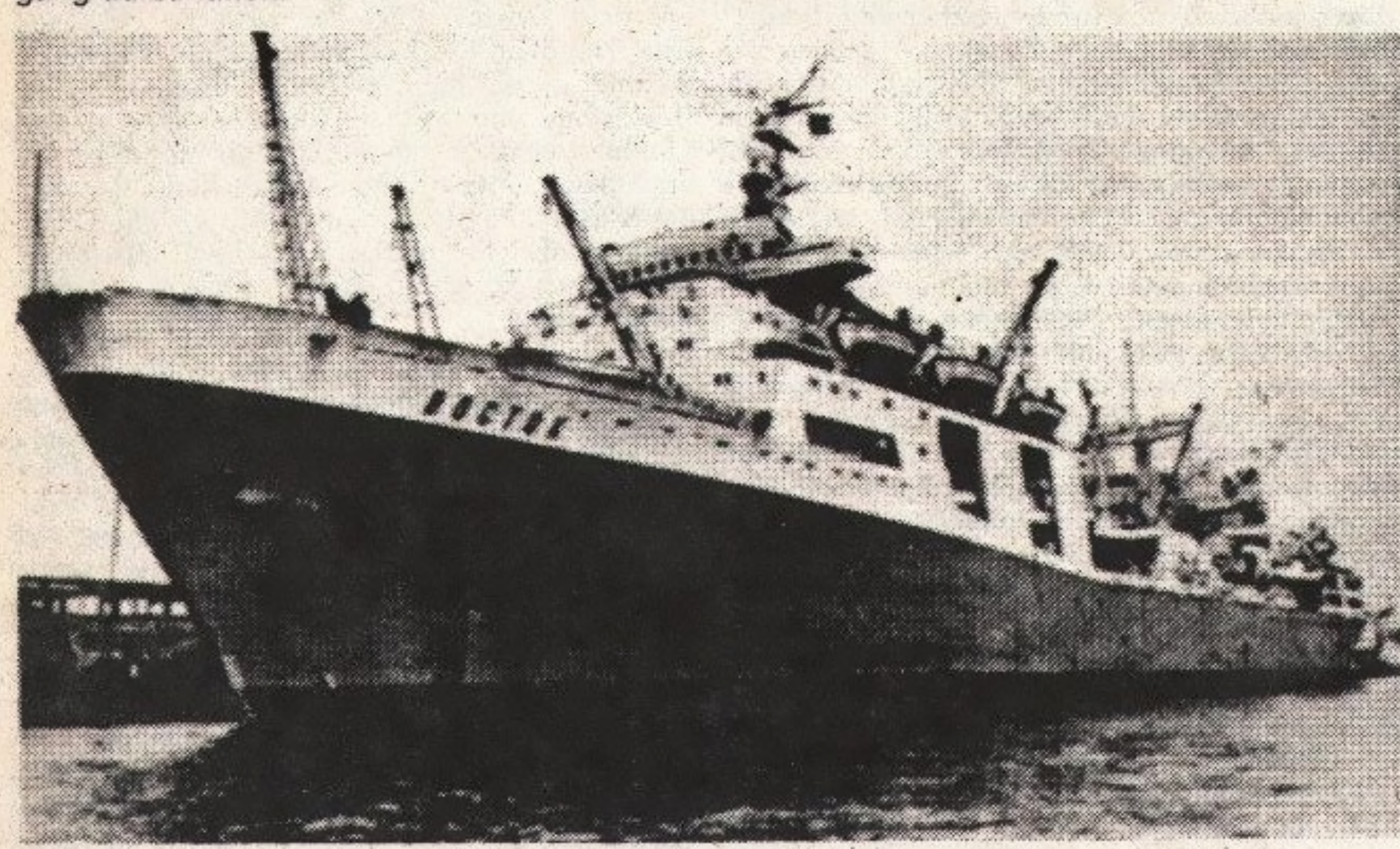
Auch beim Kampf um Rohstoffe und Fischbestände des Meeres sollen die Wissenschaftler wieder die Eroberungen vorbereiten und der imperialistischen Konkurrenz dienen. Deshalb wird Meeresforschung von der Bourgeoisie mit Millionen gefördert. Meeresforschung dient dazu,
Meeresforschung von der Bourgeoisie mit Millionen gefördert. Meeresforschung dient dazu,
neue Rohstoffe und Fischvorkommen zu finden, die Möglichkeiten für ihren Abbau zu untersuchen und den Abbau durch die Imperialisten zu rechtfertigen.

Tomczak war zu diesem Dienst für die Bourgeoisie nicht bereit. Er unterstützte als Meeresforscher den Kampf des isländischen Volkes für die 50-Meilen-Zone, er setzte sich in Vorträgen und Artikeln für die 200-Seemeilen-Zone ein. Das konnte von der Regierung nicht länger toleriert werden. Sie wollte seiner Tätigkeit ein Ende bereiten. Das allerdings ist ihr bis heute nicht gelungen.

Vor drei Monaten noch hat die Regierung versucht, den Schein der „Freiheit der Wissenschaft" aufrecht zu erhalten. Sie begründete die Entlassung damit, die von Tomczak verschickten Artikel seien „kommunistische Propaganda, die sich mit dem Anschein der Wissenschaftlichkeit tarnt". Ihre Verschickung unterstütze deshalb Bestrebungen zur Beseitigung der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung" und müsse zur Entlassung aus dem öffentlichen Dienst führen. Diese Begründung wurde vom Arbeitsgericht übernommen, das die Entlassung bestätigte.



Die Nutzung der Schätze des Weltmeeres und des Meeresuntergrunds erfordern einen hohen Entwicklungsstand der Produktivkräfte. Die imperialistischen Länder wollen ihren Vorsprung ausnutzen, um mit der Ausbeutung der Schätze des Meeres ihren Untergang aufzuhalten.



In dem Wettlauf der Imperialisten um die Ausbeutung der Fischereibestände ist die Sowjetunion der aggressivste Räuber. Ihre Hochseefischereiflotte ist geradezu darauf spezialisiert, in jedem beliebigen Seegebiet der Welt den vorhandenen Fischbestand vollständig abzufischen. Die sowjetischen Fabrikschiffe haben bis zu 24 Fischereifahrzeuge an Bord, die sie vor fremden Küsten zum Einsatz bringen können. Der gefangene Fisch, der an Bord zu Konserven verarbeitet wird, wird fast ausschließlich vom Fischereiplatz weg in das Ausland verkauft.

(Bilder und Bildunterschriften aus der angezeigten Broschüre „Meeresforschung – rücksichtslose Ausbeutung der Meere")

Dienst für eine „bürgerliche Regierung" verlangt

Inzwischen hat das Landesarbeitsgericht über die Berufung entschieden. Die Berufungsverhandlung im Mai fand unter wesentlich anderen Umständen statt als der Prozeß der ersten Instanz: Weit über 200 Wissenschaftler aus über zehn Ländern hatten beim schleswig-holsteinischen Kultusminister gegen die Entlassung protestiert. Tomczaks Kollegen im Institut hatten sich mehrfach gegen seine Entlassung ausgesprochen, in den „Kieler Nachrichten" war eine durch Spenden finanzierte Anzeige erschienen. In der Berufungsschrift, mit der das Gericht sich auseinanderzusetzen hatte, wurde durch zahleiche Beispiele nachgewiesen und durch eine Stellungnahme schwedischer Wissenschaftler bekräftigt, daß die Bezeichnung „imperialistisch" für die Politik der BRD und ihre Meeresforschung das Ergebnis wissenschaftlicher Untersuchung ist und keineswegs „getarnte Propaganda".

Das Gericht, so in die Enge getrieben, gab alle Winkelzüge auf und wählte die offene Sprache. In einer knappen, keine zwei Seiten langen Urteilsbegründung umging es das Eingeständnis, daß die BRD wissenschaftlich beweisbar ein imperialistisches Land ist, mit dem Satz: „Nach Auffassung des Gerichts kommt es nicht auf den Inhalt des Aufsatzes an."

Worauf es nach Ansicht des Gerichts einzig und allein ankommt, ist, daß ein Angestellter im öffentlichen Dienst der herrschenden Klasse zu dienen hat. Damit aber ist unvereinbar, „wenn ein Angestellter eines Landes, welches seit Jahren eine **bürgerliche** Regierung hat, die insbesondere zum Kommunismus in Gegnerschaft steht, im Namen dieses Landes kommunistisches Propagandamaterial verschickt".

Daß die verschickten Artikel die wahren Verhältnisse darstellen, wagt das Gericht nicht zu bestreiten. Vielmehr gestattet es Tomczak ausdrücklich die Verschickung der Artikel; allerdings „hätte er diese Aufsätze herausschneiden müssen" aus der Broschüre der Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe. Da er dies nicht getan hat und der Empfänger somit erkennen konnte, daß es die Kommunisten sind, die für die Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse eintreten, ist die Entlassung notwendig und gerechtfertigt.

Im übrigen stellt das Gericht auch klar, daß es ein Irrtum wäre, zu glauben, Radikalenerlaß und öffentliches Dienstrecht seien allein gegen Mitglieder kommunistischer Organisationen gerichtet: „Es ist unerheblich, inwieweit auch Kommunisten den öffentlichen Diensten angehören können oder nicht. Entscheidend ist vielmehr, daß ‚derartiges Handeln' gegen die Interessen des beklagten Landes verstößt." Wo immer die Regierung gegen Arbeiterklasse und Volk vorgeht – wer im öffentlichen Dienst ist, muß sie dabei unterstützen. Das ist der Inhalt des öffentlichen Dienstrechts: Instrument für den Einsatz aller im öffentlichen Dienst Beschäftigten gegen das übrige Volk.

Die Bourgeoisie verliert an Boden

Die Bourgeoisie verliert an Boden

Die Ausführungen des Gerichts zeigen, daß sich die Bourgeoisie in die Enge getrieben sieht: Hatte sie zuerst versucht, die Verbreitung der Wahrheit als Verbreitung unhaltbarer Behauptungen darzustellen, so gelingt ihr das schon nach drei Monaten nicht mehr. Auch die Entlassung von Matthias Tomczak ist kein Erfolg für sie geworden: Nach wie vor arbeitet Tomczak mit demselben Ziel, den armen und unterdrückten Völkern in ihrem Kampf gegen die Imperialisten zu helfen, an denselben Forschungsaufgaben. Ermöglicht hat dies der breite Protest seiner Kollegen und der übrigen Meeresforscher, durch den er einen Jahresvertrag der Max-Planck-Gesellschaft erhalten konnte.

Das Ministerium hat nicht verhindern können, daß Meeresforschung betrieben wird zur Unterstützung des Befreiungksampfes der unterdrückten Völker.

Im Frühjahr 1977 wird vor der peruanischen Küste eine Expedition stattfinden, die von einem peruanischen Institut geplant ist mit dem Zweck, einen besseren Schutz des peruanischen Fischbestandes zu erreichen. An dieser Expedition werden deutsche Meeresforscher mit deutschen Meßgeräten teilnehmen, ohne den Weisungen der westdeutschen Bourgeoisie folgen zu müssen. Für diese Zusammenarbeit ist Tomczak verantwortlich, und er konnte auch dafür sorgen, daß peruanische Techniker im Institut für Meereskunde Kiel für diese Expedition ausgebildet werden.

In einem Institut, das gegenwärtig mehrere Gutachten für den Bau von Kernkraftwerken an der Nord- und Ostseeküste erstellt, dessen Wissenschaftler in der Welt, wie im vergangenen Jahr vor der Küste Somalias, schon mit Gewalt aus den Küstengewässern der vom Imperialismus unterdrückten Länder verjagt werden, wird die Anwesenheit der peruanischen Kollegen sicher nicht ohne Folge bleiben. Schon jetzt ist der Zusammenhalt der Kollegen im Institut für Meereskunde enger geworden, und viele haben erkannt, daß die Meeresforschung der BRD ein Instrument des Imperialismus ist. Nichts hat die Landesregierung erreicht durch die Entlassung als einen engeren Zusammenschluß der im Institut Beschäftigten gegen den bürgerlichen Dienstherrn. – (a.t., Kiel)